

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

BORIS MEISSNER

Die Ergebnisse des 21. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Diese sowie die nächste Ausgabe der Beilage sind der Auseinandersetzung mit dem 21. Parteitag der KPdSU gewidmet. Durch zwei Grundsatzreferate: Boris Meissner „Die Ergebnisse des 21. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ und Rudolf H. Brandt „Die Generallinie des XXI. Parteitages der KPdSU“ soll dem Leser die Möglichkeit gegeben werden, sich über Standort und Entwicklungstendenzen der Politik der Sowjetunion eine eigene Meinung zu bilden.

Die vorliegende Abhandlung von Boris Meissner gibt Teile einer umfassenderen Darstellung wieder, die in Buchform unter dem Titel „Rußland unter Chruschtschow. Die Sowjetunion auf dem Wege vom 20. zum 21. Parteikongreß der KPdSU“ demnächst in der vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik herausgegebenen Dokumentenbandreihe im R. Oldenbourg Verlag, München, erscheinen soll.

A. Das Vorspiel zum 21. Parteitag der KPdSU

Der 20. Parteikongreß der KPdSU im Februar 1956, dessen Höhepunkt die posthume Entthronung Stalins bildete, ließ deutlich erkennen, daß die Sowjetunion in ihrer Entwicklung an einem Wendepunkt angelangt war. Es war zu jener Zeit nur ungewiß, ob letzten Endes der Weg der Revolution, Restauration oder Reform für die zukünftige Entwicklung des Sowjetimperiums bestimmend sein würde¹). Die Entscheidung darüber, welcher von diesen Wegen beschritten werden würde, hing entscheidend davon ab, ob es Chruschtschow, der im Verlauf des 20. Parteikongresses zur dominierenden Figur im „Führerkollektiv“ aufgestiegen war, gelingen würde, seine Machtstellung gegenüber den restaurativen und reformistischen Kräften, gegen die er bereits damals seine Angriffe richtete, zu behaupten.

Die Entwicklung seit dem 20. Parteikongreß ist daher einerseits durch einen Machtkampf, andererseits durch eine Politik gekennzeichnet, die nur zu Teilzugeständnissen an die Realität bereit war, ohne die Struktur des von Stalin übernommenen totalitären Herrschaftssystems in seine Substanz anzutasten. Der Machtkampf ist nach wechselvollem Verlauf zugunsten des Ersten Parteisekretärs ausgegangen, obgleich er sich nicht nur mit der Präsidiumsmehrheit und den hinter ihr stehenden starken innenpolitischen Kräften, sondern auch mit einer im ganzen Volk so populären Persönlichkeit wie Marschall Shukow auseinanderzusetzen hatte.

Dieser Sieg Chruschtschows ist vor allem durch folgende Gründe bestimmt worden:

1. Er vertrat die Interessen des Parteiapparats und stützte sich in der Auseinandersetzung mit der Präsidiumsmehrheit auf das Parteisekretariat und die Parteikontrollkommission. Seine Gegner verließen sich dagegen zu sehr auf den im Partei- und Regierungspräsidium verkörpert Mechanismus der kollektiven Führung und überschätzten das Eigengewicht des Regierungsapparats, der Wirtschaftsbürokratie und der sowjetischen Wehrmachtsführung;

2. Er identifizierte sich mit einer propagandistisch geschickt herausgestellten, wenn auch letzten Endes revolutionär gemeinten Reform-

politik, die ihm in Verbindung mit der Milderung des polizeistaatlichen Terrors das Vertrauen breiter Volksschichten gewann.

Ohne seine ständigen persönlichen Bemühungen um die Gefolgschaftstreue der örtlichen Parteiorganisationen und die Gunst der Massen wäre es ihm wohl kaum gelungen, die Koalition so gewiegter Politiker wie Malenkow, Molotow, Kaganowitsch und Bulganin in entscheidender Stunde zu überspielen.

3. Er war als einziger in der Lage, dank der Dynamik seiner Persönlichkeit und der für ihn typischen Verbindung von Pragmatismus und Gläubigkeit jenes Vakuum auszufüllen, das durch den Fortfall der Autorität Stalins entstanden war. Die Furcht vor den Folgen dieses Vakuums, weniger für das Regime als den Bestand des Imperiums, gewann ihm die Unterstützung manchen Intelligenzlers, der ihm persönlich reserviert gegenüberstand, und nicht nur des Mannes auf der Straße.

Die einzelnen Etappen der innenpolitischen Entwicklung zwischen dem 20. und 21. Parteikongreß, die sich auf dem Hintergrund der Auswirkungen der Entstalinisierung innerhalb und außerhalb der Sowjetunion vollzogen hat, sind durch die insgesamt zwölf Plenartagungen des Zentralkomitees und den Regierungswechsel nach den Neuwahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR im März 1958 bestimmt worden²).

Diese Entwicklung wird durch zwei Momente charakterisiert:

a) den Kampf Chruschtschows um die Führung und seine Bemühungen, seine persönliche Machtstellung und diejenige des Parteiapparats auszubauen und zu festigen;

b) die revolutionäre Reformpolitik Chruschtschows und seine Bemühungen, das wirtschaftliche und militärische Potential der Sowjetunion zu stärken, ohne sich der Notwendigkeit, den Lebensstandard zu heben, wie seinerzeit Stalin, zu verschließen.

Zu den wichtigsten Ereignissen des Kampfes um die Führung gehörten:

1. Die Ausschaltung von Malenkow, Molotow, Kaganowitsch und Schepilow als Folge des Juni-Plenums 1957;

2) Eine eingehende Darstellung der einzelnen Plenartagungen des Zentralkomitees und der damit verbundenen innenpolitischen Entwicklung findet sich im ersten Teil des Buches „Rußland unter Chruschtschow“.

1) Vgl. Meissner, B.: Das Ende des Stalin-Mythos. Die Ergebnisse des 20. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Dokumente und Berichte des Europa-Archivs Bd. 13), Frankfurt/Main 1956, S. 57.

2. Der Sturz Marschall Shukows als Folge des Oktober-Plenums 1957;
 3. Die Vereinigung der Ämter eines Regierungs- und Parteichefs in der Hand Chruschtschows nach der Absetzung Bulganins im März 1958;
 4. Die Entfernung Bulganins aus dem Parteipräsidium auf dem September-Plenum 1958 und seine Einbeziehung in die „Antipartei-Gruppe“ auf dem Dezember-Plenum 1958;
 5. Die Ablösung Sjerows als Leiter des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes durch den früheren langjährigen Komsomolführer Schelepin.
- In institutioneller Hinsicht war diese Entwicklung in der Führungsspitze mit einer Schwächung der Machtstellung des Präsidiums des Ministerrats der UdSSR und gleichzeitig innerhalb der Parteiführung

mit einer Stärkung des Gewichts des Sekretariats gegenüber dem Präsidium des Zentralkomitees verbunden.

Das MR-Präsidium, das bereits nach dem Dezember-Plenum 1957 verkleinert worden war, wurde nach dem Juni-Plenum 1957 personell weiter verringert. Das ZK-Präsidium und insbesondere das ZK-Sekretariat wurden dagegen vergrößert sowie mit Anhängern und Verbündeten Chruschtschows aufgefüllt. Letzteres geschah auch mit der Parteikontrollkommission, die seit dem Juni-Plenum 1957 wesentlich an Bedeutung gewonnen hat. Gleichzeitig wurden die Verwaltungsabteilungen des Zentralkomitees und das auf dem 20. Parteikongreß geschaffene ZK-Büro für die RSFSR erheblich ausgebaut.

Die sowjetische Staats- und Parteiführung (Februar 1956)

Bulganin		Chruschtschow	
MR-Präsidium (Regierung)	ZK-Präsidium (Politbüro)	ZK-Sekretariat	
	Vollmitglieder		
1. Bulganin (Vorsitzender)	1. Bulganin	1. Chruschtschow (Erster Sekretär)	
	2. Chruschtschow		
2. Kaganowitsch (1. Stellv. Vorsitzender)	3. Kaganowitsch		
3. Mikojan (1. Stellv. Vorsitzender)	4. Mikojan		
4. Molotow (1. Stellv. Vorsitzender)	5. Molotow		
5. Perwuchin (1. Stellv. Vorsitzender)	6. Perwuchin		
6. Saburow (1. Stellv. Vorsitzender)	7. Saburow		
7. Malenkow	8. Malenkow		
	9. Susslow	2. Susslow	
	10. Woroschilow (Vorsitzender des OS-Präsidiums)		
	11. Kiritschenko		
	Kandidaten		
8. Malyschew	12. Shukow		
9. Tewossjan	13. Breshnjow	3. Breshnjow	
10. Kossygin	14. Schepilow	4. Schepilow	
11. Sawenjagin	15. Furzewa	5. Furzewa	
12. Chrunitschew	16. Schwernik (Vorsitzender des Parteikontrollkomitees)	6. Beljajew	
13. Mazkewitsch		7. Aristow	
14. Kutscherenko		8. Pospelow	
	17. Muchitdinow		

Die sowjetische Staats- und Parteiführung (Februar 1959)

Chruschtschow		
MR-Präsidium (Regierung)	ZK-Präsidium (Politbüro)	ZK-Sekretariat
	Vollmitglieder	
1. Chruschtschow (Vorsitzender)	1. Chruschtschow	1. Chruschtschow (Erster Sekretär)
2. Mikojan (1. Stellv. Vorsitzender)	2. Mikojan	
3. Koslow (1. Stellv. Vorsitzender)	3. Koslow	
	4. Susslow	2. Susslow
	5. Kiritschenko	3. Kiritschenko
	6. Ignatow	4. Ignatow
	7. Aristow	5. Aristow
	8. Breshnjow	6. Breshnjow
	9. Furzewa	7. Furzewa
	10. Muchitdinow	8. Muchitdinow
	11. Kuusinen	9. Kuusinen
	12. Woroschilow (Vorsitzender des OS-Präsidiums)	
	13. Schwernik (Vorsitzender des Parteikontrollkomitees)	
	14. Beljajew	
	Kandidaten	
4. Kossygin	15. Kossygin	
5. Kusmin	16. Pospelow	10. Pospelow
6. Ustinow	17. Podgornyj	
7. Sassjadko	18. Poljanskij	
	19. Korottschenko	
	20. Kirilenko	
	21. Masurow	
	22. Kalnberzins	
	23. Mshawanadse	

An wichtigsten Reformmaßnahmen Chruschtschows wären zu nennen:

1. Die Reform der Industrie- und Bauverwaltung als Folge des Februar-Plenums 1957. Mit der Reform war eine Umgestaltung des Planungssystems und eine Auflösung der meisten Bundesministerien in Verbindung mit der Errichtung regionaler Volkswirtschaftsräte (Sownarchozy) verbunden;

2. Die Abschaffung der Ablieferungspflicht vom privaten bäuerlichen Hofland als Folge des Juni-Plenums 1957;

3. Die Reform der Agrarverwaltung als Folge des Februar-Plenums 1958. Mit der Reform war eine Umgestaltung der Motor-Traktoren-Stationen (MTS) in Reparatur-Technische Stationen (RTS) und die Übergabe des Maschinenparks der MTS an die Kolchose verbunden;

4. Die Reform des landwirtschaftlichen Erfassungssystems als Folge des Juni-Plenums 1958. Durch die Reform wurde der einheitliche Aufkauf der Kolchosprodukte durch den Staat geregelt;

5. Die Reform des Erziehungswesens, die von Chruschtschow auf dem Komsomolkongreß im April 1958 angeregt und auf der Dezember-Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR auf Grund der im November verkündeten „Thesen“ gesetzlich festgelegt wurde;

Auf diese radikalen Reformmaßnahmen, insbesondere die Erziehungs- und Bildungsreform, sowie einige weitere Schritte, die vom Streben nach wirtschaftlicher Rationalität bestimmt waren, wird im Zusammenhang mit dem Siebenjahresplan noch näher einzugehen sein.

Diese Maßnahmen haben teils in der Auseinandersetzung mit der sog. „Anti-Partei-Gruppe“ eine wesentliche Rolle gespielt, teils sind sie überhaupt erst durch die Ausschaltung der Parteiopposition möglich geworden.

Es ist verständlich, daß es Chruschtschow, der sich auf dem entscheidenden Juni-Plenum 1957 der Präsidiumsmehrheit nicht gefügt hatte, daran gelegen war, die Ergebnisse des Machtkampfes und der von ihm gegen den Willen des „Führerkollektivs“ durchgesetzten Politik nach der Billigung durch das Zentralkomitee auch von dem höchsten Parteiorgan, dem Parteikongreß, sanktionieren zu lassen

Hinzu kam die aus innen- und außenpolitischen Erwägungen resultierende Notwendigkeit, in der geistig-ideologischen Auseinandersetzung mit den restaurativen und reformistischen Strömungen eine Klärung des ideologischen Standorts der im Grunde „zentristischen“ Führung der bolschewistischen Staatspartei herbeizuführen.

Die Folge dieser Überlegungen war der vom Zentralkomitee der KPdSU am 5. September 1957 gefaßte Beschluß, einen 21. außerordentlichen Parteikongreß vorfristig zu Ende Januar 1959 einzuberufen. Als einziger Tagungsordnungspunkt wurden die „Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR 1959-1965“ bezeichnet. Als alleiniger Berichterstatter wurde Chruschtschow vorgesehen. Der Einberufungsbeschluß wurde am 7. September in der Sowjetpresse veröffentlicht, d. h. am gleichen Tage, an dem genau vor fünf Jahren Nikita Sergejewitsch Chruschtschow zum ersten Parteisekretär ernannt worden war. Mit dieser Ernennung war ihm formell jenes Amt übertragen worden, das er faktisch seit dem 14. März 1953 innehatte und von dem aus bereits Stalin der Sprung zur Alleinmacht geglückt war.

B. Der Parteitag der „Erbauer des Kommunismus“

I. Der Verlauf des 21. Parteikongresses der KPdSU

Der 21. Parteikongreß der bolschewistischen Staatspartei fand vom 27. Januar bis 5. Februar 1959 unter der Bezeichnung „Parteitag der Erbauer des Kommunismus“ in Moskau statt³⁾. Es handelte sich um einen außerordentlichen Parteikongreß, da ein ordentlicher Parteitag gemäß dem Parteistatut frühestens zum Februar 1960 hätte einberufen werden können.

An dem Kongreß nahmen insgesamt 1269 Delegierte mit Stimmrecht und 106 in beratender Eigenschaft teil, die insgesamt 8,2 Millionen Mitglieder und Kandidaten vertraten. Die Parteitagsdelegierten waren von den außerordentlichen Parteikongressen der Kommunistischen Parteien der 14 nichtgroßrussischen Unionsrepubliken und den regionalen Parteikonferenzen der RSFSR, der Ukrainischen und der Weißrussischen SSR, die durchweg im Januar 1959 stattfanden, nominiert worden. Siebzig ausländische kommunistische Parteien hatten Delegationen entsandt, an deren Spitze die chinesische Abordnung unter der Führung Tschou En-lais stand. Zu den weiteren prominenten Vertretern der kommunistischen Weltbewegung gehörten Ulbricht („DDR“), Gomulka (Polen), Novotny (CSR), Togliatti (Italien), Duclos (Frankreich) und Bagdasch (VAR-Syrien). Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens war als einzige kommunistische Partei nicht eingeladen worden.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand die fast siebenstündige Rede Chruschtschows über die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965 vom 27. Januar⁴⁾, deren Hauptteil dem Siebenjahresplan (und der Bildungsreform), außenpolitischen und ideologischen Fragen sowie den zukünftigen Aufgaben der Partei gewidmet waren.

Die Tage vom 28. Januar bis 5. Februar waren ausgefüllt mit den Diskussionsbeiträgen zur Rede Chruschtschows, die von der „Prawda“ als „eines der größten Werke des Marxismus-Leninismus“ gepriesen wurde. Die Diskussion wies, verglichen mit dem 20. Parteikongreß, ein niedrigeres Niveau auf. Damals bildeten die Reden Schepilows, Mikojan und Susslows⁵⁾, die sich fast unmittelbar an den Rechenschaftsbericht Chruschtschows anschlossen, einen der Höhepunkte des Parteitages. Diesmal waren es die jüngeren Parteiführer Podgornyj, Poljanskij, Ustinow, die den Reigen der Diskussionsredner eröffneten. Unter diesen fielen unter Mikojan in gewisser Hinsicht auch Susslow und Kosygin⁶⁾ durch eine eigene Note auf. Aus den übrigen Beiträgen ragte die Diskussionsrede I. G. Ignatows weniger wegen ihrer Originalität als der in ihr spürbaren Kraft der Persönlichkeit des Redners hervor. Ignatow dürfte bereits heute in machtpolitischer Hinsicht keine geringere Bedeutung zufallen als Kiritschenko und Koslow. Die Rede Marschall

Malinowskijs⁷⁾ war um vieles militanter als diejenige Marschall Shukows⁸⁾ auf dem 20. Parteikongreß. Aus den Äußerungen Nesmejanows, Lawrentjews und Kurtschatows⁹⁾ ergaben sich interessante Aufschlüsse über die sowjetische Schwerpunktbildung auf dem Gebiet der Wissenschaftlichen Forschung und die wichtigsten wissenschaftlich-technischen Vorhaben des Siebenjahresplans.

Die Beiträge stimmten fast alle in drei Punkten überein:

- a) Volle Billigung der Ausführungen Chruschtschows und Hervorhebung seiner Verdienste, insbesondere auch auf ideologischem Gebiet;
- b) Verurteilung der „Anti-Partei-Gruppe“ und der von ihren Angehörigen vertretenen Auffassungen;
- c) Ablehnung des Revisionismus, gekoppelt mit Angriffen gegen Tito-Jugoslawien.

Die „Diskussion“ wurde am 5. Februar mit einem Schlußwort Chruschtschows abgeschlossen, in dem er hauptsächlich auf außenpolitische Fragen einging. Im Anschluß daran erfolgte die einstimmige Annahme von zwei Resolutionen. Die eine Entschliebung betraf das Referat Chruschtschows¹⁰⁾, die andere die endgültige Formulierung der Kontrollziffern des Siebenjahresplans¹¹⁾, die von Susslow unterbreitet wurde. Auf Vorschlag von Chruschtschow wurde ferner einstimmig beschlossen, den ordentlichen 22. Parteikongreß im Jahre 1961 einzuberufen.

Es wird somit bereits in zwei Jahren erneut einen Parteitag der KPdSU geben, der es dem sowjetischen Partei- und Regierungschef ermöglichen würde, die Entscheidungen nachzuholen, die aus mancherlei Gründen auf diesem Parteitag noch nicht erzielt werden konnten.

Zweifelloos war der 21. Parteikongreß eine Demonstration der gefestigten Machtstellung Chruschtschows. Andererseits fehlte ihm der triumphale Charakter, den man nach den bisherigen Erfolgen der Partei- und Regierungschefs hätte erwarten können. Wie bei dem Dezember-Plenum des Zentralkomitees das als Generalprobe zum 21. Parteikongreß gelten konnte, gewann man den Eindruck, daß sich viele Redner aus bestimmten Gründen in ihrer Meinungsäußerung zurückhielten. Diese Zurückhaltung dürfte in innenpolitischer Hinsicht vor allem auf drei Gründe zurückzuführen sein:

1. Zunehmende Kritik am GOSSPLAN, der sich in erster Linie gegen die Tätigkeit der obersten Planbehörde richtete, letzten Endes aber auch gegen die utopische Planpolitik Chruschtschows gerichtet war.

Diese Kritik hat nach dem 21. Parteikongreß zur Ablösung I. I. Kusmins als Planungschef durch Kosygin geführt.

7) Wiedergegeben im Anhang zu „Rußland unter Chruschtschow“.

8) Wortlaut: Meissner, Ende des Stalin-Mythos, a. a. O., S. 155–158.

9) Wiedergegeben im Anhang zu „Rußland unter Chruschtschow“.

10) Russischer Urtext, Prawda vom 7. Februar 1959; deutsche Übersetzung im Anhang von „Rußland unter Chruschtschow“.

11) Wortlaut, Prawda vom 8. Februar 1959.

3) Vgl. Prawda vom 28. Januar bis 8. Februar 1959.

4) Russischer Urtext des Chruschtschow-Berichts, Prawda vom 28. Januar 1959; deutsche Übersetzung im Anhang von „Rußland unter Chruschtschow“.

5) Wortlaut: Meissner, Ende des Stalin-Mythos, a. a. O., S. 126–153.

6) Wiedergegeben im Anhang zu „Rußland unter Chruschtschow“.

Damit ist der unter Chruschtschow groß gewordene Parteiorganisator durch einen fähigen Parteitechnokraten ersetzt worden, der seit seiner Leningrader Zeit zu dem engeren Mitarbeiterkreis Shdanows gehört hatte.

2. Unterschiedliche Auffassungen über die Behandlung der Mitglieder der „Anti-Partei-Gruppe“.

Auf diese wird im folgenden Abschnitt noch näher einzugehen sein.

3. Unterschiedliche Einstellung zu den bereits seit einiger Zeit feststellbaren Bemühungen, den auf dem 20. Parteikongreß verdamnten Personenkult in Verbindung mit der Person Chruschtschows allmählich wiederherzustellen.

Diese unterschiedliche Einstellung machte sich vor allem in der Art und Weise bemerkbar wie in den einzelnen Diskussionsreden zu der Person Chruschtschows Stellung bezogen wurde.

Es ergaben sich dabei drei Richtungen:

a) Diskussionsredner, die bei der Erwähnung Chruschtschows die gleichen Formeln benutzten, die seinerzeit auf Stalin angewandt worden waren, wie das „Zentralkomitee mit dem Genossen N. S. Chruschtschow an der Spitze“ und „das Zentralkomitee unter Führung des Genossen N. S. Chruschtschow“. Mit der Wiederbelebung dieser Formeln wurde dem Partei- und Regierungschef als „Rukowoditelj“ (Leiter) der Vorrang gegenüber dem Zentralkomitee ebenso zugesprochen wie einst Stalin als „Woshdj“ (Führer). Bei den Vertretern dieser Richtung handelte es sich um eine Minderheit. Ihr gehörten außer dem 1. Sekretär der Leningrader Gebietsorganisation Spiridonow einige der treuesten Gefolgsleute Chruschtschows unter den Präsidiumsangehörigen, wie Muchitdinow, Podgornyj, Kirilenko sowie der Gewerkschaftsführer Grischin und der ehemalige Staatssicherheitschef Ignatjew an. Letzterer hatte in der Affäre der Kreml-Ärzte Anfang 1953, die bis heute nicht aufgeklärt worden ist, eine äußerst fragwürdige Rolle gespielt.

b) Diskussionsredner, die mit dem Gebrauch der Formel „auf Veranlassung bzw. unter Führung des Zentralkomitees und des Genossen N. S. Chruschtschow persönlich“ auf die Erhaltung eines gewissen Gleichgewichts zwischen dem monokratischen und oligokratischen Element in der Führungsspitze achteten. Diese Richtung wurde von einigen Präsidiumsangehörigen aus dem engeren Mitarbeiterstab Chruschtschows (Kiritschenko, Beljajew, Kuusinen, Pospelow), dem Planungschef Kusmin, dem Verteidigungsminister Malinowskij, dem neuen Staatssicherheitschef Schelepin, dem Außenminister Gromyko, dem Parteiideologen Pospelow und einer Reihe anderer führender Funktionäre aus dem parteilichen und staatlichen Bereich vertreten.

c) Diskussionsredner die sich auf Chruschtschow als Autor des Referats beschränkten bzw. seine Erfolge auf einzelnen Sachgebieten hervorhoben, ohne sich zu seiner Führerstellung näher zu äußern. Diese Methode wurde von der überwiegenden Mehrheit des ZK-Präsidiums, (Mikojan, Susslow, Koslow, Ignatow, Aristow, Breshnjow, Furzewa, Schwernik, Kossygin, Poljanskij, Masurow, Kalnberzins, Mshawanadse, dem nach dem Parteikongreß abgesetzten ersten Sekretär der Moskauer Gebietsorganisation Kapitonow, dem inzwischen ab-

gelösten Komsomolführer Semitschastnyj und zahlreichen Parteifunktionären angewandt. Es mag dahingestellt bleiben, ob aus dieser Verhaltensweise auf das Bemühen einer bestimmten Gruppierung in der Parteiführung geschlossen werden kann, einer Beseitigung des kollektiven Führungsprinzips zu widerstehen.

Das kollektive Führungsprinzip selbst, das auf dem 20. Parteikongreß bei der Auseinandersetzung mit dem Personenkult im Mittelpunkt aller Reden gestanden hätte, wurde diesmal nur gelegentlich am Rande erwähnt.

Bis zum Juni-Plenum 1957 war dieses Prinzip der Ausdruck einer Direktorialverfassung, die auf der Schlüsselstellung des ZK-Präsidiums im Rahmen der Parteiexekutive und auf dem Dualismus von Partei und Staat beruhte.

Mit dem Appell an das Zentralkomitee gegen die Präsidiumsmehrheit hat Chruschtschow im Juni 1957 diese Direktorialverfassung durchbrochen. Er hat sich gleichzeitig zugunsten des Parteiapparats über das bisherige Gleichgewicht zwischen Partei und Staat hinweggesetzt, wie es in der Duumvirats-Konstruktion (Malenkow-Chruschtschow; Bulganin-Chruschtschow) seit 1953 symbolisch zum Ausdruck kam.

Diese Entwicklung, die in ihren verfassungspolitischen Auswirkungen einem Staatsstreich gleichzusetzen war, hat der 21. Parteikongreß nachträglich legalisiert. Er hat auch die ersten Anfänge eines Personenkults der diesmal Chruschtschow und nicht Stalin gilt, geduldet und damit zu einer weiteren Aushöhlung des kollektiven Führungsprinzips beigetragen. Andererseits hat sich der Parteitag zu einer weiteren Schwächung des oligokratischen Elements, die der völligen Aufgabe des kollektiven Führungsprinzips gleichkommen würde, offenbar nicht bereit gefunden.

Bei dieser Sachlage wäre es verfrüht, heute bereits Pronosen für den 22. Parteikongreß im Jahre 1961 zu stellen. Vorläufig ist es noch keineswegs sicher, daß sich die Kräfte, die für ein absolutes Übergewicht des monokratischen Elements in der Führungsspitze eintreten, in zwei Jahren so stark erweisen werden, daß sie mit der Führer-Titulatur Chruschtschow jene „Krone“ übertragen können, die dieser posthum Stalin in seiner berühmten, bisher aber in der Sowjetunion noch nicht veröffentlichten „Geheimrede“¹²⁾ auf dem 20. Parteikongreß entwunden hatte.

Eine solche Entwicklung würde nämlich eine weitere Änderung der Machtverhältnisse zugunsten Chruschtschows voraussetzen. Dies dürfte auch der Hauptgrund sein, der die gegenwärtige Parteiführung veranlaßt hat, von einer Neuwahl des Zentralkomitees, das seit den Juni-Ereignissen an Gewicht gewonnen hat, zunächst abzusehen. Die andere Deutung, daß ein außerordentlicher Parteikongreß zur Wahl einer neuen Parteiexekutive überhaupt nicht befugt sei, dürfte kaum zwingend erscheinen. Hat doch der 21. Parteitag keine Hemmungen gehabt, das Referat Chruschtschows, obgleich es keinen formalen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees darstellte, zur Generallinie der Partei und damit zur Richtschnur für die zukünftige Innen- und Außenpolitik des Sowjetstaates zu erheben.

II. Der verschärfte Kampf mit der „Anti-Partei-Gruppe“

Die Auseinandersetzung mit der sogenannten „Anti-Partei-Gruppe“, die seit dem Herbst 1958 wieder aufgelebt ist, durchzog wie ein roter Faden die Verhandlungen des Parteitages. Die Angehörigen der parteifeindlichen Gruppe wurden durchweg in der Reihenfolge: Malenkow-Kaganowitsch-Molotow-Bulganin-Schepilow aufgeführt. Die Polen pflegen diese Reihenfolge mit Molotow und nicht Malenkow einzuleiten.

Auch vor dem Parteikongreß wurde an der Fiktion festgehalten, daß es sich bei den „Parteifeinden“ um Anhänger ein und derselben Richtung gehandelt habe, die sich nach Chruschtschow des Fraktionskampfes und des Versuches schuldig gemacht hätten, die Einheit der Partei zu sprengen, um sie von der Linie des 20. Parteikongresses abzubringen. In Wirklichkeit handelte es sich bei der parteifeindlichen Gruppe, der mit Perwuchin und Saburow die Mehrheit des „Führerkollektivs“ angehörte, um die Exponenten sehr unterschiedlicher Strömungen, die abwechselnd verschiedenen Gruppierungen in der Führungsspitze angehört haben. Es ist teilweise persönlicher Haß, teilweise begründete sach-

liche Kritik, welche diese Männer, von denen fast jeder eine Zeit lang mit Chruschtschow mehr oder weniger eng verbunden gewesen ist, im Frühjahr 1957 in dem Willen zusammengeführt hat, den Ersten Parteisekretär zu entmachten und die von ihm verfolgte Politik, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, zu ändern¹³⁾.

Die Verschiedenartigkeit der Motive ist im Verlauf der Diskussion, in der die Angriffe gegen die parteifeindliche Gruppe teilweise verschärft und konkretisiert wurden, sehr deutlich geworden. Die einzelnen Beiträge haben auch zu einer gewissen Aufhellung der Vorgänge geführt, die sich im Juni 1957 im Kreml abgespielt haben.

Bezeichnenderweise wird die Person Marschall Shukows, dem bestenfalls „Revisionismus“ vorgeworfen wird, mit der „Anti-Partei-Gruppe“

¹²⁾ Wortlaut (der vom State Department wiedergegebenen Version), Meissner, Ende des Stalin-Mythos, a. a. O., S. 175–198.

¹³⁾ Eine eingehende Darstellung des Machtkampfes und der Anklagepunkte gegen die Angehörigen der Anti-Partei-Gruppe findet sich in „Rußland unter Chruschtschow“.

nicht in Verbindung gebracht. Verteidigungsminister Malinowskij hat ihn vor dem Parteikongreß als „neugebackenen Bonaparte“ charakterisiert. Dieser angebliche Bonapartismus Shukows scheint nur begrenzter Natur gewesen zu sein, sonst hätte Chruschtschow wohl kaum so leicht die Juni-Krise gemeistert. Sehr viel mehr spricht dafür, daß es in erster Linie die Rückendeckung Shukows gewesen ist, die es Chruschtschow ermöglichte, die entscheidenden ersten Runden gegenüber dem alten Politbüro zu überstehen, bis er sich mit Hilfe der Zentralkomitee-Mehrheit und der Parteikontrollkommission durchsetzen konnte.

Wichtig scheint die Feststellung, daß in der Frage des weiteren Schicksals der „Parteifeinde“ die Meinungen innerhalb der Parteiführung geteilt sind, wobei man wiederum drei Richtungen unterscheiden kann, deren Vertreter in personeller Hinsicht teilweise eine andere Zusammensetzung aufwiesen wie die Gruppierungen, die sich in der Frage des Chruschtschow-Kults herausgebildet hatten:

a) Diskussionsredner, welche sich in einer äußerst scharfen Form mit der „Anti-Partei-Gruppe“ auseinandersetzten und offenbar nicht nur ihren Ausschluß aus der Partei, sondern auch ihre strafrechtliche Verfolgung anstrebten. Sie kennzeichneten die Parteioption als „verbrecherisch“ und „verräterisch“ und warfen ihr „verschwörerische Fraktionstätigkeit“ mit dem Ziel der Machtusurpation vor.

Auf der einen Seite waren es die Repräsentanten der Leningrader Gruppe, wie Spiridonow und Ignatow, auf der anderen Seite Parteigänger Chruschtschows, wie Beljajew, Podgornyj und Ignatjew, die diese Richtung vertraten. Auch die maßgebenden Repräsentanten der Moskauer Parteiorganisation, wie Ustinow und der inzwischen abgesetzte Kapitonow, so wie einige weitere regionale Parteiführer aus dem großrussischen Bereich (Denissow, Shegalin, Kuluschtschinskij) fielen eben so wie der Vorsitzende der Parteikontrollkommission Schwernik, der Planungschef Kusmin, der neue Staatssicherheitschef Schelepin, der Parteiideologe Judin (Sowjetbotschafter in China) und der Kominternveteran Kuusinen durch ihre scharfe Ausdrucksweise auf. Koslow war ein wenig zurückhaltender als Spiridonow und Ignatow, von denen der Hauptangriff gegen die „Anti-Partei-Gruppe“, die auf dem Parteitag in zwei Wellen vorangetragen wurde, ausgingen. Spiridonow war es auch, der ein Erscheinen der „Parteifeinde“ vor dem Parteikongreß zwecks Ablegung eines Schuldbekenntnisses forderte und erstmalig die Verbindung der ehemaligen Planungschefs, Perwuchin und Saburow, mit der „Anti-Partei-Gruppe“ herstellte. Ignatow warf der antiparteilichen Gruppe pathetisch vor, ihre Hand gegen „ihre Mutter, die Partei“ erhoben zu haben.

b) Diskussionsredner, die sich mit der Feststellung begnügten, daß die „Anti-Partei-Gruppe“ von der Partei „zerschlagen“ und „weggeworfen“ worden sei.

Zu dieser Gruppe, die sich einer klaren Stellungnahme enthielt, und in der Frage der Parteioption offenbar eine Mittelstellung einnahm,

gehörte die Mehrheit der Mitglieder und Kandidaten des ZK-Präsidiums (Susslow, Kiritschenko, Breshnjow, Furzewa, Muchitdinow, Kossygin, Poljanskij, Kirilenko, Masurow, Kalnberzins, Mshawanadse), der Verteidigungsminister Malinowskij und die Mehrheit der regionalen Parteifunktionäre.

c) Diskussionsredner, die sich mit einer moralischen Verurteilung der „weggeworfenen“ Anti-Partei-Gruppe begnügten, oder sich in dieser Frage ganz ausschwiegen. Der maßgebende Sprecher dieser gemäßigten Gruppe war Mikojan. Ihr gehörte erstaunlicher Weise aber auch der für die RSFSR zuständige ZK-Sekretär Aristow, der Parteiideologe Pospelow, der Vorsitzende der Sowjetgewerkschaften Grischin, der Komsomolführer Semitschastnyj und eine verhältnismäßig große Anzahl von regionalen Parteifunktionären an.

Auffallend war, daß sich die Parteiführer aus dem nicht großrussischen Bereich, darunter auch die meisten ukrainischen Gebietssekretäre in der Frage der „Anti-Partei-Gruppe“ sehr zurückhielten. Eine Ausnahme bildete der 1. Sekretär der Tadshikischen SSR, Uljdschabajew, der sich für den Antrag Spiridonows aussprach und einen Ausschluß der Angehörigen der parteifeindlichen Gruppe aus der Partei befürwortete.

Von den „Parteifeinden“ waren auf dem Parteitag nur Perwuchin und Saburow anwesend. Die von ihnen geübte Selbstkritik wurde von mehreren Rednern als ebenso unzureichend bezeichnet wie auf dem Dezember-Plenum 1958 das Schuldbekenntnis von Bulganin¹⁴⁾.

Perwuchin wurde vom Planungschef Kusmin und außerdem von Gebietssekretären Denissow, Kuluschtschinskij und Shegalin, die den Antrag Spiridonows unterstützten, scharf angegriffen. Kuusinen setzte sich hauptsächlich mit Molotow auseinander, während Schwernik bemüht war, die Hauptschuld auf Malenkow zu wälzen. Der Vorsitzende des Parteikontrollkomitees war im übrigen der einzige, der die Parteioption als „Malenkow-Gruppe“ charakterisierte.

Mit einer strafrechtlichen Verfolgung der „Parteifeinde“ dürfte bei dieser Kräfteverteilung zunächst kaum zu rechnen sein. Dagegen scheint die Ausschließung aus der Partei auf einer der nächsten Plenarsitzungen des Zentralkomitees durchaus möglich. Dies könnte nämlich mittelbar aus einer Mitteilung Chruschtschows beim Abschluß des Parteitages entnommen werden, der davon sprach, daß Appellationen zu Beschlüssen über Parteiausschlüsse, über die Auferlegung von Parteidisziplinarstrafen und andere personelle Angelegenheiten beim Kongreß eingegangen seien. Daraufhin wurde das Zentralkomitee der KPdSU beauftragt, diese Appellationen zu erörtern.

Chruschtschow befindet sich in der Frage der „Anti-Partei-Gruppe“ zweifellos in einem Dilemma. Auf der einen Seite will er denjenigen Teilen der Bürokratie und Intelligenz, die ihm mit einer deutlichen Reserve gegenüberstehen, seinen Willen aufzwingen, auf der anderen Seite fürchtet er durch etwaige Zwangsmaßnahmen die Initiative zu lähmen, die er im Apparat mit allen Mitteln zu wecken bestrebt ist.

C. Der Wandel in der sozialen Struktur der Partei und die neue Kaderpolitik Chruschtschows

I. Die strukturellen Veränderungen in der Gesamtpartei

Der Bericht der Mandatskommission¹⁵⁾, der diesmal vom Leiter der ZK-Abteilung für die Kader der RSFSR, Tschurajew, erstattet wurde, fiel durch seine Dürftigkeit auf. Verschiedene wesentliche Angaben über den Aufbau und die soziale Struktur der Partei, die selbst in den Mandatsberichten der späten Stalin-Periode enthalten waren, fehlten. So wurde z. B. weder über die Zahl der primären Parteiorganisationen, das heißt der Parteizellen Aufschluß gegeben, noch das „proletarische“ Element unter den Parteitagsdelegierten nach Arbeitern und Bauern aufgeschlüsselt.

1. Personalbestand der Partei

Am 1. Januar 1956, d. h. am Vorabend des 20. Parteikongresses, betrug die Gesamtzahl der Parteiangehörigen 7.215.505 (6.795.896 Mitglieder, 419.609 Kandidaten). Die Partei hat sich in der Zwischenzeit auffallend stark vergrößert. Der Personalbestand der Partei weist heute

8.239.131 Parteiangehörige (7.622.000 Mitglieder, 616.775 Kandidaten) auf, d. h. um 1.023.620 mehr als 1956. Der Zuwachs der Partei machte in knappe drei Jahren dreimal soviel aus wie zwischen dem 19. und 20. Parteitag von 1952 und 1956 aus. Bei den Neuaufnahmen scheint die Weisung Chruschtschows, den Anteil der Arbeiter und Bauern unter den Parteikommunisten zu vergrößern, nur im Jahre 1958 eingehalten worden zu sein¹⁶⁾.

14) Wortlaut: Plenum Zentralnogo Komiteta Kommunistitscheskoj Partii Sowetskogo Sojusa 15—19 dekabrja 1958 goda Stenografitscheskij Otschet (Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion 15.—19. Dezember 1958. Stenographischer Bericht), Moskau 1958, S. 337 bis 340. Die Selbstkritik Saburows ist im Auszug von Radio Moskau verbreitet, aber nicht in der „Prawda“ veröffentlicht worden.

16) Dies geht aus einer früheren Mitteilung Tschurajews hervor, daß sich in den ersten zehn Monaten des Jahres 1955 unter den Neuaufgenommenen 55 v. H. Arbeiter befunden hatten. In den Moskauer Gebietsorganisationen waren es im ersten Halbjahr 1958/59, v. H. Arbeiter und Bauern (gegenüber 55,3 v. H. 1955). Tgl. Tschurajew, W.: Nekotoryje woprossy rosta rjadow KPSS (Einige Fragen des Wachstums der Reihen der KPdSU), Partijnaja Shisnj (Parteilieben), 1958, Nr. 23, S. 18.

15) Wortlaut, Prawda vom 30. Januar 1959.

2. Volkszugehörigkeit und räumliche Verteilung der Parteiangehörigen

Über die nationale Zusammensetzung der Gesamtpartei werden bekanntlich seit 1930 keine Angaben veröffentlicht. Tschurajew begnügte sich mit der allgemeinen Feststellung, daß Angehörige von 52 Nationalitäten am Parteitag teilnehmen würden.

Einen gewissen Hinweis dafür, daß die KPdSU ihrem nationalen Charakter nach eine großrussische Partei geblieben ist, bei der nur noch das ukrainische Element ins Gewicht fällt, ist aus der folgenden Tabelle zu entnehmen. Diese Übersicht vermittelt auch eine gewisse Vorstellung über die regionale Verteilung der Parteiangehörigen.

Unionsrepublik	1. 1. 1956		1. 1. 1959		Zuwachs in Prozenten
	Delegierte (mit beschließender Stimme)	Parteiangehörige	Delegierte (mit beschließender Stimme)	Parteiangehörige	
RSFSR	911	4 957 675	819	5 493 822	10,8
Ukrainische SSR	191	1 018 728	195	1 282 532	25,9
Weißrussische SSR	33	145 000	34	204 000	33,8
Moldauische SSR	8	39 499	8	49 997	26,3
Estnische SSR	7	35 000	6	36 000	2,9
Lettische SSR	12	60 000	12	61 414	2,4
Litauische SSR	8	38 087	8	49 114	29,0
Armenische SSR	13	69 263	13	74 401	7,4
Georgische SSR	38	185 224	35	203 166	9,7
Aserbaidshanische SSR	26	119 774	24	144 000	20,1
Kasachische SSR	50	257 055	49	312 329	21,5
Turkmenische SSR	9	45 000	11	40 925	-9,5
Usbekische SSR	30	150 200	31	187 541	24,8
Kirgisische SSR	11	55 000	14	58 302	6,0
Tadshikische SSR	8	40 000	10	41 588	4,0
UdSSR insgesamt	1355	7 215 505	1269	8 239 131	14,2

Bemerkenswert ist, daß seit 1956 der Zuwachs der ukrainischen, weißrussischen, moldauischen, litauischen, aserbaidshanischen, kasachischen und usbekischen Parteiorganisationen den Unionsdurchschnitt (14,2 v.H.) übertroffen und weit über der RSFSR (10,8 v.H.) gelegen hat. Der absolute Zuwachs der ukrainischen Parteiorganisation betrug 263 804 Parteikommunisten gegenüber 536 147 der RSFSR. Den höchsten Prozentsatz (33,8) dem eine absolute Zunahme von etwa 49 000 Parteiangehörigen entsprach, wies die weißrussische Parteiorganisation auf. Der Zuwachs bei den georgischen und armenischen Parteiorganisationen, die 1956 noch den höchsten prozentualen Anteil an Parteikommunisten pro Kopf der Bevölkerung aufwiesen (Georgien 5,28 v.H., Armenien 5,00 v.H.) war nicht erheblich und lag unter demjenigen der RSFSR. Gering war der Zuwachs bei den kirgisischen und tadshikischen sowie den estnischen und lettischen Parteiorganisationen. Bei der turkmenischen Parteiorganisation war sogar eine beträchtliche Abnahme (-9,5 v.H.) zu verzeichnen, die teilweise mit der im Dezember 1958 vollzogenen Säuberung zusammenhängen mag.

Bemerkenswert sind auch die Veränderungen in der räumlichen Verteilung der Parteikommunisten im Bereich der RSFSR, die aus der folgenden Aufstellung hervorgeht.

¹⁷⁾ Zusammengestellt auf Grund der Ergebnisse der Parteikongresse der Kommunistischen Parteien der einzelnen Unionsrepubliken 1956, 1958, 1959. Die Angaben für die RSFSR ergeben sich nach Abzug der Angaben für die nichtrussischen Unionsrepubliken von der für die Union bekannten Gesamtzahl. Da bei einzelnen Unionsrepubliken der Parteibestand sich nur auf Grund der Delegiertenquoten ausrechnen läßt, dürften die Angaben für die RSFSR nur annähernd den wirklichen Zahlen entsprechen. Nach Tschurajew (a. a. O., S. 18) hat sich die Parteiorganisation der RSFSR im Verlauf von 3 1/2 Jahren um über 450 000 Personen vergrößert.

Die räumliche Verteilung der Parteiangehörigen der regionalen Parteiorganisationen in der RSFSR ¹⁸⁾

Region	1. 1. 1956		1. 1. 1959		Zuwachs
	Delegierte	Parteiangehörige	Delegierte	Parteiangehörige	
Moskau Stadt } Moskau Land }	150	750 000	86	516 000	5,0
Leningrad Stadt } Leningrad Land }	66	330 000	58	398 000	5,5
Gorkij (Gebiet)	21	105 000	25	150 000	43,5
Swerdlowsk (Gebiet)	26	119 784	25	144 000	20,0
Rostow (Gebiet)	—	—	21	126 000	—
Krasnodar (Gau)	—	—	21	126 000	—
Kuibyschew (Gebiet)	20	100 000	18	108 000	8,0
Tscheljabinsk (Gebiet)	19	91 550	18	108 000	17,5
Saratow (Gebiet)	—	—	18	108 000	—
Baschkirien (ASSR)	17	85 000	—	—	—
Tatarien (ASSR)	17	85 000	—	—	—
Molotow (Gebiet)	16	80 000	—	—	—
Kemerowo (Gebiet)	16	80 000	—	—	—

Der prozentuale Anteil der Parteikommunisten in den beiden Metropolen Moskau und Leningrad übersteigt um das doppelte den Unionsdurchschnitt. Besonders bemerkenswert ist der starke Zuwachs von Gorkij, das Swerdlowsk als größter Parteiorganisation der Provinz den Rang abgelaufen hat.

3. Stellung der Frau in der Partei

Der Mitglieder- und Kandidatenbestand der Partei weist in der Gliederung nach dem Geschlecht, obgleich die Frauen gemäß Tschurajew heute bereits 46 v.H. aller Arbeiter und Angestellten ausmachen, erstaunlicherweise genau die gleiche Relation auf wie zur Zeit des 20. Parteikongresses.

	1956	1959
Männer	5 801 049 (80,5 v.H.)	6 633 327 (80,5 v.H.)
Frauen	1 414 456 (19,5 v.H.)	1 605 804 (19,5 v.H.)
	7 215 505 (100 v.H.)	8 239 131 (100 v.H.)

Nur unter den Parteitagsdelegierten ist der Anteil der Frauen weiter angestiegen. Der Prozentsatz hat sich von 9,1 v.H. 1939, 12,3 v.H. 1952 und 14,2 v.H. 1956 auf 17,5 v.H. erhöht.

222 Parteitagsdelegierte mit beschließender Stimme waren Frauen.

4. Die soziale Zusammensetzung der Parteiangehörigen

An dem Umstand, daß die KPdSU dem Berufs- und Bildungsstand nach nicht als eine Arbeiterpartei, sondern als eine Interessenvertretung der sowjetischen Staatsbourgeoisie anzusehen ist, hat sich auch in den Jahren seit dem 20. Parteikongreß nichts geändert. Hätten sich gewisse Änderungen in Richtung einer Reproletarisierung in der Gesamtpartei ergeben, so hätte sie Tschurajew sicher erwähnt. Tatsächlich hat die Entwicklung im Bereich der einzelnen Berufsgruppen in der entgegengesetzten Richtung weiter angehalten. Darauf weist sowohl die größere Zahl von Spezialisten unter den Parteimitgliedern (2,3 Mill. gegen 1,9 Mill. 1956), als auch die Bemerkung Tschurajews hin, daß die Zahl der Vollgebildeten unter den Parteikommunisten um 632 993 zugenommen hat. Da er diesen Zuwachs mit 23,9 v.H. beziffert, ergibt sich für die Gesamtpartei folgende Gliederung nach dem Bildungsstand.

¹⁸⁾ Zusammengestellt auf Grund der Ergebnisse der regionalen Parteikonferenzen in der RSFSR unter Zugrundelegung der Delegiertenquoten. Die Gesamtzahlen für die RSFSR sind nur Annäherungswerte.

Gliederung der Partei nach dem Bildungsstand

Bildungsstufe	1956		1959	
	Zahl der Parteiangehörigen	Anteil in Prozenten	Zahl der Parteiangehörigen	Anteil in Prozenten
Abgeschl. Hochschulbildung	801 384	11,1		
Nicht abgeschlossene Hochschulbildung	256 856	3,6		
Höhere Fachschulbildung	819 533	11,3		
Oberschulbildung	773 972	10,8		
Vollbildung (nach Aristow)	2 651 745	36,8		
(nach Tschurajew)	2 648 506		3 281 499	43,1
Nicht abgeschlossene Oberschulbildung	2 127 862	29,5		
Grundschulbildung und ohne Schulbildung	2 435 898	33,7	4 957 632	56,9
Insgesamt	7 215 505	100,0	8 239 131	100,0

Die Manipulationen von Tschurajew, die in der folgenden Tabelle besonders deutlich werden, sind interessanter Weise darauf gerichtet, durch besondere Hervorhebungen der Vollbildung die soziale Zusammensetzung der Partei zu verschleiern. Unter Sowjetintelligenz wurden bisher nämlich nicht nur Sowjetbürger mit Vollbildung, sondern führende Kader allgemein verstanden, was eine Sieben-Klassen-Bildung, nicht aber unbedingt Abitur voraussetzte. Der prozentuale Anteil der Sowjetintelligenz in diesem weiteren Sinn betrug somit 1956 66,3 v. H. Die entsprechende Prozentzahl für 1959 fehlt. Es ist anzunehmen, daß sie sich erheblich erhöht hat. Was den Kern dieser Kader anbelangt, so ist die Zahl der „Spezialisten“ in der Zwischenzeit auf insgesamt 7,5 Mill. angestiegen. Davon sind 2,3 Mill. (30,7 v. H.) Parteiangehörige und 5,2 Mill. (69,3 v. H.) Nichtkommunisten.

Bei der Sowjetintelligenz im engeren Sinn, für deren Bestimmung der Grad der Vollbildung maßgebend ist, hat sich zunächst keine wesentliche Verschiebung ergeben, da sich die neue Erziehungs- und Bildungsreform auf die soziale Struktur der Partei noch nicht auswirken konnte. Dies ist deutlich aus dem Bildungsgrad der Parteitagsdelegierten zu ersehen.

Anteil der neuen „Intelligenz“ an der Gesamtzahl der Parteitagsdelegierten 1930—1959 (in Prozenten)

Bildungsgrad	1930	1934	1939	1952	1956	1959
Hochschulbildung und höhere Fachschulbildung	7,2	10,0	31,5	66,5	64,5	61,1
Oberschulbildung	15,7	31,0	22,5	18,7	12,4	12,2
Vollbildung	22,9	41,0	54,0	85,2	76,9	73,3

Von den 930 Parteitagsdelegierten mit Vollbildung gehörten über die Hälfte als „Spezialisten“ zu der eigentlichen tonangebenden Schicht der Sowjetintelligenz im engeren Sinn. Die Ingenieure als der tragende Typus dieser Oberschicht dominierten mit 287. Es folgten die Lehrer mit 85 und die Agronomen mit 81. Die anderen Spezialisten betragen nur etwas über 30. Die Zahl der Juristen und auch Volkswirte, die im öffentlichen Leben der freien Welt eine so maßgebende Rolle spielen, dürfte minimal gewesen sein. Daß die Hinweise über den Bildungsgrad der Parteidelegierten genauere Vorstellungen über die tatsächliche soziale Struktur der Partei vermitteln als die Angaben über die soziale Zugehörigkeit, ist aus einer näheren Betrachtung der folgenden Tabelle zu ersehen.

Soziale Zusammensetzung der Parteitagsdelegierten von 1930 bis 1959 (in Prozenten)

	1930	1934	1952	1956	1959
Arbeiter	71,2	60,0	7,6	18,5	31,4
Bauern	8,7	8,0	7,8	13,8	
Intelligenz	22,1	32,0	84,6	67,7	68,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Der prozentuale Anteil des proletarischen Elements von 31,4 v. H., das zeichnerweise nicht in Arbeiter und Bauern aufgeschlüsselt worden ist, dürfte irreführend sein. Nach dem Bildungsstand gehören der Intelligenz nämlich 73,3 v. H. und nicht 68,6 v. H. an. Sicher ist der größte Teil der Industriebeschäftigten, obgleich sie nicht unmittelbar in der Produktion tätig sind, von Tschurajew zu „Arbeitern“ deklariert worden.

Bei Zugrundelegung des höchst fraglichen Prozentsatzes von 68,6 v. H. bei der Intelligenz als Sozialstand gelangt man auf Grund der Angaben von Tschurajew zu folgender Aufschlüsselung:

Funktionsbereich	Absolute Zahl	Prozentzahl
Parteifunktionäre	432	34,0
Staatsfunktionäre (einschließlich auswärtiger Dienst)	147	11,6
Gewerkschaftsfunktionäre	12	0,9
Komsomolfunktionäre	7	0,5
Militärbefehlshaber	91	7,2
Kulturfunktionäre und Literaten (einschließlich Gesundheitswesen)	50	3,9
Wirtschaftsfunktionäre	131	10,4
Gesamtzahl der Funktionäre	870	68,6

Es fällt auf, daß sich die Zahl der Partei- und Staatsfunktionäre sowie der Militärs im Verhältnis zu 1956 nicht unwesentlich verringert hat, während die Zahl der Wirtschaftsfunktionäre zugenommen hat. Letztere ergibt sich, wenn man die Zahl der angeblichen Arbeiter und Bauern (399) von der Zahl der in der Wirtschaft Beschäftigten (530) abzieht. Von diesen 530 sind 355 (27,9 v. H. aller Delegierten) in der Industrie, im Bauwesen und Verkehr sowie 175 (13,8 v. H.) in der Landwirtschaft tätig. Daß die Zahl der Arbeiter und Bauern nicht stimmen kann, geht auch daraus hervor, daß einerseits der Prozentsatz des proletarischen Elements offiziell von 32,3 v. H. auf 31,4 v. H. abgesunken ist, während Tschurajew behauptet, die Zahl der Arbeiter und Bauern unter den Parteitagsdelegierten habe gegenüber 1956 um 78 Personen zugenommen.

5. Dauer der Parteizugehörigkeit

Der Anteil der alten Bolschewiki unter den Parteitagsdelegierten hat, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist, weiter abgenommen. Von der alten Garde Lenins sind nur noch acht Mann übriggeblieben. Nur 27 sind während des Bürgerkrieges der Partei beigetreten. Die übrigen stammen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, alle aus der Stalin-Ära, und zwar vorwiegend aus der spätstalinistischen Periode.

Dauer der Parteizugehörigkeit der Delegierten zu den Parteikongressen 1934 bis 1959 (in Prozenten)

	1934	1939	1952	1956	1959
Beitritt vor der Revolution (1903—1917)	22,6	2,4	1,2	1,6	0,6
Beitritt während des Bürgerkrieges (1917—1920)	57,4	17,0	6,2	4,5	2,9
Beitritt nach dem Bürgerkrieg (1920—1929/30)	17,4	37,6	36,4	24,9	19,9
Beitritt nach 1929/30	2,6	43,0	56,2	69,0	76,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Anteil der aus der Stalin-Ära stammenden Parteitagsdelegierten auf den Parteikongressen der Nachkriegszeit (in Prozenten)

	1952	1956	1959
Beitritt 1931 bis 1940	36,0	34,0	33,8
Beitritt 1941 bis 1945	16,1	21,6	21,7
Beitritt nach 1946	4,1	13,4	21,1
Insgesamt	56,2	69,0	76,6

Auffallend ist, daß der Anteil der Frontgeneration, der jetzt 35 bis 40 jährigen, nicht zugenommen hat, obgleich sich der Anteil der jungen Generation von 13,4 auf 21,1 v. H. vergrößert hat. Die führende Rolle spielen nach wie vor die älteren Jahrgänge der mittleren Generation, die der Partei vorwiegend in den dreißiger Jahren beigetreten sind. Die 19,9 v.H., die in den zwanziger Jahren Parteigenossen geworden sind, dürften heute bereits zur alten Generation zählen. Der 21. Parteikongreß wies unter den Gesichtspunkten jugendlicher Aktivität die ungünstigste Alterszusammensetzung aller bisherigen Parteitage auf. Noch niemals war fast ein Drittel der Parteitagsdelegierten über 50 Jahre alt.

Altersstufe	1924	1927	1930	1930	1952	1956	1959
20 bis 29	27,4	13,8	10,0	81,5	23,6	20,3	21,1
30 bis 39	55,2	62,0	60,0				
40 bis 50	15,4	20,0	25,0	15,5	61,1	55,7	47,8
über 50	2,0	4,2	5,0	3,0	15,3	24,0	31,1
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Während sich das Schwergewicht in der Parteiführung von Jahr zu Jahr immer mehr von den älteren Jahrgängen der mittleren Generation zu den jungen Jahrgängen der alten Generation verlagert, was aus der Altersstruktur der Parteitagsdelegierten deutlich hervorgeht, wird der Druck der jungen Generation, die in der Gesamtpartei überwiegt, von Jahr zu Jahr stärker. Dieser soziologischen Tatsache sucht Chruschtschow mit seiner neuen Kaderpolitik Rechnung zu tragen, wobei es ihm besonders darauf ankommt, den Attentismus der Frontgeneration zu überwinden.

II. Der „Generationssprung“ als Methode Chruschtschowscher Kaderpolitik

Bemerkenswert ist, daß der verschärfte Kampf mit der „Anti-Partei-Gruppe“ auf dem 21. Parteikongreß mit der Ankündigung einer Verjüngung des Funktionärsapparates in allen Bereichen des öffentlichen Lebens verbunden worden ist. „Man muß die jungen Kader kühner als bisher fördern!“ forderte Chruschtschow und übte Kritik an jenen Parteiorganen, die behaupteten, „ein Mensch im Alter von 35 bis 40 Jahren sei noch nicht reif genug, um einen führenden Posten ausfüllen zu können.“ Chruschtschow erklärte eine solche Einstellung für grundfalsch und

betonte, daß Funktionäre in diesem Alter „viel Energie“ aufwiesen. Führende Funktionen müßten von sachkundigen und entschlußkräftigen Menschen übernommen werden, „die den Geist revolutionären Elans, bolschewistischer Leidenschaftlichkeit und Prinzipientreue in die Arbeit hineinbringen und das Gefühl für das Neue haben.“ Diejenigen aber, die auf Grund ihres Alters oder „aus anderen Gründen“ (!) nicht mehr energisch und aktiv genug seien, sollte man „nicht zurückhalten, wenn sie den Wunsch äußern, eine andere Arbeit zu übernehmen oder sich pensionieren zu lassen.“

Mit diesen Worten kündigt sich eine neue Kaderpolitik an, die im Zeichen des Generationswechsels auf tiefgehende personelle Veränderungen innerhalb des gesamten Herrschaftsapparates, der allein im parteilichen Bereich Hunderttausende von Funktionären umfaßt, abzielt. Im Parteiapparat hängt dieser Wechsel offensichtlich mit der im Juni 1956 erfolgten Reorganisation der Parteischulen (Politschkoly) zusammen¹⁹⁾, die große Veränderungen im bisherigen Lehrplan durch stärkere Berücksichtigung praktisch-wirtschaftlicher Fächer im Einklang mit den entsprechenden Richtlinien des 20. Parteikongresses zur Folge hatte. In den Jahren 1960/61 werden Tausende von jungen Parteifunktionären, die meist der Kriegsgeneration angehören, nach vierjähriger Ausbildung diese neuen Eliteschulen verlassen. Ihre Sachkenntnis soll sie befähigen, das Management aus der Hand der Älteren zu übernehmen, deren aus der Erfahrung erwachsene Besonnenheit und Skeptizismus Chruschtschow nicht paßt, da er zur Erfüllung seiner weit gespannten Pläne die Wiederbelebung jener revolutionären Schwungkraft benötigt, welche für die Zeit der ersten Fünfjahrespläne bezeichnend ist. Chruschtschow greift auch hier auf das Vorbild Stalins zurück, der zweimal die junge Generation als Hebel benutzte, um die Entwicklung im revolutionären Sinn sprunghaft voranzutreiben²⁰⁾. Das erste Mal, als er den Kampf um die Macht aufnahm und die Generallinie durchsetzte, das zweite Mal, als er die große Säuberung in der Mitte der dreißiger Jahre durchführte und seine Alleinherrschaft stabilisierte. Die Anwendung dieser Methode des „Generationssprunges“ war in beiden Fällen mit einem Verschleiß von Führungskräften verbunden, den sich die Sowjetunion heute im gleichen Umfange nicht mehr leisten kann. Fraglich ist außerdem, ob die neuen jungen Kader, die über einen weit höheren Bildungsstand verfügen, sich dem vergleichsweise viel älteren und mit geringerer Autorität ausgestatteten Chruschtschow ebenso willig unterordnen werden, wie seinerzeit ihre älteren Kollegen Stalin. Nur so lassen sich nämlich die ernsteren Untertöne in der sonst von Selbstbewußtsein und Optimismus erfüllten Parteitagsrede Chruschtschows erklären, die nicht nur die Leistungsfähigkeit des Apparats, sondern auch das Verhältnis von Partei und Jugend allgemein betrafen.

D. Der Siebenjahresplan und die Wachstumsschwierigkeiten der Sowjetwirtschaft

I. Die Zielsetzung des Siebenjahresplanes und das Problem des Wachstumstempos

Seit 1928 hat es in der Sowjetunion im ganzen sechs Fünfjahrespläne gegeben, von denen der eine infolge des Krieges nicht vollendet werden konnte. Der sechste Fünfjahresplan (1956–1960), der vom 20. Parteikongreß angenommen worden war, ist im September 1957 aufgegeben worden. An seine Stelle sollte ein Siebenjahresplan (1959–1965) treten, der seinerseits als Bestandteil eines weitergehenden Perspektivplans für die Zeit von 1958 bis 1972 gedacht war.

Die wichtigsten Daten aus diesem Fünfzehnjahresplan sind von Chruschtschow auf der Jubiläumssitzung des Obersten Sowjets der UdSSR anläßlich der 40-Jahrfeier der Oktoberrevolution am 6. November 1957 bekanntgegeben worden²¹⁾.

Die Kontrollziffern des Siebenjahresplanes sollten bis zum 1. Juli 1958 vorgelegt werden. Infolge interner Schwierigkeiten bei der endgültigen Fixierung der Planziele konnte der Termin nicht eingehalten werden. Aus Anlaß der vorfristigen Einberufung des 21. Parteikongresses im September 1958 wurde die Annahme des Siebenjahresplans als der Hauptzweck des bevorstehenden außerordentlichen Parteitages

bezeichnet. Im November 1958 wurden die Kontrollziffern in Gestalt von „Thesen“ zum Referat Chruschtschows veröffentlicht und vor der endgültigen Verabschiedung der üblichen gesteuerten Massendiskussion unterzogen²²⁾.

Im Referat Chruschtschows ist vor allem das Kapitel II (Die Hauptaufgaben des Siebenjahresplans für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR) dem neuen Plan gewidmet, der gemäß Istwestija „die Welt erschüttern soll“.

Die Ausführungen Chruschtschows stimmen weitgehend mit den „Thesen“ überein. In der endgültigen Fassung sind die Kontrollziffern des Siebenjahresplanes am 8. Februar 1959 veröffentlicht worden, nachdem sie der Parteikongreß zusammen mit dem Chruschtschow-Bericht einstimmig gebilligt hatte.

Bei einem Vergleich der „Thesen“, des Referats Chruschtschows und der Schlußresolution des Parteitages zum Chruschtschow-Bericht ist eine

19) Vgl. Filtschenkow, M. F.: Über die Geschichte der Parteischulungseinrichtungen, Woprossy Istorii KPSS, 1958, Nr. 1; ferner Leonhard, W.: Die junge Garde bootet alte Kämpfer aus, NRS vom 4. Februar 1959.

20) Vgl. Meissner, Ende des Stalin-Mythos, a. a. O., S. 21.

22) Wortlaut der „Thesen“, Prawda vom 14. November 1958.

21) Vgl. Prawda vom 7. November 1957.

gewisse Akzentverschiebung feststellbar. Bei den „Thesen“ stand die Erreichung eines höheren Lebensstandards für die Sowjetbevölkerung im Vordergrund. Bei Chruschtschow liegt die Betonung mehr auf den machtpolitischen Beweggründen.

Der Siebenjahresplan ist vor allem dazu bestimmt, das wirtschaftliche und militärische Potential der Sowjetunion zu vergrößern und durch Überflügelung des Westens in der Produktionskapazität das politische Übergewicht des Ostblocks herbeizuführen. Das Hauptziel des neuen Planes, die am weitesten entwickelten Industrienächte des Westens in der absoluten und pro Kopf-Produktion sowie in der Höhe des Lebensstandards einzuholen und zu überholen, soll im Falle der Vereinigten Staaten bis 1970, „möglicherweise aber auch früher“, erreicht werden. Die Erzielung eines „maximalen Zeitgewinns“ wird als Kernproblem des Siebenjahresplans bezeichnet. Die Schlußresolution übernimmt diese Voraussagen Chruschtschows mit gewissen Einschränkungen, wobei sie bemüht ist, dem Sowjetvolk bereits in den nächsten Jahren ein besseres Leben und einen höheren Lebensstandard in Aussicht zu stellen. Chruschtschow begründet die Aussicht, bis 1970 die Vereinigten Staaten einzuholen und zu überholen einerseits mit den bisher erzielten wirtschaftlichen Erfolgen der Sowjetunion, andererseits mit dem hohen Wachstumstempo der sowjetischen Industrie, das auch weiterhin anhalten würde.

In diesem Zusammenhang stellt er folgende Behauptungen auf:

1. Die sowjetische Industrieproduktion hätte im Jahre 1958 die industrielle Erzeugung Großbritanniens, Frankreichs und Westdeutschlands zusammengenommen „bedeutend“ übertroffen;

2. Die gesamte sowjetische Industrieproduktion mache bereits jetzt etwa die Hälfte der amerikanischen aus;

3. In den letzten acht Jahren würde der absolute Zuwachs wichtiger Zweige der sowjetischen Grundindustrie insgesamt größer gewesen sein als derjenige der entsprechenden amerikanischen Industriezweige;

4. Das durchschnittliche Wachstumstempo der sowjetischen Industrie hätte in allen Jahren der Sowjetmacht dasjenige der führenden Industrienächte des Westens um das Drei- bis Fünffache übertroffen und würde die Vereinigten Staaten heute um das Vierfache übertreffen.

Diese Behauptungen Chruschtschows sind ebenso wie seine Angaben über die Zunahme der sowjetischen Industrieproduktion seit 1913 um das 36-fache, des Volkseinkommens um das 15-fache und der Arbeitsproduktivität um das 10-fache als höchst fragwürdig anzusehen. Im einzelnen kann dazu folgendes bemerkt werden:

1. Bei seinem Vergleich mit den westeuropäischen Ländern stützt sich Chruschtschow offensichtlich auf die Ergebnisse einiger Zweige der Grundindustrie wie Kohle, Stahl, Erdöl und elektrische Energie. Abgesehen vom Erdöl lag die Erzeugung Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik auf diesen Gebieten im Jahre 1957 noch erheblich über derjenigen der Sowjetunion (bei Kohle einschließlich Braunkohle um 35,2 Mill. t, bei Stahl um 9,6 Mill. t und Elektroenergie um 29,9 Mrd. kWh).

Die Angaben über die Stahlerzeugung und die Elektrizitätswirtschaft bieten für die vergleichsweise Beurteilung von Industrien verschiedener Länder den sichersten Maßstab. Die Entwicklung der Stahlerzeugung 1951 bis 1956 zeigt, daß die Europäische Montanunion eine größere absolute Zunahme aufzuweisen hatte als die Sowjetunion und daß sich der Abstand der westeuropäischen Länder (Montanunion und Großbritannien) vergrößert und nicht verringert hat. Nur der prozentuale Anteil an der Welterzeugung ist bei der Sowjetunion im Verhältnis zu den westeuropäischen Ländern geringfügig angestiegen, obgleich deren Anteil mit insgesamt 27,5 v. H. den der Sowjetunion mit 17,7 v. H. noch immer weit übersteigt. Bei der Stahlerzeugung pro Kopf der Bevölkerung sieht es für die Sowjetunion noch ungünstiger aus. Die Bundesrepublik erzeugte 1956 pro Kopf der Bevölkerung fast doppelt so viel Stahl wie die Sowjetunion. Die pro capita-Stahlproduktion der UdSSR betrug 1957 nach eigenen sowjetischen Angaben 52 v. H. der Bundesrepublik, 78 v. H. Frankreichs und 59 v. H. Großbritanniens²³⁾.

23) Zentralnoje Statistitscheskoje Uprawlenije pri Sowjete Ministrow SSSR (Statistische Zentralverwaltung beim Ministerrat der UdSSR): SSSR w ziffrach (Die UdSSR in Zahlen), Moskau 1958, S. 77.

Die Stahlerzeugung in den westeuropäischen Ländern und der Sowjetunion 1951 und 1956²⁴⁾

	Montanunion	Davon			Sowjetunion	Abstand
		Westdeutschland	Frankreich	Großbritannien		
a) in Mill. t						
1951	37,7	13,5	9,8	15,9	31,4	22,2
1956	56,8	23,1	13,4	20,9	48,6	29,1
Zunahme	19,1	9,6	3,6	5,0	17,2	
b) in Prozenten der Welterzeugung						
1951	17,9	6,4	4,7	7,5	14,9	10,5
1956	20,1	8,2	4,8	7,4	17,7	9,8
Zunahme	2,2	1,8	0,1	-0,1	2,8	

Stahlerzeugung pro Kopf der Bevölkerung 1956 (in kg)²⁵⁾

Westdeutschland	417
Frankreich	276
Großbritannien	380
Sowjetunion	235

In der Elektrizitätswirtschaft hat sich der Abstand der westeuropäischen Länder (ohne Großbritannien) gegenüber der Sowjetunion von 1950 bis 1957 geringfügig verringert. Bei der Stromerzeugung pro Kopf der Bevölkerung sieht es weiter recht ungünstig für die Sowjetunion aus. Die pro capita-Elektroenergieerzeugung betrug 1957 nach eigenen sowjetischen Angaben 55 v. H. der Bundesrepublik, 73 v. H. Frankreichs und 50 v. H. Großbritanniens²⁶⁾.

Die Stromerzeugung in den westeuropäischen Ländern (ohne Großbritannien) und der Sowjetunion 1950 und 1957²⁷⁾ (in Mrd. kWh)

	EWG-Länder	Davon Westdeutschland	Sowjetunion	Abstand
1950	119,9	44,0	91,0	28,9
1957	219,7	90,9	209,7	10,0
Zunahme	99,8	46,9	118,7	

Noch ungünstiger sieht der Vergleich für die Sowjetunion aus, wenn man die wichtigsten Zweige der Fertigungsindustrie (Automobilherstellung, Konsumgüterindustrie usw.) heranzieht, vom tertiären Bereich des Dienstleistungsgewerbes ganz abgesehen, wo die Sowjetunion hoffnungslos nachhinkt. Die Bundesrepublik Deutschland produzierte 1957 doppelt so viele Kraftfahrzeuge wie die Sowjetunion. Allein die Volkswagenproduktion ist drei mal so groß wie der gesamte Ausstoß von Personenkraftwagen in der Sowjetunion 1957 (395 211 gegenüber 113 600)²⁸⁾. In Westdeutschland kam auf 125 Einwohner ein neuer Volkswagen, in der Sowjetunion auf 1 800 ein neuer Personenkraftwagen. Die Erzeugung an Motorrädern ist in der Sowjetunion ebenfalls sehr gering²⁹⁾.

2. Ein exakter Vergleich der gesamten Industrieproduktion der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten ist schon aus dem Grunde nicht möglich, da die amerikanischen Angaben, ebenso wie die westeuropäischen, auf echten Knappheitspreisen, die sowjetischen dagegen auf

24) Quelle: Deutsches Industrieinstitut (Herausgeber): Taschenbuch für die Wirtschaft, 4. Aufl., Köln 1959, Tabelle 86.

25) Quelle: Nemtschinow, W.: Nekotoryje problemy planirowanija narodnogo chosajstwa (Einige Planungsprobleme der Volkswirtschaft), Kommunist, 1959, Nr. 1, S. 84.

26) SSSR w ziffrach, a. a. O., S. 77.

27) Zahlen nach Taschenbuch für die Wirtschaft 1959, Tabellen 31 und 94; Statistische Zentralverwaltung beim Ministerrat der UdSSR: Die UdSSR in Zahlen, Ost-Berlin 1956, S. 63; SSSR w ziffrach, a. a. O., S. 79.

28) Vgl. Produktionsvergleiche, Der aktuelle Osten, 5. Jg., 1959, Nr. 12 Seite 4.

29) In der Bundesrepublik gab es am 1. Juli 1957 insgesamt 2,3 Mill. PKW (34,9 v. H. im Besitz von Arbeitnehmern) und 2,4 Mill. Motorräder (76,2 v. H. im Besitz von Arbeitnehmern). Die entsprechenden Angaben werden in der Sowjetunion aus naheliegenden Gründen nicht bekanntgegeben.

manipulierten Preisen beruhen. Bei einem Vergleich der vorliegenden mengenmäßigen Produktionsziffern ergibt sich, daß die sowjetische Industrieproduktion im Gesamtvolumen höchstens 40 v. H. der amerikanischen erreicht. Beim Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten), d. h. bei der Gesamtheit aller erzeugten Güter und Dienstleistungen nach Abzug der Abschreibungen und indirekten Steuern dürfte diese Prozentzahl noch wesentlich niedriger liegen, da die sowjetische Landwirtschaft im Verhältnis zur amerikanischen als rückständig und das sowjetische Dienstleistungsgewerbe, insbesondere der Handel, als unterentwickelt bezeichnet werden muß. Nach einer Berechnung, auf die später noch einzugehen sein wird, übertraf das amerikanische Bruttosozialprodukt 1955 das sowjetische um fast das Vierfache (396,5 Mrd. Dollar gegenüber 110,0)³⁰⁾.

3. Der große Abstand zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hat sich, wie aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen ist, in der Zeit von 1950 bis 1956 auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft, der Erdöl- und Gaserzeugung nicht verringert, sondern erheblich vergrößert. Der Abstand auf dem Gebiete der Steinkohlenförderung ist noch immer beträchtlich. Das Zurückgehen der amerikanischen Kohlenförderung ist als Zeichen der Stärke und nicht der Schwäche zu werten, da sie durch den Übergang auf die rationelleren Energieträger Erdöl und Gas bedingt ist. Die Sowjetunion befindet sich erst im Anfangsstadium dieser Entwicklung. Die amerikanische Stahlproduktion betrug 1957 genau das Doppelte der sowjetischen (112,7 gegen 51 Mill. t)³¹⁾. Durch die Recession hat sich der Abstand ein wenig zugunsten der Sowjetunion verschoben.

Die Produktion der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf dem Gebiete der Grundstoffindustrie 1950 und 1956³²⁾

	1950			1956		
	USA	UdSSR	Abstand	USA	UdSSR	Abstand
Elektroenergie (Mrd. kWh)	389	91	298	675	192	483
Erdöl (Mill. t)	267	38	229	354	84	270
Gas (Mrd. cbm)	214	6	208	326	14	312
Steinkohle (Mill. t)	505	185	320	477	304	173
Stahl (Mill. t)	88	27	61	105	49	56

Nach sowjetischen Angaben machte die absolute Produktion der Sowjetunion auf dem Gebiete der Grundstoffindustrie 1957 bei Elektroenergie 27 v. H., bei Erdöl 28 v. H., bei Kohle 85 v. H. und bei Stahl 50 v. H. der amerikanischen aus³³⁾.

Zwar hat das spezifische Gewicht der industriellen Produktion der Sowjetunion gegenüber den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren bei Berücksichtigung sämtlicher Zweige der Grundstoff- und Schwerindustrie zugenommen, doch erscheint es insbesondere im Hinblick auf die pro-Kopf-Produktion fast ausgeschlossen, daß die Sowjetunion die Vereinigten Staaten in absehbarer Zeit auf dem Gebiete der Energiewirtschaft und der Stahlerzeugung einholen und überholen wird. Die Energieerzeugung pro Kopf der Bevölkerung betrug 1956 umgerechnet in Kohleeinheiten in der Sowjetunion 2,45, der Energieverbrauch in den Vereinigten Staaten und in Kanada dagegen 8,58 und 8,25³⁴⁾. Die Stahlerzeugung pro Kopf der Bevölkerung betrug 1956 (in kg) in der Sowjetunion 235, in den Vereinigten Staaten und in Kanada dagegen 600 und 399³⁵⁾.

Die sowjetische pro Kopf-Produktion betrug 1957 bei Elektroenergie 23 v. H., bei Erdöl 23 v. H., bei Kohle 71 v. H. und bei Stahl 42 v. H. der amerikanischen. Die sowjetische Gaserzeugung machte 1956 nur 4 v. H. der amerikanischen aus³⁶⁾.

Ein Vergleich mit der Fertigungsindustrie fällt noch unvorteilhafter für die Sowjetunion aus. Die für 1965 geplante sowjetische Produktion von

750—856 000 Kraftfahrzeugen würde nur ein Zwölftel der amerikanischen Produktion von 1955 ausmachen.

Die Automobilerzeugung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion 1937 und 1955³⁷⁾

	(in Mill. Stück)		
	USA	UdSSR	Abstand
1937	4,8	0,2	4,6
1955	9,2	0,46	8,74
Zunahme	4,4	0,26	

4. Auch die Behauptungen Chruschtschows, die das Wachstumstempo der sowjetischen Industrie betreffen, erweisen sich als irreführend. Die Gesamtwachstumsrate der sowjetischen Industrie hat sich, wie aus den folgenden sowjetischen Angaben über die durchschnittliche Steigerungsquote der einzelnen Fünfjahrespläne zu ersehen ist, vom Nachkriegsaufbau abgesehen, laufend verringert und nicht vergrößert.

Durchschnittliche Gesamt-Zuwachsraten der sowjetischen Industrie seit 1929³⁸⁾

Erster Fünfjahresplan (1929—1932)	19,2 v. H.
Zweiter Fünfjahresplan (1933—1937)	17,1 v. H.
Dritter Fünfjahresplan (Drei Jahre 1938—1940)	13,2 v. H.
Vierter Fünfjahresplan (1946—1950)	13,6 v. H.
Fünfter Fünfjahresplan (1951—1955)	13,2 v. H.
Sechster Fünfjahresplan (Drei Jahre 1956—1958)	10,0 v. H.

Der sechste Fünfjahresplan, der 1957 aufgegeben wurde, rechnete mit einer durchschnittlichen Zuwachsraten von 10 v. H., die 1957 und 1958 auch erreicht wurde. Im Siebenjahresplan ist dagegen nur eine von 8,6 v. H. vorgesehen. Wenn von sowjetischer Seite in diesem Zusammenhang erklärt wird, daß auch bei den letzten Jahresplänen eine niedrigere Wachstumsrate (1957 — 7,1 v. H.; 1958 — 7,6 v. H.) eingeplant worden ist, während im Endergebnis eine solche von 10 v. H. erreicht wurde³⁹⁾, so kann daraus nicht ohne weiteres der Schluß abgeleitet werden, daß eine solche Entwicklung während der gesamten bevorstehenden Planperiode erwartet werden kann. Es darf nicht übersehen werden, daß die sowjetische Industrie inzwischen eine Höhe erklommen hat, wo jeder Schritt nach oben einen weitaus größeren Aufwand an Investitionen erfordert als bisher. Außerdem zeigt eine Betrachtung der Zuwachsraten der einzelnen Zweige der Grundstoffindustrie, daß die Gesamt-Zuwachsraten wesentlich geringer sein dürfte als sie von den Sowjets angegeben wird⁴⁰⁾. Daß sich die Entwicklung der Sowjetwirtschaft in den letzten Jahren wesentlich verlangsamt hat, geht aus der folgenden Übersicht deutlich hervor.

37) Produktionsvergleich, a. a. O., S. 4.

38) Quelle: Ekonomitscheskoje sorewnowanije meshdu SSSR i SSchA (Der wirtschaftliche Wettbewerb zwischen der UdSSR und den USA), Moskau 1959, S. 79.

39) Die Festsetzung einer niedrigeren Zuwachsraten in den letzten beiden Jahresplänen, die später überfüllt wurde, hatte in erster Linie wirtschaftliche und nicht propagandistische Gründe. Durch diese Maßnahme, die auf die Entschleunigung des Dezember-Plenums des Zentralkomitees 1957, die vor allem von Bulganin und Perwuchin beeinflusst wurden, zurückgeht, wurde den unteren Wirtschaftsorganen größerer Spielraum bei der Aufstellung und Durchführung der Pläne gewährt.

40) Vgl. die sich auf eingehende anglo-amerikanische Forschungen stützende Kritik an den sowjetischen statistischen Angaben bei Jasny, N.: The Soviet Statistical Handbook. A. Commentary, Michigan 1957, S. 53 77.

30) Quelle: Taschenbuch für die Wirtschaft 1959, Tabelle 93.

31) SSSR w ziffrach, a. a. O., S. 79.

32) Quelle: Statistical Yearbook 1957, New York 1958; Zentralnoje Statisticheskoe Uprawnenije pri Sowjete Ministrow SSSR (Statistische Zentralverwaltung beim Ministerrat der UdSSR); Promvshlennostj SSSR (Die Industrie der UdSSR), Moskau 1957; Sapisnaja knishka partijnogo aktivista 1958 (Notizbuch des Parteiaktivisten 1958), Moskau 1957.

33) SSSR w ziffrach, a. a. O., S. 74.

34) Nemtschinow, a. a. O., S. 83.

35) Nemtschinow, a. a. O., S. 84.

36) SSSR w ziffrach, a. a. O., S. 77; Produktionsvergleich, a. a. O., S. 3.

Zuwachsrates der wichtigsten Zweige der Grundstoffindustrie ⁴¹⁾

	1951-55	1956	1957	1958	Sechster 5-Jahres- plan (1956-60)	7-Jahres- plan (1959-65)	15- Jahres- plan (1958-72)
Kohle	8,4	9,7	7,9	7,0	8,6	3,4	2,8
Stahl	10,6	7,3	4,9	7,0	8,5	6,9	5,3
Erdöl	13,4	18,4	17,3	14,7	13,6	10,4	9,4
Elektroenergie	13,5	12,9	9,1	11,0	13,5	11,8	9,7

Eine Analyse dieser Zahlen bestätigt die durch die Entwicklung der Industrieländer des Westens erhärtete Erfahrung, daß das Wachstumstempo einer Volkswirtschaft zunehmenden Schwankungen unterworfen ist und in dem Maße abnimmt, wie diese ein höheres Produktionsniveau erreicht. Von der Sowjetführung war stets in Anspruch genommen worden, daß die Sowjetwirtschaft auf Grund ihres „sozialistischen“ Charakters dieser Gesetzmäßigkeit nicht unterliegt. Die von ihr selbst genannten Zahlen, obgleich sie wesentlich überhöht sind, sprechen eine andere Sprache. Man braucht nur ein Beispiel, wie den Stahl — der für den Entwicklungsstand einer Wirtschaft immer besonders kennzeichnend ist — herauszugreifen, um zu erkennen, daß sich bei der Sowjetunion ähnliche Erscheinungen bemerkbar machen wie bei anderen Industrieländern, nachdem deren Wirtschaft einen bestimmten Reifegrad erreicht hat. Im übrigen brauchen die Industrienächte des Westens einen Vergleich mit der Sowjetunion auch auf dem Gebiet des Wachstumstempos nicht zu scheuen. Während die Sowjetunion nach ihren eigenen Angaben beim Wiederaufbau in der Nachkriegszeit 1950 eine Gesamtzuwachsrates der Industrieproduktion von 23 v. H. erreichte, die inzwischen auf 10 v. H. abgefallen ist, wiesen die Bundesrepublik Deutschland und Japan, die teilweise beim Nullpunkt anfangen mußten, Zuwachsrates bis zu 14,2 und 16,2 v. H. auf ⁴²⁾. Während Chruschtschow davon ausgeht, daß bei den Vereinigten Staaten in den nächsten Jahren nur mit einer Zuwachsrates von etwa 1-2 v. H. gerechnet werden kann, besaßen diese in den Jahren 1950 bis 1955 tatsächlich eine Steigerungsquote von 4,4 v. H. gegenüber 12,8 v. H. der Sowjetunion ⁴³⁾. Dabei ist zu bedenken, daß die Vereinigten Staaten, von einigen wenigen Rückschlägen abgesehen, eine sehr stetige langfristige Entwicklung aufzuweisen haben. Eine ähnliche Entwicklung schien sich auch in Rußland vor der Revolution anzubahnen. Eine amerikanische Untersuchung

II. Die Schwerpunkte des neuen Plans im Bereich der Grundstoff- und Schwerindustrie und das Problem der Standortverteilung

Infolge des absinkenden Wachstumstempos erscheint es fraglich, ob es der Sowjetführung gelingen wird, das Produktionsniveau zu erreichen, das durch die absoluten Planziffern des Siebenjahresplans näher fixiert wird. Diese konkreten Planziele lassen deutlich die Absicht erkennen, nicht nur den Abstand zu den Vereinigten Staaten auf wesentlichen Gebieten der Grundstoff- und Schwerindustrie zu verringern, sondern auch jene Wirtschaftszweige zu entwickeln, die bisher vernachlässigt worden waren und deren Rückständigkeit sich negativ auf die gesamte Fortentwicklung der Sowjetwirtschaft auswirkte. Was die Grundstoffindustrie betrifft, so soll die Stahlproduktion, die 1958 fast 55 Millionen Tonnen betrug, bis 1965 auf 86 bis 91 und bis 1972 auf 100 bis 120 Millionen Tonnen gesteigert werden. Da die amerikanische Stahl-

hat noch kürzlich nachgewiesen, daß die russische Industrieproduktion 1955 einen Stand aufgewiesen hat, den sie auch erreicht hätte, wenn die von 1860 bis 1913 feststellbare Zuwachsrates beibehalten worden wäre ⁴⁴⁾. Die langfristige Wachstumsrate der Wirtschaft der Sowjetunion ist weder größer als diejenige des Zarenreiches noch diejenige der Vereinigten Staaten. Die Sowjetunion hat bisher nur erstaunliche kurzfristige Expansionsrates aufgewiesen. Die absteigende Wachstumskurve, auf der sich die sowjetische Industrie seit 1949/50 bewegt, ist in erster Linie auf Schwankungen im Zustrom neuer Investitionen und in geringerem Maße von Arbeitskräften, auf das unzulängliche technische Gesamtniveau, auf die unzureichende Energieversorgung, die Disproportionen der einzelnen Wirtschaftszweige, die Schwerfälligkeit des bürokratischen Befehlsapparates, die geringe Arbeitsproduktivität und Betriebsrentabilität zurückzuführen. Die Reformen, die Chruschtschow in die Wege geleitet hat, wobei er bemüht war, die Struktur der totalen Befehlswirtschaft nicht anzutasten, haben zwar gewisse Verbesserungen aber keinen grundlegenden Wandel in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungstendenz bewirkt. Dies wird durch den folgenden Überblick über das Wachstumstempo der sowjetischen Stahlherzeugung von 1929 bis 1957 sehr treffend illustriert ⁴⁵⁾:

1929	13,9	1939	— 2,8	1954	8,7
1930	18,4	1940	3,9	1955	9,4
1931	— 3,5	1946	8,1	1956	7,3
1932	5,3	1947	9,0	1957	4,9
1933	16,9	1948	28,3		
1934	40,6	1949	25,3		
1935	29,9	1950	17,2		
1936	30,1	1951	15,0		
1937	7,9	1952	9,9		
1938	2,2	1953	10,4		

Aus diesem Beispiel ist deutlich zu ersehen, daß das Wachstum der Industrieproduktion in der Sowjetunion trotz des planökonomischen Systems nicht kontinuierlich ist. Schon lange vor dem Kriege kam es nicht nur zu Verlangsamungen des Wachstumstempos der Produktion, sondern bisweilen auch zu einem begrenzten Rückgang. Die zyklische Entwicklung ist teils auf Faktoren ökonomischer, teils aber auch nicht-ökonomischer Art, wie die Folgen der Zwangskollektivierung und des Massenterrors vor dem Kriege zurückzuführen.

produktion 1958 infolge der Recession nur 80 Millionen Tonnen betrug, ist es verständlich, daß sich die Sowjets bemühen, die Amerikaner gerade auf diesem wichtigen Gebiet einzuholen und zu überholen, obgleich sie sich bei der nicht voll ausgenutzten großen Kapazität der amerikanischen Stahlindustrie eigentlich sagen müßten, daß die Vereinigten Staaten jederzeit in der Lage wären, die Stahlerzeugung wesentlich zu steigern. Auch auf dem Gebiete der Erdölförderung und Elektrizitätserzeugung ist nahezu eine Verdoppelung vorgesehen.

Produktion der wichtigsten Zweige der Grundstoffindustrie ⁴⁶⁾

	1955	1956	1957	1958	Plan 1960	Plan 1965	Plan 1972
Kohle (Mill. t)	391,0	429,0	463,0	496,0	593,0	596—609	650—750
Roheisen (Mill. t)	33,3	35,8	37,0	39,6	53,0	65—70	75—85

(Fortsetzung auf Seite 212)

41) Zusammengestellt auf Grund der sowjetamtlichen Zahlen. Zur Entwicklung von 1929 bis 1955 vgl. Ost-Probleme, 10. Jg., 1958, S. 223.

42) Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrates der gesamten Industrieproduktion der Bundesrepublik betrug 1953 9 v. H. (UdSSR — 11,5 v. H.), 1954 12 v. H. (UdSSR — 13,8 v. H.), 1955 16,6 v. H. (UdSSR 12,1 v. H.), 1956 10 v. H. (UdSSR — 11 v. H.). Die entsprechenden Wachstumsrates der Montanunionsländer betragen 1955: Frankreich 9,9 v. H., Italien 8,1 v. H., Belgien und Luxemburg 9,2 v. H., Holland 12,4 v. H.; Vgl. Hildebrandt-Böhme: Die Schwerindustrie der Sowjetunion. Entwicklung und Probleme, Bad Homburg v. d. H. 1957, S. 471.

43) Der „Economic Adviser“ des amerikanischen Präsidenten, Gabriel Hauge, machte in einem Vortrag („Probleme der Wirtschaftsentwicklung und der Stabilität“), den er am 30. April 1958 auf einer Veranstaltung der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer in West-Berlin hielt, die Mitteilung, daß die Gesamtzuwachsrates der amerikanischen Industrie nach dem zweiten Weltkriege etwa 4 v. H. gegenüber 3 v. H. vor dem Kriege betragen hätte. Dies würde die Verdoppelung der Produktion alle 18 Jahre bedeuten. Vor dem Kriege verdoppelte sich die Produktion alle 24 Jahre.

44) Vgl. die Besprechung der Untersuchung des National Bureau of Economic Research in: Die Zeit vom 1. August 1958 (Erbe, R.: Wachstum vor und hinter dem Eisernen Vorhang).

45) Angaben nach Ost-Probleme, 10. Jg., 1958, S. 223.

46) Quelle: Die UdSSR in Zahlen, a. a. O., S. 47; Promyslennostj SSSR, a. a. O., S. 40; Sapisnaja knishka 1958, a. a. O., S. 29; SSSR w ziffrach, a. a. O., S. 79; Planerfüllung 1958 (I), Der aktuelle Osten, 5. Jg., 1959, Nr. 4, S. 4. Zu der Nachkriegsentwicklung vgl. Sieger, A.: Stand und Entwicklung in der Grundstoffindustrie und die Energiebilanz der Sowjetunion in der Nachkriegszeit, Europa-Archiv, 7. Jg., 1952, S. 5296—5303. Zahlen zur Entwicklung vor 1955 finden sich in „Die UdSSR in Zahlen“, a. a. O., S. 47 ff, wiedergegeben in Osteuropa-Wirtschaft, 1. Jg., 1956/57, S. 151 ff.

(Fortsetzung von Seite 211)

	1955	1956	1957	1958	Plan 1960	Plan 1965	Plan 1972
Stahl (Mill. t)	45,3	48,6	51,0	54,9	68,3	86—91	100—120
Walzgut (Mill. t)	35,3	37,8	40,2	42,9	52,7	65—70	
Gas (Mrd. cbm)	10,4	13,7	20,2	29,8	40,0	150	- 270—320
Erdöl (Mill. t)	70,8	83,8	98,3	113,0	135,0	230—240	350—400
Elektroenergie (Mrd. kWh)	170,2	192	209,5	233	320	500—520	800—900

Der Umfang der sowjetischen Industrieproduktion hat in den letzten Jahren ständig zugenommen, aber nicht in einem Maße, daß die für 1960 vorgesehenen Planziele annähernd hätten erreicht werden können. Die absoluten Planziffern des Siebenjahresplans dürften nicht wesentlich realistischer sein als diejenigen des letzten Fünfjahresplans, da ihre Erfüllung aus Gründen, auf die später noch einzugehen sein wird, unwahrscheinlich erscheint.

Die vorgesehene, teilweise gewaltige Produktionszunahme in der Grund- und Schwerindustrie wird einerseits durch die Erschließung neuer Rohstoff- und Energievorkommen sowie Errichtung neuer Werke, andererseits durch den Ausbau und die Modernisierung der vorhandenen Anlagen angestrebt.

Da sich der größte Teil der noch unerschlossenen Rohstoff- und Energiereserven der Sowjetunion sich östlich des Urals befindet, ist die weitere wirtschaftliche Erschließung der Ostgebiete eines der Hauptanliegen des Siebenjahresplans⁴⁷⁾. Bis 1965 soll der Anteil der Ostgebiete an der Kohlenförderung bis zu 50 v. H., der Stahlproduktion bis zu 48 v. H., der Erzeugung von raffiniertem Kupfer bis zu 88 v. H., Aluminium bis zu 71 v. H., Zement bis zu 42 v. H., Elektroenergie bis zu 46 v. H., Abfuhr von Nutzholz bis zu 52 v. H. und Papiererzeugung bis zu 32 v. H. anwachsen.

Im Vordergrund der Pläne steht die Schaffung einer „dritten metallurgischen Basis“ in Sibirien und Kasachstan, die ihren Mittelpunkt im Raum zwischen Krassnojarsk und Irkutsk haben soll. Ostsibirien bietet nämlich mit der billigen Kohle, die teilweise im Tagebau gewonnen werden kann, und den beiden Flüssen Jenissej und Angara, die zu den energiereichsten der Sowjetunion gehören, besonders günstige Voraussetzungen für die Energieerzeugung.

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte Ostsibiriens befaßte sich im August 1958 eine Konferenz in Irkutsk, die von Wissenschaftlern, Wirtschaftsführern, Ingenieuren und Parteifunktionären besucht war. Gedacht ist vor allem an die Entwicklung energieintensiver Industriezweige, an die Herstellung von Elektrostahl und Ferrolegierungen sowie an die Erzeugung von Aluminium. Die Buntmetallurgie soll vor allem im Ural, in Kasachstan, Turkestan und im Baikal-Raum bevorzugt entwickelt werden. An die Seite der Erdöl- und Gasindustrie im Ural-Wolga-Raum soll die Gasgewinnung in Usbekistan treten. Bei Nowosibirsk, dem Zentrum Westsibiriens, soll die Errichtung der sog. „Wissenschaftsstadt“ abgeschlossen werden. Außer der forcierten Erschließung der asiatischen Teile der Sowjetunion, hinter der mit größter Wahrscheinlichkeit auch politische und militärisch-strategische Gesichtspunkte vermutet werden können, die bereits bei der Neuland-Aktion Chruschtschows eine Rolle gespielt haben dürften, läßt der Siebenjahresplan folgende Schwerpunkte erkennen⁴⁸⁾:

1. Die Erhöhung der Produktion von Eisen- und Buntmetallen

Für die nächsten sieben Jahre ist der Bau und die Inbetriebnahme folgender neuer Produktionskapazitäten vorgesehen:

Roheisen	24—30 Mill. t	(1952—58 = 16,1 Mill. t)
Stahl	28—36 Mill. t	(1952—58 = 12,4 Mill. t)
Walzgut	23—29 Mill. t	(1952—58 = 6,9 Mill. t)

47) Zum Problem der Standortentwicklung der sowjetischen Industrie vgl. Klocke, H.: Die Wirtschaft und ihre Entwicklung in Koch, H. (Herausgeber), Sowjetbuch, 2. Aufl., Köln 1958, S. 155 ff.

48) Vgl. Der neue Plan (I), Der aktuelle Osten, 4. Jg., 1958, Nr. 41, S. 7 ff.

Der Ausstoß legierter und niedrig legierter Stähle soll bedeutend erweitert, die Stahlblecherzeugung bis 1965 verdoppelt, das Sortiment von Walzerzeugnissen und Röhren erweitert und der Umfang der Elektrostahlerzeugung bis 1965 um das 1,7 bis 2-fache erweitert werden.

Die Zunahme der metallurgischen Erzeugung um 50—60 v. H. soll durch eine Verdoppelung der Erzförderung- und aufbereitung und durch eine beträchtliche Vergrößerung der Leistung der Aggregate pro Einheit erreicht werden. Es ist an den Bau der größten Hochöfen der Welt mit 2000 und 2286 Kubikmeter Fassungsvermögen, Martinöfen mit 500 und mehr Tonnen, Elektroöfen mit 80 und 180 Tonnen sowie automatisierte Walzstraßen mit Leistungen von jährlich drei bis vier Millionen Tonnen und andere Aggregate gedacht. Die „Thesen“ sahen eine jährliche Roherzförderung von 230—245 Mill. t (gegenüber 88,8 Mill. t 1958) vor. Im Chruschtschow-Referat ist diese Zahl auf 170 Mill. t gesenkt worden. Die jährliche Zunahme der Erzaufbereitung soll 10,8 Mill. t gegenüber durchschnittlich 6 Mill. t in den Jahren 1951—1957 betragen. Auf dem Gebiet der Buntmetallurgie sieht der Plan eine Vergrößerung der Aluminiumerzeugung um etwa das 2,8-fache, von raffiniertem Kupfer um das 1,9-fache vor.

2. Der Ausbau der Chemischen Industrie

Die bisher stark vernachlässigte Chemische Industrie, insbesondere die Organische Chemie, soll im Einklang mit dem ZK-Beschluß vom 9. Mai 1958 wesentlich ausgebaut und die Produktion bis 1965 verdreifacht werden. Vor allem soll die Erzeugung von Chemiefasern, Kunststoffen und synthetischen Teeren wesentlich gesteigert werden. Ferner ist die Verdreifachung der Mineräldüngerproduktion von 11,7 Mill. t im Jahre 1957 auf etwa 30 Mill. t 1965 geplant worden.

3. Die Korrektur der Brennstoffbilanz

Die rückständige Brennstoffbilanz soll durch eine bevorzugte Entwicklung der Erdöl- und Gasgewinnung, die auch für den Ausbau der Chemischen Industrie von besonderer Bedeutung ist, korrigiert werden. Der Anteil des Erdöls und des Gases an der Energieerzeugung soll auf Kosten der Kohle von gegenwärtig 31 v. H. auf 51 v. H. im Jahre 1965 ansteigen. Die jährliche Zunahme der Erdölförderung soll etwa 17,5 Mill. t betragen gegenüber 12 Mill. t im alten Fünfjahresplan. Bei der Gasgewinnung soll die Produktion jährlich um 19 Mrd. cbm, d. h. fast um die gesamte derzeitige Produktionsmenge vergrößert werden. Die Verarbeitungskapazitäten für Erdöl sollen wesentlich vergrößert werden. Ferner ist an den Bau von etwa 26 000 km Ferngasleitungen und Zweigleitungen gedacht. Im Vergleich zum alten Fünfjahresplan soll die jährliche Zunahme der Kohlenförderung von 40 auf 20 Mill. t, d. h. um die Hälfte gekürzt werden.

4. Die beschleunigte Elektrifizierung des Landes

Im Siebenjahresplan ist eine jährliche Steigerung von 43 Mrd. kWh gegenüber 30 Mrd. kWh im alten Fünfjahresplan vorgesehen. Der Zuwachs soll im Einklang mit Chruschtschows Rede anlässlich der Einweihung des Kujbyschew-Wasserkraftwerkes vom 10. August 1958 durch den Bau von Wasserkraftwerken erfolgen. Diese können schneller fertiggestellt werden und erfordern einen geringeren Kostenaufwand. Im alten Plan war das Verhältnis bei den Neubauten umgekehrt etwa 2:3. Die Kapazität der Wasserkraftwerke zum Ende des Planungsabschnittes soll das 2,3—2,4-fache des derzeitigen Standes erreichen, während der Bau der Wasserkraftwerke stark eingeschränkt werden soll. Unter den fünf Wasserkraftwerken, deren Bau in den nächsten sieben Jahren abgeschlossen werden soll, sind vor allem Stalingrad an der Wolga (2,1 Mill. kW) und Bratsk an der Angara (3,2 Mill. kW) zu nennen.

Die Gesamtlänge der elektrifizierten Bahnlinien soll etwa verdreifacht werden. Unter anderem soll die Transsibirische Eisenbahn elektrifiziert werden.

5. Die Forcierung des Maschinenbaus und der Metallbearbeitung sowie die Förderung der Vollmechanisierung und Automation

Der Maschinen- und Gerätebau und die Metallbearbeitung, zu der in der Sowjetunion auch die gesamte Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie der Fahrzeugbau gehört, soll im Interesse einer weiteren

Mechanisierung und Rationalisierung der Industrie, des Transportwesens und der Landwirtschaft wesentlich vorangetrieben werden.

Außerdem bedürfen große Teile der Maschinenausrüstung der sowjetischen Industrie einer umfassenden Erneuerung und Modernisierung. Mit Ausnahme der Werkzeugmaschinen- und Kraftfahrzeugproduktion sollen alle Produktionsarten mehr als verdoppelt werden. Der Elektromaschinenbau soll fast verdreifacht werden. Der Ausstoß von Rechenmaschinen und Ausrüstung für die Chemische Industrie soll in den nächsten Jahren das 3,5-fache bis 4,5-fache erreichen. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Anwendung neuer Technik bei der Entwicklung und Konstruktion neuer Maschinen (Radioelektronik, Ultraschall, radioaktive Isotope, Halbleiter und Kernenergie).

Die Herstellung von halb- und vollautomatisierten Linien soll bis 1965 auf das 1,9 bis 2,1-fache ansteigen. Bis dahin sollen mindestens 1300 automatische Linien (Transferstraßen) in Betrieb genommen werden.

Der Siebenjahresplan sieht wie der alte Fünfjahresplan den Übergang von der Automatisierung einzelner Maschinen und Anlagen zur Automatisierung ganzer Abteilungen und Betriebe unter Anwendung der modernen Rechentechnik vor. In den nächsten Jahren sollen 50 vollautomatische Versuchsbetriebe errichtet werden, in denen die automatischen Schemata praktisch erprobt werden sollen.

In der Schlußresolution heißt es:

„Der Parteitag ist der Ansicht, daß die weitgehende Einführung neuer technischer Hilfsmittel, die Vollmechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse, die Spezialisierung und Kooperierung in allen Zweigen der Volkswirtschaft entscheidende Voraussetzungen für die erfolgreiche Erfüllung des Siebenjahresplanes und für die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus sind. Es wird die Aufgabe gestellt, durch Vollmechanisierung der Produktionsprozesse in Industrie und Landwirtschaft sowie im Bau- und Verkehrswesen die schwere körperliche Arbeit in den nächsten sieben Jahren zu beseitigen.“

Die in der Sowjetunion durchgeführten und im verstärkten Umfang geplanten Maßnahmen auf dem Gebiet der Vollmechanisierung und Automation sehen im Einklang mit den Erfahrungen der westlichen Industrieländer keine plötzliche Umwälzung, sondern einen langsamen Entwicklungsprozeß vor, der sich über Jahrzehnte hinziehen wird. Eine der wichtigsten Voraussetzungen der Automatisierung bedeutet die Bereitstellung von Spezialisten. Bei diesen handelt es sich nicht nur um Ingenieure, sondern auch qualifizierte Meister und Facharbeiter, die in der Sowjetunion Mangelware sind ⁴⁹⁾.

III. Die Frage der Investitionen im Siebenjahresplan und das Problem der Kapitalknappheit

Nirgends wird die Kluft zwischen Traum und Wirklichkeit so sichtbar wie in jenem Teil des Referats Chruschtschows, in dem er die Frage der Investitionen behandelt. Um die Erfüllung des Siebenjahresplans zu gewährleisten, versprach der sowjetische Partei- und Regierungschef nahezu 3 Billionen, d. h. 3000 Milliarden Rubel im Laufe der nächsten sieben Jahre für Investitionszwecke bereitzustellen, von denen etwa 2000 Mrd. im Rahmen des einheitlichen Staatsbudgets, und 1000 Mrd. außerhalb des Budgets aufgebracht werden sollen.

An staatlichen Mitteln soll in den nächsten sieben Jahren in der Sowjetwirtschaft mehr investiert werden als in zwanzig Jahren bisheriger planökonomischer Entwicklung. Die 1940 bis 1970 Mrd. Rubel, die im Rahmen des Staatsbudgets bereitgestellt werden sollen, über-

Eingehend werden im neuen Plan die Probleme der Spezialisierung der Produktion und Kooperation der Betriebe behandelt. Ihre Lösung soll durch allseitige Entwicklung der Wirtschaftsverwaltungsgebiete und durch bessere Ausnutzung der in diesen Gebieten vorhandenen Kapazitäten gefördert werden.

Der Siebenjahresplan läßt den Willen der Sowjetführung erkennen, sich in noch stärkerem Maße als bisher der komplexen Entwicklung der „Wirtschaftsgebiete“, d. h. großer wirtschafts-geographischer Bereiche die eine Vielzahl von Wirtschaftsverwaltungsgebieten mit ihren jeweils zuständigen Volkswirtschaftsräten (Sownarchoy) umfassen, zu widmen. Solche Wirtschaftsgebiete bilden z. B. das Baltikum, das zentrale Industriegebiet um Moskau, der Ural, der Transkaukasus, Turkestan („Zentralasien“), Sibirien. Die „Rayonierung“ unter wirtschafts- und nicht zuletzt auch wehrgeographischen Gesichtspunkten und in Verbindung damit auch die Spezialisierung und Kooperation der großen Bereiche bildet nach wie vor eine der schwierigsten Aufgaben, welche die sowjetische Planung zu lösen hat ⁵⁰⁾ Sie muß im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Versuch gesehen werden, innerhalb des gesamten Ostblocks zu einer koordinierten Planung unter Berücksichtigung wirtschafts- und wehrgeographischer Gesichtspunkte zu gelangen ⁵¹⁾

Es ist ein gewaltiges Aufbauprogramm, das auf dem Gebiet der Grundstoff- und Schwerindustrie im Siebenjahresplan entwickelt wird. Es könnte nur dann verwirklicht werden, wenn es der Sowjetführung gelingen würde, die Wachstumsschwierigkeiten, die der Sowjetwirtschaft von Jahr zu Jahr mehr zu schaffen machen zu überwinden. Diese Wachstumsschwierigkeiten sind weniger der Ausdruck einer Entwicklungs- als einer Strukturkrise, die ohne eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Wirtschaftspolitik unlösbar erscheint.

Als Hauptursachen dieser Wachstumsschwierigkeiten sind anzusehen:

1. Die Kapitalknappheit
2. das unzulängliche Arbeitspotential
3. die Disproportionen der einzelnen Wirtschaftszweige

Auf diese Kernprobleme der Sowjetwirtschaft, die zur Beurteilung der Erfolgsaussichten des Siebenjahresplanes von entscheidender Bedeutung sind, wird bei der Betrachtung des Investitions- und Produktivitätssteigerungsprogramms Chruschtschows und der Rolle der Konsumgüterindustrie und der Landwirtschaft im Siebenjahresplan noch näher einzugehen sein.

treffen die 1904,1 Kapitalinvestitionen, die seitens des Staates und der Genossenschaften (ohne Kolchose) im Verlauf von 40 Jahren durchgeführt wurden.

⁵⁰⁾ Vgl. Kostennikow, W.: Ob ekonomitscheskom rajonirowanii SSSR (Über die wirtschaftliche Rayonierung der UdSSR), Moskau 1957; Taskin, Ju. A.: Ekonomitscheskoje rajonirowanije w SSSR (Die wirtschaftliche Rayonierung in der UdSSR), Westnik Instituta po isutscheniju SSSR (Mitteilungen des Instituts zur Erforschung der UdSSR), München, 1958, Nr. 3, S. 41—60.

⁵¹⁾ Vgl. Thalheim, K. C.: Die Entwicklung der Wirtschaftsintegration im Ostblock, Osteuropa-Wirtschaft, 1. Jg., 1956, S. 3—11; Dgl. Die langfristige Entwicklungsplanung in den europäischen Ostblockstaaten, Osteuropa-Wirtschaft, 2. Jg., 1957, S. 13—25; Zotschew, Th.: Der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Comecon) als Instrument für die wirtschaftliche Integration und weltwirtschaftliche Expansion der Ostblockländer, Sonderdruck aus Südosteuropa-Jahrbuch, München 1958. Glaser, H.-G.: Das Kornekon und die langfristigen Ziele der kommunistischen Großraumwirtschaft, Europa-Archiv, 14. Jg., 1959, S. 149—158; Comecon im Zeichen der Plan koordinierung, Ost-Probleme, 11. Jg., 1959, S. 242 ff.

⁴⁹⁾ Vgl. hierzu Förster, W.: Automatisierung in der UdSSR, Osteuropa-Wirtschaft, 2. Jg., 1957, S. 95—107.

Kapitalinvestitionen in die Volkswirtschaft der UdSSR ⁵²⁾

Zeitabschnitt	Kapitalinvestitionen (ohne Kolchose)	
	Gesamtsumme in Mrd. Rubel (in Preisen vom 1. 7. 1955)	Jahresdurchschnitt (in Mrd. Rubel)
1918—1928 (ohne IV. Quartal 1928)	16,5	1,5
Erster Fünfjahresplan (1929—32 + IV. Quartal 1928)	64,9	15,3
Zweiter Fünfjahresplan (1933—1937)	147,6	29,5
Dritter Fünfjahresplan — 3 1/2 Jahre (1938—1. 7. 1941)	145,3	41,5
1. 7. 1941—1. 1. 1946	140,5	31,2
Vierter Fünfjahresplan (1946—1950)	338,7	67,7
Fünfter Fünfjahresplan (1951—1955)	654,4	130,9
2 Jahre des Sechsten Fünfjahresplans (1956, 1957)	396,2	198,1
Insgesamt 1918 bis 1957	1 904,1	

Der aufgegebenen sechste Fünfjahresplan rechnete bei 1170 Mrd. Rubel staatlichen Investitionen mit einem Jahresdurchschnitt von 234 Mrd. ⁵³⁾ Dieser Jahresdurchschnitt wurde 1958, aber nicht 1956 und 1957 erreicht. Im Siebenjahresplan ist ein Jahresdurchschnitt von fast 280 Mrd. Rubel vorgesehen, dessen Realisierung unter den jetzigen Bedingungen höchst unwahrscheinlich ist. Ein Vergleich der Verteilung der staatlichen Investitionen 1959 bis 1965 auf die einzelnen Wirtschaftszweige mit den Kapitalinvestitionen des Staates und der Genossenschaften (ohne Kolchose) 1918 bis 1957 ergibt folgendes Bild ⁵⁴⁾:

Wirtschaftszweig	1918—1957 (in Mrd. Rubel) (Preise vom 1. 7. 1955)	prozentualer Anteil	1959—1965 (in Mrd. Rubel)
Industrie insgesamt	919,4	48,3	1129—1149
davon Gruppe „A“	814,9	42,8	1049—1064
Gruppe „B“	104,5	5,5	80— 85
Landwirtschaft	165,2	8,7	150
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	252,8	13,3	209— 214
Wohnungsbau sowie Bau von Handels-, Kommunal-, Bil- dungs-, Kultur- und Sani- tätseinrichtungen	566,7	29,7	452— 457
Gesamtsumme der Investitionen	1904,1	100	1940—1970

In den Jahren 1918-1957 entfielen auf den Wohnungsbau allein 267,9 Mrd. Rubel (14,1 v. H.). Im Siebenjahresplan sind für den Wohnungsbau und den Bau von Kommunaleinrichtungen zusammen 375 bis 380 Mrd. Rubel vorgesehen. 1049 bis 1064 Mrd. Rubel, d. h. über die Hälfte der Investitionen ist für die Produktionsmittelindustrie

vorgesehen. (1918-1957 immerhin nur 42,8 v. H.), die sich auf die einzelnen Industriezweige folgendermaßen verteilen:

Verteilung der Investitionen auf die einzelnen Zweige der Produktionsmittelindustrie ^{54a)}	
Industriezweig	In Mrd. Rubel
Eisenmetallurgie	100
Chemische Industrie	100— 105
Erdöl- und Gasindustrie	170— 173
Kohlenindustrie	75— 78
Elektrizitätswerke und Leitungen	125— 129
Holz-, Papier- und Holzverarbeitung	58— 60
Bauwirtschaft und Baustoffindustrie	110— 112
Maschinenbau	118
Sonstige Produktionszweige	193— 189
Produktionsmittelindustrie insgesamt	1049—1064

Bei den „sonstigen Produktionszweigen“ handelt es sich in erster Linie um die Rüstungsindustrie, für die auch ein Teil der Investitionen der Maschinenbauindustrie und einiger anderer Industriezweige bestimmt ist.

Die kostspielige Schwerpunktbildung des Siebenjahresplanes und die großen Ausgaben, die eine atomare Aufrüstung verursacht, erklären allein noch nicht die überaus hohe Beanspruchung der Kapitalakkumulation durch die Produktionsmittelindustrie. Diese steht, wenn man von den Kriegsjahren mit einem Prozentsatz von ebenfalls 54 v. H. absieht, in keinem Verhältnis zur bisherigen Entwicklung und auch nicht zur gegenwärtigen Relation der Grundstoff- und Schwerindustrie zur Konsumgüterindustrie, zur Landwirtschaft und zu anderen Wirtschaftszweigen. Abgesehen vom steigenden Kapitalkoeffizienten, auf den noch einzugehen sein wird, dürfte einer der Gründe dieses Phänomens darin zu sehen sein, daß dieses Mal ein wesentlich größerer Teil der Investitionen, bei denen es sich ja um Bruttoinvestitionen handelt, für die immer wieder hinausgeschobene Erneuerung des veralteten Anlagekapitals verwandt werden muß. Chruschtschow hat auf dieses Problem selber mit den Worten hingewiesen: „Um die dem Maschinenbau gestellten gewaltigen Aufgaben erfolgreich zu lösen, ist es notwendig, in kürzester Zeit die Betriebe aller seiner Zweige durch Austausch und Modernisierung der veralteten Werkzeugmaschinen, Schmiedepressen und Gießmaschinen neu auszurüsten“.

Die unzulänglichen Abschreibungen machen somit die längst fällige Amortisation auf Kosten der Akkumulation notwendig. Die Konsumgüterindustrie mit 80 — 85 Mrd. Rubel und die Landwirtschaft mit 150 Mrd. Rubel Investitionen stehen völlig im Schatten der Grundstoff- und Schwerindustrie. Im Vergleich zu den bisher in diesen Wirtschaftszweigen durchgeführten Investitionen ist allerdings eine leichte Besserung festzustellen. Im Bereich der Landwirtschaft sind insgesamt 500 Mrd. Rubel an Investitionen vorgesehen, wobei 250 Mrd. Rubel für Bauzwecke und 95 Mrd. zur Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen aus den eigenen Mitteln der Kolchose aufgebracht werden sollen. Es ist eine ungeheure Leistung, die von den Kolchosen gefordert wird, wenn man bedenkt, daß die von ihnen von 1928 bis 1957, d. h. in 30 Jahren aufbrachten Investitionen insgesamt nur 183,9 Mrd. Rubel in Preisen vom 1. Juli 1955 ausgemacht haben ⁵⁵⁾.

Die geographische Verteilung der Investitionen ist aus der folgenden Übersicht zu ersehen ⁵⁶⁾:

54a) Sonstige Produktionszweige = Differenz aus der oben errechneten Zahl für Gruppe „A“ und den Angaben Chruschtschows für die einzelnen Industriezweige.

55) SSSR w ziffrach, a. a. O., S. 254.

56) Vgl. Der neue Plan (I) a. a. O., S. 4/5. Gesamtsumme 1939,8 Rbl. ergibt aufgerundet 1940 Rbl.

52) SSSR w ziffrach, a. a. O., S. 254. Vgl. zur sowjetischen Investitions- politik auch die Artikel von Chambre, H.: Les investissements en U.R.S.S., Revue de l'Action Populaire, Paris, Januar 1958 und Laurat, L.: La progression industrielle se ralentit en U.R.S.S., Est & Quest, Paris, 1. bis 15. Februar 1958; deutsche Übersetzung, Ost-Probleme, 10. Jg., 1958, S. 205—210.

53) Vgl. Der neue Plan (I), a. a. O., S. 2.

54) SSSR w ziffrach, a. a. O., S. 254. Zahl für Gruppe „A“ (1959—1965) = Differenz aus in „Thesen“ aufgeführten Globalzahl für Bau von Produktionsbetrieben (Rbl. 1488—1513) sowie Angaben Chruschtschows für Gruppe „B“ (Rbl. 80—85) und Landwirtschaft (Rbl. 150).

Verteilung der Investitionen nach den Unionsrepubliken

	(Mrd. Rubel)
RSFSR insgesamt	1410—1431
davon europäischer Teil	820— 837
Ural, Sibirien, Ferner Osten	590— 594
Ukrainische SSR	214— 219
Weißrussische SSR	32
Moldauische SSR	8,8
Estnische SSR	8,1
Lettische SSR	10,8
Litauische SSR	12,5
Armenische SSR	12
Georgische SSR	16,8
Aserbaidshanische SSR	29
Kasachische SSR	116— 119
Turkmenische SSR	35— 36
Usbekische SSR	15,7
Kirgisische SSR	10,5
Tadshikische SSR	8,6
	1940—1970

Auffällig ist der große Anteil der Großrussischen Unionsrepublik, auf die bei 56 v. H. der Bevölkerung 73 v. H. der Investitionen entfallen. Im Ural, in Sibirien und im Fernen Osten leben 19 v. H. der Bevölkerung. Auf diese Gebiete entfallen etwa 30 v. H. der Investitionen. Wenn man Turkestan, d. h. Kasachstan und die zentralasiatischen Unionsrepubliken hinzurechnet, so fließen insgesamt 40 v. H. der Investitionsmittel in die sogenannten „Ostgebiete“.

Verteilung der Investitionen nach größeren geographischen Gruppen

	Mrd. Rubel	prozentualer Anteil
Europäischer Teil (einschl. Transkaukasus)	1 164—1 186	60 v. H.
Asiatischer Teil („Ostgebiete“)	776— 784	40 v. H.
davon Ural, Sibirien, Fernost	590— 594	
Kasachstan, Zentralasien	186— 190	
	1940—1970	100 v. H.

Das schnelle Wachstum der sowjetischen Industrieproduktion ist bisher hauptsächlich durch hohe Investitionsraten ermöglicht worden. Diese wurden durch ein rigoroses Zwangssparen auf Kosten der Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung, insbesondere der Bauern, aber auch der Arbeiter und Angestellten, erreicht.

Obwohl die Zuwachsraten der sowjetischen Industrieproduktion in den letzten Jahren eine sinkende Tendenz aufweist, steigt der Kapitalkoeffizient, d. h. der Betrag an Investitionsmitteln, die pro Ertragsseinheit aufgewandt werden müssen, um einen bestimmten Produktionszuwachs zu erbringen, ständig an.

Es zeigt sich auch in einer „sozialistischen“ Wirtschaft, daß die Realisierung einer Zuwachseinheit um so größere Investitionsmittel erfordert, je höher das Produktionsniveau wird. Die Folge ist die, daß die Sowjetführung, wenn sie die bisherige jährliche Investitionsrate von etwa 11 v. H. beibehalten will, wesentlich mehr Investitionsmittel aufbringen muß als bisher. Auch die weitere Entwicklung der verkehrsmäßig ungünstig gelegenen und menschenarmen Ostgebiete erfordert, trotzdem der Abbau der Bodenschätze teilweise wesentlich leichter durchzuführen ist als im europäischen Teil der Sowjetunion, am Anfang wesentlich höhere Investitionen.

Durch die Vollmechanisierung und Automatisierung, die von sowjetischer Seite angestrebt wird, werden ebenfalls die Investitionskosten wesentlich erhöht.

Die Schwierigkeiten finanzieller Art, die sich aus diesem steigenden Bedarf an Investitionsmitteln für die begrenzten Kapitalfonds der Sowjetunion ergeben, werden durch folgende Gründe noch vermehrt:

a) Die steigende Rüstungslast, die mit der atomaren Aufrüstung (Kernwaffen, Raketen) verbunden ist.

Auf den hohen Anteil der Rüstungsindustrie an den Investitionen ist bereits hingewiesen worden. Die im Staatshaushaltsvoranschlag für 1959

vorgesehenen 96,1 Mrd. Rubel für Verteidigung (1958 — 96,3 Mrd. Rubel) erfassen nur einen Teil der tatsächlichen Aufwendungen für militärische Zwecke⁵⁷⁾.

b) die wachsenden Auslandsverpflichtungen.

Diese ergeben sich sowohl gegenüber den übrigen Ostblockstaaten, als auch gegenüber den afroasiatischen Entwicklungsländern. Auch wenn die Kreditzusagen in den letzten Jahren bestenfalls nur etwa 2 v. H. der jährlichen Investitionen ausmachten, so fielen sie doch in qualitativer Hinsicht durchaus ins Gewicht⁵⁸⁾. Bei der Begründung der Reform der Industrie- und Bauverwaltung wies Chruschtschow an einem Beispiel darauf hin, daß modernste Betriebsausrüstungen und Maschinen von der Sowjetunion nach China exportiert würden, während gleichzeitig die Erneuerung der eigenen veralteten Betriebsanlagen unterblieben wäre.

c) die erhöhten sozialen Leistungen.

Im Siebenjahresplan ist eine Erhöhung nicht nur der unteren Lohngruppen, sondern auch der Mindestaltersrenten vorgesehen. Letztere sollen von 300 auf 400 Rubel monatlich in der Stadt und von 235 auf 340 Rubel auf dem Lande erhöht werden.

Allein auf Grund der sozialpolitischen Neuerungen im Jahre 1956 (Pensionsgesetz usw.) mußte die Sowjetunion nach Angaben Bulganins jährlich zusätzlich 35 Mrd. Rubel mehr aufbringen.

Im Rahmen des Siebenjahresplans ist eine Verbesserung der sozialen Dienstleistungen, insbesondere auf dem Gebiete der öffentlichen Ernährung vorgesehen.

Auch mit der Durchführung der Bildungsreform und dem Ausbau der Internatsschulen sind erhebliche Kosten verbunden.

d) die Förderung des Massenkonsums auf Kosten der Kapitalinvestitionen.

Eine wachsende Industrie läßt nicht nur mehr und neuen Bedarf an Produktionsmitteln, sondern auch mehr und neue Konsumsbedürfnisse entstehen. Die Nachfolger Stalins haben zwar, von der „Neuen Kurs“-Politik Malenkows abgesehen, an dem unbedingten Vorrang der Schwerindustrie festgehalten, sie haben aber andererseits, wie aus der folgenden Übersicht zu ersehen ist, den Massenkonsum im Verhältnis zu den Investitionen nicht unbeträchtlich gefördert⁵⁹⁾. Im Siebenjahresplan ist dagegen eine Verschiebung zugunsten der Investitionen feststellbar. Immerhin wird mit einer Steigerung des Realeinkommens in der Industrie um 40 v. H., in der Landwirtschaft um „mindestens 40 v. H.“ gerechnet.

Verhältnis der prozentualen Steigerung von Massenkonsum und Investitionen in der Sowjetunion 1940—1957.

	1940—1957	1940—1952	1952—1957	1959—1965
Einzelhandelsumsatz	+ 248 v. H.	+ 40 v. H.	+ 77 v. H.	+ 62 v. H.
Kapitalinvestitionen	+ 396 v. H.	+ 163 v. H.	+ 49 v. H.	+ 80 v. H.

In mengenmäßiger Hinsicht hat sich der Einzelhandelsumsatz (Staatlicher und genossenschaftlicher Handel) in den letzten Jahren folgendermaßen entwickelt⁶⁰⁾:

1950	359,6 Mrd. Rubel
1951	379,8 Mrd. Rubel
1952	393,6 Mrd. Rubel
1953	430,7 Mrd. Rubel
1954	481,9 Mrd. Rubel
1955	501,5 Mrd. Rubel
1956	547,4 Mrd. Rubel
1957	625,0 Mrd. Rubel

57) Vgl. Der Staatshaushalt der Sowjetunion für 1959, Der aktuelle Osten, 5. Jg., 1959, S. 8; Hildebrandt-Böhme, a. a. O., S. 19.

58) Bis einschließlich 1955 hatte die Sowjetunion an die Ostblockstaaten Kredite in Höhe von insgesamt 21 Mrd. Rubel (= 5,25 Mrd. \$) vergeben. Vgl. Bräker, H.: Die sowjetische Wirtschaft in ihren Außenbeziehungen, Osteuropa-Wirtschaft, 1. Jg., 1956, S. 96. 1956/57 betrug die Gesamtzusagen etwa 2,5 Mrd. \$, davon 1,0—1,2 Mrd. \$ an die Entwicklungsländer. Vgl. hierzu: Rubeldiplomatie für die Entwicklungsländer, Ost-Probleme, 10. Jg., 1958, S. 182 ff.

59) Aufstellung nach „Massenkonsum und Rüstung“ im Sowjetbudget, Die Gegenwart, 12. Jg., 1957, S. 348.

60) Die UdSSR in Zahlen, a. a. O., S. 193; SSSR w ziffrach, a. a. O., S. 422. Die obengenannten Zahlen enthalten den Kommissionshandel des Zentrossojus, der 1956 6,6 Mrd. Rubel und 1957 7,7 Mrd. Rubel ausmachte. Die absoluten Geldwerte des Einzelhandelsumsatzes und der Kapitalinvestitionen lassen sich nicht vergleichen, da der Konsumrubel nicht einmal so viel wert ist wie der Investierungrubel.

In dieser Entwicklung kommt eine Verstärkung der Massenkauflkraft zum Ausdruck, wobei der wachsenden Nachfrage, die durch einen hohen Geldüberhang bedingt ist, allmählich ein größeres Angebot an Verbrauchsgütern zur Verfügung steht. Dieses größere Angebot ist bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen wesentlich durch eine Senkung der Landwirtschaftsteuer und durch eine Erhöhung der Ablieferungspreise erzielt worden. Der damit verbundene finanzielle Verlust für den Staat als Lebensmittelgroßhändler ist durch die „steuerlichen“ Einnahmen aus dem größeren Handelsumsatz nur teilweise wettgemacht worden.

Ein Verzicht auf die Einkommensteuer von den Kolchosen und Produktionsgenossenschaften ist in den nächsten Jahren geplant. Diese spielte im sowjetischen Finanz- und Steuersystem keine wesentliche Rolle, macht aber im Haushaltsvoranschlag 1959 immerhin fast 20 Mrd. Rubel aus.

Eine weitere Erschwerung der Kapitalakkumulation bedeutete die bereits kurz behandelte Frage der Ersatzinvestitionen infolge unzulänglicher Abschreibungen.

Um der zunehmenden Kapitalknappheit und ihren Folgen zu begegnen sind von der Sowjetführung seit 1957 folgende Maßnahmen ergriffen worden.

1. Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zwecks Produktionssteigerung und Kostensenkung:

a) die Reformen der Industrie-, Bau- und Agrarverwaltung sowie des Planungssystems in den Jahren 1957 und 1958;

b) Maßnahmen zur Hebung der Betriebsrentabilität;

c) Die Reformen der Energiewirtschaft durch bevorzugten Bau von Wärmekraftwerken und der Übergang von der Kohle auf die rationelleren Energieträger Erdöl und Gas.

Die Reform der Industrie- und Bauverwaltung hatte außer der Erschließung von Reserven und Freistellung von Arbeitskräften vor allem eine bessere Nutzung der vorhandenen Kapazitäten und eine Hebung der Betriebsrentabilität zum Ziel. Dies sollte einerseits durch eine Verbesserung der Betriebsorganisation und Produktionstechnik, andererseits durch eine Erweiterung der Befugnisse der Einzelbetriebe, durch eine Ausdehnung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, durch den Ausbau des Gewinnanreizsystems und andere betriebswirtschaftliche Reformen erreicht werden⁶¹). Ähnliche Ziele sollten auch durch die Reformen im agrarischen Bereich erreicht werden, wo der Kolchos in betriebswirtschaftlicher Hinsicht dem Sowchos angenähert und dem Prinzip des „materiellen Interesses“ in bezug auf die Kolchosbauern stärker Rechnung getragen wurde.

Durch alle diese Maßnahmen wurde eine Produktivitätssteigerung bei gleichzeitiger Kostensenkung bezweckt, die eine größere Gewinnabführung der Betriebe ermöglichen sollte. Im neuen Plan wird mit einer Senkung der Selbstkosten der Industrieproduktion in den nächsten sieben Jahren um mindestens 11,5 v. H. und eine Senkung der Kosten der Bau- und Montagearbeiten um mindestens 6 v. H. gerechnet. Auf Grund der bisher getroffenen Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen rechnet der sowjetische Finanzminister Swerjew im Haushaltsjahr 1959 mit „Gewinnen“ der Staatsbetriebe in Höhe von 219,5 Mrd. Rubel (1958 — 196,4 Mrd. Rubel⁶²). Hiervon sollen 154,9 Mrd. Rubel (1958 — 130,3 Mrd. Rubel) an das Budget abgezweigt werden, während der Rest zur Selbstfinanzierung der Betriebe verwandt werden soll.

Von der Umstellung von Kohle auf Erdöl und Gas erwartet die Sowjetführung Ersparnisse von insgesamt 125 Mrd. Rubel im Laufe der nächsten sieben Jahre.

2. Das Moratorium für die Verzinsung und Rückzahlung der Staatsanleihen

Das Moratorium wurde von Chruschtschow in einer Rede am 8. April 1957 verkündet. Es betraf Staatsanleihen in Höhe von insgesamt 260 Mrd. Rubel, deren Verzinsung und Rückzahlung für 20 bis 25 Jahre zurückgestellt wurde⁶³). Einen gewissen Ausgleich für die Bevölkerung bedeutete der Verzicht auf die Zeichnung weiterer Staatsanleihen ab 1958.

61) Vgl. Eggers, W.: Entwicklungsprobleme der Sowjetwirtschaft, Ost-europa-Wirtschaft, 3. Jg., 1958, S. 34.

62) Vgl. Der Staatshaushalt der Sowjetunion 1959, S. 6.

63) Vgl. Holzmann, F. H.: The Soviet Bond Hoax, Problems of Communism, 6. Jg., 1957, Nr. 5, S. 47—49; deutsche Übersetzung Ost-Probleme, 10. Jg., 1958, S. 210 ff.

3. Die Inanspruchnahme der „unteilbaren Fonds“

Die „unteilbaren Fonds“ der Kolchose, deren Höhe 1957 102 Mrd. Rubel betrug⁶⁴), sind im Zuge der Agrarverwaltungsreform zum Ankauf des MTS-Maschinenparks vom Staat in Anspruch genommen worden. Nach Swerjew sollen 55 000 oder 80 v. H. der Kolchose für 21 Mrd. Rubel Traktoren und andere landwirtschaftliche Maschinen von den aufgelösten MTS erworben haben. Dieser Betrag ist verhältnismäßig niedrig. Es darf aber nicht übersehen werden, daß mit der MTS-Reform auch die Betriebs- und Unterhaltungskosten für die Maschinen, die bisher der Staat zu tragen hatte, auf die Kolchose abgewälzt worden sind, denen außerdem allgemeine Aufgaben, wie Wegebau und Bodenverbesserung aufgebürdet wurde. Im neuen Plan ist eine wesentliche Vergrößerung der „unteilbaren Fonds“ vorgesehen, um mit ihrer Hilfe die allmähliche Umgestaltung der Dorfkolchose in Kolchosstädte zu finanzieren.

4. Die Senkung der Spitzenlöhne

Im Siebenjahresplan ist nicht nur eine Erhöhung der niederen Lohngruppen, sondern auch eine erhebliche Senkung der höheren Lohngruppen vorgesehen. Die weite Spanne, die zwischen den Spitzen- und Mindestlöhnen bisher bestand, soll wesentlich verringert werden. Die monatlichen Mindestlöhne sollen in sieben Jahren von 270 bis 350 Rubel auf 500 bis 600 Rubel erhöht werden. Die Spitzenlöhne wiederum sollen zukünftig höchstens das Doppelte der Mindestlöhne betragen was eine Senkung auf monatlich 1 200 Rubel bedeuten würde. Wie die endgültige Gewinn- und Verlustrechnung für den Fiskus aussehen wird, läßt sich im Moment schwer voraussehen. Jedenfalls dürfte die Senkung der Spitzenlöhne, ebenso wie der beabsichtigte Verzicht auf das Prämien-system, die Einsparung erheblicher Mittel zur Folge haben.

5. Die Senkung der Aufkaufpreise für Agrarprodukte

Die Reform des landwirtschaftlichen Erfassungssystems auf Grund des ZK-Beschlusses vom 17. Juni 1958 dürfte als Vorbereitung dieser Maßnahme dienen, die am ehesten in der Lage wäre, die Staatseinnahmen zu steigern. Daß dieses bereits in nächster Zeit beabsichtigt ist, kann nicht nur aus einzelnen Äußerungen, sondern auch aus einer Erhöhung der Umsatzsteuer im Haushaltsvoranschlag 1959 von 301,5 Mrd. Rubel auf 332,4 Mrd. Rubel entnommen werden. Diese dürfte in den nächsten sieben Jahren auf Kosten der Lebenshaltung sowohl der Bauern, als auch der Arbeiter und Angestellten weiter anwachsen.

All diese Maßnahmen dürften kaum ausreichen, um das Problem der Kapitalknappheit zu lösen, zumal sich die Sowjetführung über die wachsenden Konsumwünsche der Sowjetbevölkerung nicht so leicht wie früher hinwegsetzen kann.

Im Haushaltsvoranschlag 1959 sind insgesamt 308,7 Mrd. Rubel (1958 — 257,2 Mrd. Rubel) für die Finanzierung der Staatsbetriebe vorgesehen⁶⁵). Ihnen sollen ferner außerhalb des Staatsbudgets weitere 175,6 Mrd. Rubel zur Verfügung gestellt werden, insgesamt also 484,3 Mrd. Rubel oder um 71,4 Mrd. Rubel mehr als im Jahre 1958. Die Zunahme von 51,5 Mrd. Rubel (20 v. H.) auf der Ausgabenseite des Haushaltsvoranschlag 1959 gegenüber 1958 soll offenbar in erster Linie durch die Zunahme der „Gewinne“ um 24,6 Mrd. Rubel und der „Umsatzsteuer“ um 30,9 Mrd. Rubel auf der Einnahmenseite gedeckt werden. Von den insgesamt 484,3 Mrd. Rubel Finanzierungsmitteln für die Staatsbetriebe sollen laut Swerjew im Rahmen des bisher noch unveröffentlichten Jahresplans für 1959 231,2 Mrd. Rubel oder 46,4 v. H. für Investitionen verwandt werden, davon 162,1 Mrd. aus dem Budget und 69,1 Mrd. aus betriebseigenen Mitteln. Auch wenn diese Zahl erreicht werden sollte, was aus den oben dargelegten Gründen äußerst fraglich erscheint, müßte sie in den nächsten Jahren wesentlich erhöht werden, wenn das Chruschtschowsche Investitionsprogramm, von dem das Schicksal des Siebenjahresplans weitgehend abhängt, erfüllt werden soll.

Dies scheint angesichts der angespannten Finanzlage der Sowjetunion, welche bereits die Erfüllung der Kapitalinvestitionspläne der letzten beiden Fünfjahrespläne nur in beschränktem Umfange möglich machte⁶⁶), unwahrscheinlich zu sein. Bei einem ungenügenden Zustrom neuer Investitionen ist aber mit einem weiteren Absinken der Zuwachsraten der Industrieproduktion und damit mit einer weiteren Verlangsamung des Wachstumstempos der Sowjetwirtschaft zu rechnen.

64) SSSR w ziffrach, a. a. O., S. 198.

65) Bei Gesamteinnahmen von 722,7 Mrd. Rubel (1958 643,0 Mrd. Rubel) Vgl. Der Staatshaushalt der Sowjetunion für 1959, a. a. O., S. 6.

66) Vgl. den Abschnitt „Investment in Eastern Europe and the Soviet Union“ in der ECE-Zeitschrift „Economic Bulletin for Europe“, 10. Jg., 1958, Nr. 3, S. 35 ff.

IV. Die Frage der Arbeitsproduktivität im Siebenjahresplan und das Problem des unzulänglichen Arbeitspotentials

Chruschtschow rechnet damit, daß drei Viertel des Zuwachses der Industrieproduktion durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden sollen. Die Arbeitsproduktivität soll in der Industrie je Arbeitenden um 45 bis 50 v. H., im Bauwesen um 60 bis 65 v. H., im Eisenbahnwesen um 34 bis 37 v. H., in den Sowchosen um 60 bis 65 v. H. und in den Kolchosen um etwa 50 v. H. wachsen. Die sowjetische Behauptung, daß die Arbeitsproduktivität in der Industrie von 1950 bis 1957 um 64 v. H. gestiegen sei⁶⁷⁾, erscheint fraglich, wenn man bedenkt, daß die Steigerung der industriellen Produktivität in der Bundesrepublik im gleichen Zeitabschnitt je Beschäftigten 37 v. H. und je Arbeitsstunde 50 v. H. betrug⁶⁸⁾.

Außerdem läßt sich aus den sowjetischen Angaben für die letzten Jahre entnehmen, daß auch die Arbeitsproduktivität eine abfallende Tendenz aufweist. Die jährliche Zunahme betrug 1954 7 v. H., 1956 — 7 v. H., 1957 — 6,5 v. H., 1958 — 5,6 v. H.⁶⁹⁾. Der Siebenjahresplan rechnet mit einer jährlichen Zunahme der Arbeitsproduktivität von 7 v. H.

Von sowjetischen Wissenschaftlern wird zugegeben, daß die Arbeitsproduktivität der amerikanischen Industrie die sowjetische um das Zweieinhalbfache übertrifft⁷⁰⁾.

Bei Berücksichtigung der Landwirtschaft und des Dienstleistungsgewerbes dürfte der Abstand tatsächlich das Vier- bis Fünffache ausmachen. So ist die sowjetische Landwirtschaft, obwohl in ihr noch rund 45 v. H. der Gesamtbevölkerung tätig sind, bis heute nicht in der Lage, den Bedarf an allen Ernährungsgütern voll zu befriedigen. Dagegen schafft die amerikanische Landwirtschaft, in der nur rund 15 v. H. der Bevölkerung tätig sind, ein ständiges Überschußproblem. Die niedrige Arbeitsproduktivität ist in erster Linie auf die Unzulänglichkeiten des sowjetischen Arbeitspotentials und in weit geringerem Maße auf einen akuten Arbeitskräftemangel zurückzuführen. Ohne Zweifel gibt es Schwierigkeiten bei der Auffüllung des Arbeitspotentials. Diese Entwicklung ist hauptsächlich dadurch bedingt, daß die traditionelle Reservoirs für den industriellen Nachschub (Bauern, Handwerker, Frauen), wie Erik Boettcher erst kürzlich nachgewiesen hat⁷¹⁾, erschöpft sind. Mit dem bisherigen Ausmaß der Beschäftigung der Frauen (46 v. H. aller Arbeiter und Angestellten⁷²⁾ dürfte der Bogen sowieso überspannt sein.

Hinzu kommt, daß der jährliche Zuwachs an sechzehnjährigen Arbeitskräften, also der Nachwuchs, von 1957/58 bis 1963 infolge des Eintritts der schwachen Kriegsjahre in den Arbeitsprozeß, um etwa 20 Prozent zurückgeht.

Auf der anderen Seite fällt es auf, daß von 1956 bis 1958, d. h. in drei Jahren 6,2 Mill. Arbeitnehmer neu eingestellt worden sind⁷³⁾, obgleich der aufgegebene sechste Fünfjahresplan insgesamt nur einen Zuwachs von 6,5 Mill. vorsah. Diese hohe Zahl dürfte durch folgende Maßnahmen erreicht worden sein:

1. Erschließung von Arbeitskraftreserven durch die Dezentralisierung der Industrie und des Bauwesens und durch die Reform der Agrarverwaltung.

Diese Zahl dürfte im allgemeinen nicht sehr erheblich gewesen sein.

2. Verringerung der Stärke der Sowjetwehrmacht, insbesondere der Landstreitkräfte.

Es handelt sich um mehr als zwei Millionen, wobei sich die tatsächlichen Ausmaße der Demobilisierung nicht übersehen lassen.

3. Entlassungen aus den Zwangsarbeitslagern bzw. deren Umwandlung in Arbeitskolonien.

Nach Mitteilung des stellvertretenden Generalstaatsanwalts der UdSSR Kudrjawzew vom Mai 1957 sollen seit dem Tode Stalins 70 v. H. aller Häftlinge freigelassen und zwei Drittel aller Zwangsarbeitslager liquidiert worden sein⁷⁴⁾. Durch diese Maßnahmen sind Millionen von Menschen aus Zwangsarbeitern, d. h. Häftlingen, in mehr oder minder freie Arbeitnehmer verwandelt worden. Es sind also im Grunde genommen nicht neue Arbeitskräfte gewonnen worden, sondern sie sind lediglich aus der einen Kategorie in die andere Kategorie übertragen worden. Es handelt sich hier um den gleichen Trick, mit dem 1953 erstmalig das 2 Millionen starke Traktorenpersonal der Kolchose in der nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigtenzahl rechnerisch erfaßt wurde⁷⁵⁾.

Mit diesen Manipulationen ist es der Sowjetführung zunächst gelungen, das Arbeitskräfteproblem zumindest nach außen hin zu lösen.

Im Rahmen des Siebenjahresplans soll die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten, die 1958 54,6 Millionen betrug, bis 1965 auf 66,1 erhöht werden. Um dies zu erreichen mußte Chruschtschow, da die letzten Reserven nunmehr erschöpft waren, zu einem revolutionären Mittel greifen. Ohne Zweifel ist seine radikale Erziehungs- und Bildungsreform, die einen tiefgehenden Eingriff in die unter Stalin entstandene soziale Schichtung der Sowjetgesellschaft darstellt, in erster Linie vom politisch-soziologischen Moment bestimmt worden. Dies ist aus seiner scharfen Kritik an „ungesunden Erscheinungen“ innerhalb der Jugend und der damit verbundenen „herrschaftlich-verächtlichen Einstellung“ zur körperlichen Arbeit deutlich zu entnehmen⁷⁶⁾. Auf der anderen Seite kommt aber auch dem wirtschaftlichen Motiv eine entscheidende Bedeutung zu, denn sonst wären die „Thesen zur Bildungsreform“⁷⁷⁾ wohl kaum gleichzeitig mit den „Thesen“ zum Siebenjahresplan veröffentlicht worden.

Die große Bildungsreform ist ein integrierender Bestandteil des neuen Plans, da sie eine enge Verbindung des Schul- und Hochschulunterrichts mit der praktischen Arbeit und damit eine wesentliche Ausweitung des vorhandenen Arbeitspotentials vorsieht.

In der Sowjetunion bestand bisher eine Zehn-Klassen-Mittelschule. Die allgemeine Schulpflicht galt für sieben Klassen, aber nicht für die Oberstufe. Die Absolventen der Mittelschule hatten größtenteils die Chance, an die Hochschule zu kommen. Hier setzt die Reform Chruschtschows ein. An die Stelle der Zehn-Klassen-Mittelschule, die beseitigt wird, tritt eine obligatorische Acht-Klassen-Mittelschule.

Nach Abschluß dieser Schulbildung soll jeder Jugendliche „ohne Ausnahme“ in der „Produktion“ arbeiten. Er hat die Möglichkeit, im Abend-, Schicht- und Fernstudium die Oberstufe von drei Klassen im Rahmen der sog. „Jugendchule“ zu absolvieren. Der Schulunterricht, für den 2–3 Wochentage Arbeitsbefreiung gewährt werden, dürfte sich in der Praxis auf mehr als drei Jahre erstrecken, da der „Oberschüler“ durch den Arbeitsprozeß in zu starkem Maße in Anspruch genommen sein wird. Wenn es den Jugendlichen gelingt, das Reifezeugnis zu erlangen, das mit einem entsprechenden Arbeitsqualifikationszeugnis verbunden ist, das sie in eine entsprechende Arbeiter-Tarifgruppe einstuft, haben sie die Möglichkeit, sich um das Studium an einer Hochschule zu bewerben. Um zugelassen zu werden, müssen die Kandidaten zuerst einen besonderen Ausleseauschuß passieren, in dem die Partei ein entscheidendes Wort mitzureden hat. Die Auserwählten verbleiben an ihren Arbeitsplätzen und müssen in den ersten zwei Jahren ohne Arbeitsbefreiung im Abend- oder Fernstudium am Hochschulunterricht teilnehmen.

Es folgt eine Zwischenperiode, in der die Studenten drei Wochentage Arbeitsbefreiung erhalten. Erst kurz vor ihrem Abschluß kommen sie

67) SSSR w ziffrach, a. a. O., S. 31.

68) Taschenbuch für die Wirtschaft 1958, Tabelle 29 a.

69) Vgl. Der neue Plan (II), Der aktuelle Osten, 4. Jg., 1958, Nr. 42/43, Seite 6.

70) Vgl. Kaz, A.: Proiswoditel'nost' truda w SSSR i w kapitalisticheskich stranach (Die Arbeitsproduktivität in der UdSSR und den kapitalistischen Ländern), Sozialisticheskij Trud, (Die sozialistische Arbeit) 1959, Nr. 1, S. 42–55.

71) Boettcher, E.: Nachwuchsbedarf in Staat und Wirtschaft der Sowjetunion, Ost-Europa, 1. Jg., 1959, S. 113–120.

72) Zahlenangabe im Mandatskommissionsbericht Tschurajews.

73) Quelle: SSSR w ziffrach, a. a. O., S. 308; Der neue Plan (II), a. a. O., S. 6.

74) Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 21. Mai 1957.

75) Vgl. Boettcher, a. a. O., S. 118.

76) Vgl. Loeber, D.: Die sowjetische Erziehungsreform in ihrer politischen Bedeutung, Europa-Archiv, 14. Jg., 1959, S. 181–198.

77) Wortlaut: Prawda vom 16. November 1958.

für etwa zwei Jahre an die Hochschule und können sich nunmehr ganz ihrem Studium widmen. Diese Regelung bedeutet, daß man künftig in der Sowjetunion nicht mit 20 oder 21 Jahren die Hochschule abschließen wird, sondern mit 28 oder 29 Jahren, und daß nur ein geringer Teil von Abiturienten die Chance hat, Akademiker zu werden.

Die Verbindung des Schulunterrichts und des Hochschulstudiums mit der Betriebsarbeit führt zu einem Anschwellen des Arbeitskräftevolumens der Wirtschaft, wenn man bedenkt, daß der jährliche Anfall an Schulabsolventen allein 2–3,5 Millionen beträgt. Mit dieser gewaltigen Vergrößerung des Arbeitspotentials sollen vor allem drei Ziele erreicht werden:

1. Ein Ausgleich für die schwachen Kriegsjahrgänge

Die Durchführung der Schulreform ist innerhalb eines Zeitraumes von 4 bis 5 Jahren vorgesehen und wird daher etwa 1962/63 abgeschlossen sein, d. h. zu einem Zeitpunkt, wo bereits stärkere Geburtsjahrgänge die schwachen Kriegsjahrgänge ablösen werden.

Die Schulreform dürfte somit dem Nachwuchsausfall nur teilweise abhelfen, wohl aber die Hochschulreform, da auf Grund der neuen Immatrikulationsbestimmungen vom August 1958 80 v. H. der Studienplätze nur an Kandidaten vergeben werden sollen, die zwei Jahre Betriebsarbeit nachweisen können. Dies bedeutet praktisch bereits jetzt eine Studiensperre für mindestens zwei Abiturienten-Jahrgänge.

2. Die Beseitigung des Mangels an qualifizierten Facharbeitern

Die große Masse der Arbeitnehmer in der Sowjetwirtschaft gehört zur Kategorie der ungelernten und angelernten Arbeiter mit geringer Schulbildung was ihre Ausbildung zu qualifizierten Facharbeitern erschwert. Die überwiegende Mehrheit der Mittel- und Oberschüler strebte dagegen zum Fach- und Hochschulstudium. Dies führte mit der Zeit zu einer gewissen Überproduktion an Fachingenieuren und Diplom-Ingenieuren. Zwischen diesen beiden Gruppen klaffte eine fühlbare Lücke an geschulten Kräften in mittleren Stellungen, wie Meistern und Obermeistern. Dabei ließ die allmähliche Umstellung der Sowjetunion auf ein wirtschaftsintensiveres Wachstum einen steigenden Bedarf an qualifizierten Facharbeitern in der Industrie entstehen⁷⁸⁾. Die Erziehungs- und Bildungsreform soll daher einerseits die Heranbildung einer ausreichenden Anzahl von unteren und mittleren Kader gewährleisten, andererseits den Zugang zu den gehobenen Stellen, für die ein geringerer Bedarf vorliegt, erschweren. Der Mangel an qualifizierten mittleren Kräften macht sich vor allem bei der wirtschaftlichen Erschließung Sibiriens und der Neulandgebiete spürbar bemerkbar.

3. Ein Ausgleich für fehlendes Kapital

Die Aufblähung des Arbeitspotentials ermöglicht es, insbesondere in den verkehrsmäßig ungünstig gelegenen und menschenarmen Gebieten ostwärts des Urals durch Einsatz billiger Arbeitskräfte, Kapital zu sparen.

Das Anschwellen des Arbeitskräftevolumens läßt ferner die im neuen Plan vorgesehene Verkürzung der Arbeitszeit zu. Mit der Einführung der 42-Stunden-Woche wird in einigen Industriezweigen der Übergang von der Dreier- zur Vierschicht verbunden. Diese Entwicklung ermöglicht eine intensivere Nutzung des vorhandenen Anlagekapitals ohne Neuinvestitionen und stellt somit eine weitere Maßnahme der Sowjetführung zur Begegnung der Kapitalknappheit dar.

Dieser Vorgang bedeutet andererseits ein Zehren an der Substanz, da sich das Anlagekapital auf diese Weise noch schneller abnutzt. Dies macht wiederum die Frage der Ersatzinvestitionen, die immer wieder zugunsten der Neuinvestitionen auf die lange Bank geschoben wurde, akut. Damit ergeben sich zusätzliche Anforderungen an die beschränkten Kapitalfonds der Sowjetunion, die man gerade auf diesem Wege zu umgehen hoffte. Weitere Anforderungen ergeben sich daraus, daß auf Grund der Reform, in den Betrieben zusätzliche Arbeitsplätze für teilweise recht unproduktive Arbeitskräfte geschaffen werden müssen.

Zu den wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Erziehungs- und Bildungsreform kann bemerkt werden, daß sie sicher dazu beitragen wird, bei einer allmählichen Verknappung der Arbeitskräfte untere und mittlere Positionen ausreichend zu besetzen. Es ist auch Boettcher bei-

zustimmen, wenn er feststellt, daß die Betriebe und Behörden jetzt die Planung des Bedarfs selbst, d. h. dezentralisiert, durchführen können, indem sie zum Bewährungs- und Förderungsfilter für den weiteren beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg werden⁷⁹⁾.

Andererseits sind mit der Reform die Gefahren eines Absinkens des allgemeinen Bildungsniveaus und einer Vernachlässigung der theoretischen Ausbildung an den Hochschulen verbunden. Außerdem erscheint es fraglich, ob die Reform in ihrem Endeffekt zu einer wesentlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität, die für die Erfüllung des Siebenjahresplans von entscheidender Bedeutung ist, beitragen wird.

V. Die Rolle der Konsumgüterindustrie und der Landwirtschaft im Siebenjahresplan und das Problem der Disproportionen

Eine wesentliche Hebung der Arbeitsproduktivität könnte ohne Zweifel durch eine entscheidende Verbesserung der Konsumgüterversorgung der Arbeitnehmer erreicht werden. Die Konsumgüterproduktion bleibt jedoch auch im neuen Plan ein Stiefkind der sowjetischen Wirtschaftspolitik. Die durchschnittliche Zuwachsrate für die Konsumgüterproduktion ist mit 7,3 v. H. in bezug auf die Steigerungsquote der gesamten Industrieproduktion (8,6 v. H.) und der Produktionsmittelindustrie (9,3 v. H.) im Vergleich mit den vorausgegangenen Fünfjahresplänen weiter abgesunken. Nur im Verhältnis zu den letzten Jahresplänen ist eine gewisse Besserung eingetreten.

Das Verhältnis zwischen den durchschnittlichen Gesamt-Zuwachsraten der Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie⁸⁰⁾

	Gesamtproduktion	Produktionsmittelproduktion (Gruppe „A“)	Konsumgüterproduktion (Gruppe „B“)
Erster Fünfjahresplan (1929—1932)	19,2	28,5	11,7
Zweiter Fünfjahresplan (1933—1937)	17,1	19,0	14,8
Dritter Fünfjahresplan (Drei Jahre 1938—1940)	13,2	15,3	10,1
Vierter Fünfjahresplan (1946—1950)	13,6	12,8	15,7
Fünfter Fünfjahresplan (1951—1955)	13,2	13,8	12,0
Sechster Fünfjahresplan (1956—1960)	10,0	11,0	10,0
1956 (Ist)	11,0	11,4	9,4
1957 (Ist)	10,0	11,0	8,0
1958 (Plan)	7,6	8,3	6,1
1958 (Ist)	10,0	11,0	7,0
Siebenjahresplan (1959—1965)	8,6	9,3	7,3

Die Leichtindustrie ist einer der wenigen Produktionszweige dessen Zuwachs nicht über 50 v. H. liegt. Die Herstellung von Baumwollstoffen soll um 33 bis 38 v. H., von Wollstoffen um 65 v. H., von Seidenstoffen um 76 v. H. und von Lederschuhem um 45 v. H. gesteigert werden.

Es fällt auf, daß der Siebenjahresplan, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist, absolute Planziffern nur für die wichtigsten Erzeugnisse enthält.

79) Vgl. Boettcher, a.a.O., S. 120.

80) Ekonomitscheskoje Sorenowanije, a.a.O., 79; SSSR w ziffrah a.a.O., S. 16/17; Hildebrand-Böhme, a.a.O., S. 472; Planerfüllung 1958, a.a.O., S. 2/3.

78) Vgl. Eggers, W.: Entwicklungsprobleme der Sowjetwirtschaft Osteuropa-Wirtschaft, 3. Jg., 1958, S. 33.

Die Produktion der wichtigsten Erzeugnisse der Leicht- und Textilindustrie der Sowjetunion 1952 bis 1958 ^{80a)}

	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1960 (Plan)	1965 (Plan)
Baumwollgewebe (Mrd. m)	5,0	5,3	5,6	5,9	5,5	5,6	5,8	7,3	7,7—8,0
Wollgewebe (Mill. m)	190,5	208,7	243,2	251,0	268,1	283,2	303,0	363,0	500,0
Leinengewebe (Mill. m)	256,5	288,9	287,4	305,5	383,2	424,9	481,0	556,0	635,0
Seidengewebe einschl. Kunstseide (Mill. m)	224,6	400,4	517,0	525,8	754,8	805,2	845,0	1074,0	1485,0
Kunstfaser (Mill. m)			0,08	0,11	0,13	0,15			
Trikotagen-Unterbekleidung (Mill. Stück)			327,1	346,5	431,7	372,0	398,0	580,0	780,0
Trikotagen-Oberbekleidung (Mill. Stück)			75,5	85,1		90,0	97,0		160,0
Strümpfe (Mill. Paar)			674,8	771,5		845,0	887,0		
Lederschuhe (Mill. Paar)	237,7	239,4	257,8	274,5	286,0	317,0	356,0	455,0	515,0
Uhren (Mill. Stück)	10,5	12,8	16,4	19,7	22,6	23,5	25,0	33,6	
aller Art Photoapparate (Mill. Stück)	0,5	0,5	0,8	1,0		1,4	1,55		
Rundfunkempfänger (Mill. Stück)	1,2	1,6	2,9	3,5	3,7	3,6	3,9	10,2	
Fernsehgeräte (Mrd. Stück)	0,04	0,08	0,25	0,5	0,6	0,7	1,0		
Staubsauger (Tausend Stück)	22,5	45,5	131,6	130,9	174,7	261,7			
Kühlschränke (Tausend Stück)	31,1	49,2	94,0	151,4	224,0	308,7	360,0	635,0	
Waschmaschinen (Tausend Stück)	4,3	3,5	45,7	87,0	195,4	377,3	538,0	528,0	
Nähmaschinen (Mill. Stück)	0,8	1,0	1,3	1,6		2,3	2,7	3,8	
Motorräder, Motorroller (Mill. Stück)	0,1	0,14	0,2	0,24		0,3	0,4	0,4	
Fahrräder und Mopeds (Mill. Stück)	1,7	1,9	2,4	2,9	3,1	3,3	3,7	4,2	
Möbel (ohne Metallbetten) im Werte von Mrd. Rubel)						6,3	7,6	14,6	
Metallbetten (Mill. Stück)						11,3	12,2		

Die Entwicklung der sowjetischen Konsumgüterproduktion seit 1952 läßt deutlich die positiven Auswirkungen zweier Impulse erkennen: der „Neuen Kurs“-Politik Malenkows und des 20. Parteikongresses. Der eine Impuls wirkte sich in den Jahren 1954 und 1955, der zweite Impuls in den Jahren 1957 und 1958 aus. Der in der Stalin-Ära angestaute Konsumbedarf einer 200 Millionen starken Bevölkerung ist bei dem großen Geldüberhang durch das bisherige Angebot an Konsumgütern nur in einem sehr begrenzten Maße befriedigt worden. Dieses gilt sowohl für den Umfang und das Sortiment, als auch für die Qualität des Warenangebots. Bei der Rückständigkeit der sowjetischen Konsumgüterindustrie, der Ausschaltung jeden eigenständigen Handwerks und der Unterentwicklung des sowjetischen Handels ist es außerordentlich schwer, einen Vergleich mit den führenden westlichen Industrieländern durchzuführen, die seit Jahrzehnten über die kontinuierliche Entwicklung einer Konsumgüterindustrie von sehr differenziertem Charakter und eine reiche handwerkliche und kaufmännische Tradition verfügen. Ein mengenmäßiger Vergleich, der sich bei der Verschiedenartigkeit der statistischen Ausgangspositionen nur für einige wenige Bereiche durchführen läßt, sagt daher auf dem Gebiete der Konsumgüterindustrie sehr viel weniger aus, als auf demjenigen der Grundstoff- und Schwerindustrie. Die folgende Tabelle zeigt, daß die Sowjetunion in quantitativer Hinsicht noch sehr viel leisten muß, um nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern teilweise auch die weitaus kleinere Bundesrepublik aufzuholen und zu überholen. In qualitativer Hinsicht dürfte ihr dies in absehbarer Zeit sowieso kaum gelücken.

Vergleich zwischen einigen Konsumgüterproduktionszweigen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik 1956 bzw. 1955 (mit Stern gekennzeichnet) ⁸¹⁾

	Bundesrepublik	USA	UdSSR
Baumwollgewebe (in Mrd. m)	2,3	9,2	5,5
Wollgewebe (in Mill. m)	156,9	300,0	268,1
Kunstfaser (in Mill. m)	0,24	0,7	0,13
Lederschuhe (in Mill. Paar)	78,1	586,0	286,0
Uhren aller Art	28,3		22,6
Fotoapparate	3,3		1,2
Rundfunkempfänger	3,2	13,98	3,7
Fernsehgeräte	0,52	7,4	0,6
Kühlschränke	0,74	4,0 *	0,22
Waschmaschinen	0,6 *	4,4 *	0,09 *
Nähmaschinen	0,7 *		1,6 *
Motorräder	0,16 *		0,24 *
Fahrräder und Mopeds	1,8	1,5	3,1

Auf den meisten Gebieten der Konsumgüterherstellung wird die sowjetische Produktion von der amerikanischen weit übertroffen. Die sowjetische Produktion betrug bei den Baumwollgeweben 1957 64 v. H., bei Lederschuhen 53 v. H. der amerikanischen. Bei der Pro-Kopf-Produktion war dieser Prozentsatz noch geringer (53 v. H. und 48 v. H.)⁸²⁾

Nach Mitteilung des Stellv. Vorsitzenden des GOSSPLAN Sotow soll die Pro-Kopf-Produktion 1965 bei Wollgeweben 2,2 m, Unterwäsche 3 Stück, Oberbekleidung 0,7 Stück und Lederschuhen 2,3 Paar betragen.

Bei der Lebensmittelindustrie ist mit etwa 70 v. H. eine höhere Zunahme vorgesehen als bei der Leichtindustrie. Die Erzeugung von Fleisch- und Milchproduktion soll auf das doppelte (2,1 bzw. 2,2-fache), von Butter um 58 v. H., von Zucker um 76 bis 90 v. H. sowie der Fischfang um 60 v. H. gesteigert werden.

Die absoluten Planziffern ergeben sich aus folgender Übersicht:

82) Nach Zahlen bei Kiesewetter, B., Können die Sowjets Amerika überholen?, Die Welt vom 7. März 1959.

80a) Quelle: Die UdSSR in Zahlen, a.a.O., S. 50—53, 75—80; Promyschlenostj SSSR, a.a.O., S. 43—44, 323 ff, 362 ff; Sapisnaja knishka 1958, a.a.O., S. 32—33; SSSR w ziffrač, a.a.O., S. 74—79, 124—128; Planerfüllung 1958, a.a.O., S. 6.

81) Zahlenangaben aus: Statistical Yearbook 1956, New York 1957; Taschenbuch für die Wirtschaft 1959, Tabelle 27; Statistisches Bundesamt (Herausgeber) Statistisches Taschenbuch, Wiesbaden 1958, S. 49; Ekonomitscheskoje poloshenje kapitalističeskich stran w 1956/57. (Die wirtschaftliche Lage der kapitalistischen Länder 1956/57), Moskau 1957, S. 23, 40, 75; Strany sozializma i kapitalizma w ziffrač (Die Länder des Sozialismus und Kapitalismus in Zahlen), Moskau 1957, S. 72—74.

Die Produktion der wichtigsten Erzeugnisse der Lebensmittelindustrie der Sowjetunion 1952 bis 1958⁸³⁾

	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1960 (Plan)	1965 (Plan)
Fleischerzeugung (ohne Kolchose u. Haushaltungen) (Mill. t)	1,97	2,2	2,46	2,5	2,7	3,1	3,4	3,95	6,1
Wurstwaren (Mill. t)				0,8		0,9	1,0		
Fischfang (Mill. t)	2,1	2,2	2,5	2,7	2,8	2,7	2,9	4,2	4,6
Vollmilcherzeugnisse (Mill. t)	10,1	10,6	11,3	13,5	17,3	20,5	26,0	25,0	57,2
Butter (ohne Kolchos- und Hauserzeugung) Mill. t)			0,39	0,46		0,62	0,64		1,0
Zucker (Mill. t)	3,0	3,4	2,6	3,4	4,35	4,5	5,4	6,5	9,25—10
Teigwaren (Mill. t)	1,3	1,4	1,5	1,4		0,96	0,95		
Pflanzenfett (ohne Kolchos- u. Hauserzeugung) (Mill. t)	1,0	1,2	1,3	1,2	1,5	1,7	1,4	1,8	1,98
Konserven (Mrd. Dosen)	2,0	2,4	2,7	3,2	3,6	3,8	4,1	5,6	

Auch im Bereich der Lebensmittelindustrie sind die Vereinigten Staaten auf den meisten Gebieten der Sowjetunion weit überlegen. Dies geht aus der folgenden Tabelle, die auf Grund sowjetischer Angaben zusammengestellt worden ist, deutlich hervor:

Vergleich einiger Lebensmittelindustrieweige der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten 1955⁸⁴⁾

	USA	UdSSR
Fleisch (Mill. t)	12,2	2,5
Butter (Mill. t)	0,66	0,46
Pflanzenfett (Mill. t)	2,76	1,16
Zucker (Mill. t)	2,1	3,4

Der Fischfang machte pro Kopf der Bevölkerung 1955 in der Sowjetunion 13 kg, in den Vereinigten Staaten dagegen 16 kg aus.

In diesem Zusammenhang erscheint es reizvoll, die in der Sowjetunion erzielte Pro-Kopf-Produktion an Lebensmitteln 1955 den in der Bundesrepublik pro Kopf verzehrten Lebensmittelmengen gegenüberzustellen⁸⁵⁾.

	UdSSR (Pro-Kopf- Produktion) in kg	Bundesrepublik (Pro-Kopf- Verbrauch) in kg
Fleischwaren	10,3	45,4
Fisch	12,4	12,1
Butter	1,6 (1950)	6,9
Pflanzenfett	5,2	13,2
Zucker	28,4	26,3

Der Siebenjahresplan strebt einerseits eine Erhöhung der Produktion der Leicht- und Lebensmittelindustrie, andererseits eine wesentliche Verbesserung der Auswahl und Qualität ihrer Erzeugnisse an. Außerdem sollen, wie bereits erwähnt, die Dienstleistungen für die Bevölkerung, insbesondere auf dem Gebiet der öffentlichen Ernährung wesentlich verbessert werden. Die Kapazität der öffentlichen Ernährung soll um das Doppelte vergrößert werden.

Die Erreichung des ersten Zieles setzt eine weitere Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion insbesondere auf dem Gebiet der Viehzucht voraus.

Die Produktion von Fleisch und Milch hat sich von 1952 bis 1958 folgendermaßen gestaltet⁸⁶⁾:

	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1960 (Plan)	1965 (Plan)
Fleisch (Mill. t)	5,0	5,6	6,0	6,1	6,5	7,4	7,9	13,0	16,0
Milch (Mill. t)	35,6	36,2	38,0	42,0	49,0	54,7	57,8	98,0	100—105

83) Quelle: Die UdSSR in Zahlen, a.a.O., S. 51, 81—84; Promyslennostj SSSR, a.a.O., S. 44, S. 371 ff; Sapisnaja knishka 1958, a.a.O., S. 32—33; SSSR w ziffrach, a.a.O., S. 79, 125; Planerfüllung 1958, a.a.O., S. 6.

84) Strany sozializma i kapitalizma w ziffrach, a.a.O., S. 74—76.

85) Zahlen nach Anton, J: Nahrungsmittelindustrie, in: Koch, H.: Sowjetbuch, a.a.O., S. 250.

86) Zahlenangaben nach Schiller, O.: Die Leistungen der sowjetischen Viehwirtschaft, Agrarwirtschaft, 1958, S. 91.

Die absoluten Planziele des Siebenjahresplans sind äußerst gering, wenn man bedenkt, daß Chruschtschow im Mai 1957 die Parole ausgab, bis 1960/61 eine Produktion von 20,6 Mill. t Fleisch und 70 Mill. t Milch zu erreichen⁸⁷⁾.

Damals überschüttete er die sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler mit beißendem Spott, die dieses Unterfangen, das bis 1960/61 das Einholen und Überholen der Vereinigten Staaten ermöglichen sollte, als Phantasterei abtaten. Doch auch die weitaus geringeren Planziele für 1965 würden eine Verdoppelung der gegenwärtigen Fleisch- und Milcherzeugung bedeuten, die eine starke Vermehrung der Viehbestände und eine Vervielfachung der Fettgrundlage voraussetzt, die kaum zu erreichen sein wird. Schwierigkeiten dürfte es auch bereiten, die Gewinnung von Wolle, die 1958 0,32 Mill. t ausmachte, um das 1,9-fache zu vergrößern, sowie die Eierproduktion, die 1958 auf 23,5 Mrd. Stück angestiegen war, um das 2,3-fache zu steigern.

Otto Schiller gibt den folgenden instruktiven Vergleich über die Leistungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Westdeutschlands auf dem Gebiete der Viehwirtschaft im Jahre 1956⁸⁸⁾:

	West- deutschland (einschl. Berlin [West]) 1955/56	USA 1956	UdSSR 1956
Bevölkerung (Mill.)	52,5	168,1	200,2
Landwirt. Nutzfläche (Mill. ha)	14,3	361	486
ha pro Kopf	0,27	2,1	2,4
Fleischproduktion (Mill. t)	2,6	17,2	6,5
kg pro Kopf	49,5	102,3	32,5
Milchproduktion (Mill. t)	17,1	56,2	49,0
kg je Kopf	326	334	245
kg je Kuh	3005	2640	1590
Butterproduktion (Mill. t)	0,33	0,68	0,56
kg je Kopf	6,3	4,0	2,8

Das Planziel für die Getreideerzeugung von 163—180 Mill. t im Jahre 1965 muß dagegen als bescheiden bezeichnet werden, da bereits für 1960 ein Produktionsziel von 180 Mill. t festgesetzt worden war. Diese überraschend vorsichtige Planung läßt vermuten, daß die Ernte von 1958, die angeblich weit über dem bisherigen Rekordergebnis von 1956 in Höhe von rund 120 Mill. t liegen sollte, vor allem in den Neulandgebieten doch nicht so günstig gewesen ist, wie zunächst von sowjetischer Seite behauptet wurde. Chruschtschow hatte die Ernte in seinem Referat vor dem Dezember-Plenum⁸⁹⁾ des Zentralkomitees mit 139,4 Mill. t angegeben. In demselben Referat hatte er Malenkow vorgeworfen, 1952 absichtlich falsche Angaben über den damaligen

87) Schiller, a.a.O., S. 94. Vgl. hierzu den Wortlaut der Leningrader Rede Chruschtschows vom 22. Mai 1957, Prawda vom 24. Mai 1957.

88) Schiller, a.a.O., S. 91.

89) Vgl. den Wortlaut des Chruschtschow-Berichts, Stenografitscheskij otchet, a.a.O., S. 5 ff.

Stand der Getreideernte gemacht zu haben. Dieser habe mit der sog. „biologischen Ernte“ (Halmernte) operiert, obwohl jedermann wisse, daß die biologische Ernte bei weitem nicht identisch sei mit der realen Speicherernte. Die richtige Ernte habe 92 und nicht 131 Mill. t betragen, wie Malenkow behauptet hätte⁹⁰⁾.

Die „biologische Ernte“ wurde bekanntlich 1933 auf Beschluß der Sowjetregierung zur Grundlage der sowjetischen Getreidestatistik erhoben und ab 1937 auf alle anderen Feldfrüchte ausgedehnt. 1933 spielte Malenkow nur eine untergeordnete Rolle in der sowjetischen Politik. Die Erklärung Chruschtschows würde faktisch bedeuten, daß die sowjetische Agrarstatistik seit 1933 wissentlich gefälscht worden ist⁹¹⁾. Dabei nimmt es Chruschtschow selbst mit der Statistik nicht zu genau. Während er in seiner bekannten Rede vom 3. September 1953 über die kritische Lage der sowjetischen Landwirtschaft bekanntgab, daß 1952/53 40,4 Mill. t Getreide an den Staat abgeliefert worden seien, behauptete er jetzt nachträglich, daß die Getreidelieferung nur 34,4 Mill. t betragen habe, d. h. rund 6,0 Mill. t weniger.

Die Ausführungen Chruschtschows über den Stand und die Zukunftsaussichten der Sowjetwirtschaft im allgemeinen und der sowjetischen Landwirtschaft im besonderen müssen bei dieser Art mit statistischen Angaben umzuspringen nur mit allergrößter Vorsicht aufgenommen werden.

Westliche Schätzungen, daß die Getreideernte 1958 bei 115–120 Mill. t gelegen habe, dürften der Wirklichkeit erheblich näher kommen. Das Planziel von 165 bis 180 Mill. t dürfte auf Grund der besonderen Struktur der sowjetischen Landwirtschaft auch diesmal kaum erreicht werden. Das Ziel wird durch eine Steigerung der Hektarerträge im Rahmen der gegebenen Getreideanbaufläche angestrebt, die 1956 mit 128,3 Mill. ha ihre bisher größte Ausdehnung hatte und sich seit dem um 3–4 Mill. ha verringert hat⁹²⁾. Auch die Steigerung die Kartoffelernte, die 1957 88 Mill. t betrug auf 147 Mill. t 1965 erscheint unwahrscheinlich. Auf dem Gebiete der Zuckerernte und damit der Zuckerproduktion sowie der Baumwollernte sind durch Erweiterung der Anbauflächen in den letzten Jahren durchaus beachtliche Erfolge erzielt worden. Es fragt sich allerdings, ob diese Methode allein ausreichen wird, um die Zuckerrübenenernte, die 1957 39 Mill. t erreichte, und die Zuckerproduktion, die 1957 5,0 Mill. t betrug, bis 1965 auf fast das Doppelte zu steigern (70–78 Mill. t und 9–10 Mill. t). Auch das Planziel von 5,7 bis 6,2 Mill. t für die Gewinnung von Rohbaumwolle, deren Ernte 1958 4,4 Mill. t ausmachte, erscheint reichlich hoch gegriffen. Allerdings ist die Erreichung dieses Planziels ebenso wie die für 1965 vorgesehene Flachserzeugung von 580 000 t, unter bestimmten Voraussetzungen denkbar.

Die geringen staatlichen Investitionen, die für die Konsumgüterindustrie und die Landwirtschaft vorgesehen sind, zeigen, daß die Sowjetführung nicht den Willen und wohl auch nicht die Kraft besitzt, um die hauptsächlichsten *Disproportionen* in der Sowjetwirtschaft, die einerseits zwischen der Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie, andererseits zwischen der Industrie in ihrer Gesamtheit und der Landwirtschaft bestehen, zu beseitigen. Diese Disproportionen, die durch den unterentwickelten Charakter des tertiären Bereichs des Dienstleistungsgewerbes noch verstärkt werden, zu denen die Disproportionen innerhalb der Produktionsmittelindustrie selbst hinzutreten, behindern die Fortentwicklung der Sowjetwirtschaft nicht weniger als die Kapitalknappheit und die Unzulänglichkeiten des Arbeitspotentials.

Eine beträchtliche Ausweitung der Konsumgüterindustrie auf Kosten der Produktionsmittelindustrie sowie eine entscheidende Modernisierung der Landwirtschaft und des Dienstleistungsgewerbes sind die Grundvoraussetzungen, um über eine Verminderung der bestehenden Disproportionen zu einer rationelleren Aufteilung des Brutto-Sozial-

produkts und damit zu einem größeren Anteil der Bevölkerung am Volkseinkommen (Netto-Sozialprodukt) zu gelangen.

Der gegenwärtige Stand der Dinge, wie er durch die folgende Tabelle illustriert wird, läßt deutlich die ökonomische Unterlegenheit der kopflastigen „funktionärskapitalistischen“ Schwerpunktwirtschaft der Sowjetunion gegenüber der marktorientierten Gleichgewichtswirtschaft der europäisch-amerikanischen Industriemächte erkennen.

Vergleich der wirtschaftlichen Strukturdaten der Sowjetunion, der westeuropäischen Länder und der Vereinigten Staaten 1955⁹³⁾

	EWG	Davon West-deutschland	Großbritannien	USA	UdSSR
Sozialprodukt nach Verwendung und Entstehung in Milliarden Dollar					
Brutto-Sozialprodukt	138,4	51,7	53,6	247,0	110,0
Exporte- und Dienstleistungen	27,5	9,6	12,5	50,4	3,6
Brutto-Kapitalinvestitionen	25,1	10,0	7,8	43,0	21,8
Öffentlicher Verbrauch	17,4	6,4	9,1	33,6	25,1
Bergbau und Industrie	47,0	22,5	23,0	85,0	45,0
Landwirtschaft, Fischerei, Forstwesen	16,5	4,8	2,2	31,5	19,3
Pro Kopf der Bevölkerung in Dollar					
Brutto-Sozialprodukt	845	1015	1046	2400	550
Exporte und Dienstleistungen	168	188	242	120	18
Brutto-Kapitalinvestitionen	153	198	154	405	109
Öffentlicher Verbrauch	106	126	178	415	126
Bergbau und Industrie	290	429	450	720	225
Landwirtschaft, Fischerei, Forstwesen	100	95	43	98	95
Produktionswert pro Kopf des Beschäftigten in Dollar					
Bergbau und Industrie	2265	2815	2450	7000	2050
Landwirtschaft, Fischerei, Forstwesen	920	1070	1820	2220	500

Eine Verminderung der Disproportionen allein dürfte allerdings nicht ausreichend sein, um über eine allseitige Steigerung der Produktivität eine wesentliche Hebung des Lebensstandards zu erreichen. Hierzu gehört auch eine Dezentralisierung des Versorgungssystems und die Zulassung echter Marktpreise für die wichtigsten Erzeugnisse, insbesondere des Konsumsektors. Eine Reform des veralteten Preissystems wird zur Zeit in der Sowjetunion diskutiert, doch bestehen keine Anzeichen dafür, daß an die mögliche Einführung eines, wenn auch beschränkten Marktmechanismus gedacht ist. Eine solche Entwicklung würde eine tiefgehende Änderung der Struktur des von Stalin ererbten totalitären Herrschaftssystems, somit eine wirkliche Reform an Haupt und Gliedern voraussetzen, die von Chruschtschow nicht erwartet werden kann, da er nicht das kritische Vermögen und die geistige Unabhängigkeit besitzt, um sie von diesem System zu lösen und außerdem auch zu sehr im eschatologischen Glauben an die Möglichkeit der Verwirklichung der kommunistischen Utopie befangen ist.

90) Stenografitscheskij otschet, a.a.O., S. 13.

91) Vgl. Chruschtschow und die sowjetische Statistik, Der aktuelle Osten, 5. Jg., 1959, Nr. 11, S. 2 ff.

92) Vgl. Der neue Plan (IV), Der aktuelle Osten, 4. Jg., 1958, Nr. 46/47, S. 2.

93) Quelle: Wegmann, B.: Merkmale der volkswirtschaftlichen Struktur von EWG und FHZ im Vergleich mit USA und Sowjetunion, Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft, 1958, S. 301.

VI. Die Rolle des Außenhandels im Siebenjahresplan und die Problematik der Planerfüllung

Die Sowjetwirtschaft ist heute an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung angelangt, wo ein weiterer Produktionszuwachs nur noch in beschränktem Maße durch die extensive Methode der Ausweitung des Produktionsapparates erzielt werden kann. Da die derzeitige Sowjetführung offensichtlich zu einer grundlegenden Änderung ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik nicht bereit ist, bleiben bei der beschränkten Finanzkraft der Sowjetunion nur drei Möglichkeiten, um den Planzielen näherzukommen und gleichzeitig den Lebensstandard der Sowjetbevölkerung weiter anzuheben:

1. Eine Verminderung der Rüstungslast mittels der allgemeinen kontrollierten Abrüstung, die nur durch einen Verzicht auf die bisherige expansive Außenpolitik zu erreichen wäre;

2. die Aufnahme ausländischer Kredite, welche der Sowjetunion das fehlende Kapital für ihren Aufbau zur Verfügung stellen würden.

Auch dieser Weg setzt eine grundsätzliche Änderung der bisherigen sowjetischen Außenpolitik voraus.

3. eine Ausweitung des Außenhandels.

Auch diese hängt bei dem Bedarf der Sowjetunion an Investitionsgütern weitgehend von einer Änderung des außenpolitischen Klimas ab.

Das Volumen des sowjetischen Außenhandels hat sich von 1938 bis 1957 mehr als versechsfacht. Der sowjetische Anteil am Welthandel ist trotzdem, wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, gering geblieben.

Anteil der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und der westeuropäischen Länder am Gesamtumsatz des Welthandels 1957⁹⁴⁾

Europa (ohne Ostblockstaaten)	44,8 v. H.
davon Westdeutschland . . .	7,9 v. H.
Frankreich	5,6 v. H.
Großbritannien	9,9 v. H.
Vereinigte Staaten	16,9 v. H.
Sowjetunion	3,5—3,6 v. H.

Der Anteil der heute kommunistisch regierten Länder am sowjetischen Außenhandel ist dabei von 13 v. H. im Jahre 1938 auf 73,7 v. H. im Jahre 1957 angestiegen, wobei innerhalb des Ostblocks 1957 die SBZ mit 19,5 an Stelle der Volksrepublik China zum wichtigsten Handelspartner der Sowjetunion aufgestiegen ist.

Die immer enger werdende wirtschaftliche Verflechtung der Sowjetunion mit den übrigen Ostblockländern bedeutet für die Sowjetwirtschaft eine Entlastung, macht sie aber andererseits, wie die Entwicklung nach den Ereignissen in Polen und Ungarn 1956 gezeigt hat, für Krisenerscheinungen in diesem Bereich anfälliger, zumal der Außenhandel mit diesen Ländern auf Grund der Machtstruktur des Ostblocks nicht nur einen außen-, sondern auch binnenwirtschaftlichen Aspekt besitzt.

Der Anteil der Entwicklungsländer am sowjetischen Außenhandel ist von 1955 bis 1957 um 60,7 v. H. gestiegen und hat sich damit auf 9,8 v. H. vergrößert.

Der Anteil der westlichen Industrieländer, die mit ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten eine wesentliche Ergänzung für die noch nicht voll entwickelte sowjetische Großraumwirtschaft bilden könnten, ist nur geringfügig. Er beträgt insgesamt nur 16,5 v. H., wobei 3,8 v. H. allein auf Finnland entfallen. Es folgen Großbritannien mit 3,6 v. H., Frankreich mit 1,7 v. H. und die Bundesrepublik Deutschland mit 1,6 v. H. Der Anteil der Vereinigten Staaten und Kanadas beträgt nur 0,5 v. H.

Auf Grund des Siebenjahresplanes ist keine wesentliche Änderung in dieser Aufteilung zu erwarten. Der gesamte Außenhandel mit den Ostblockländern soll 1965 einen Wert von 36—38 Mrd. Rubel ausmachen, was der Hälfte des gesamten gegenwärtigen Außenhandels der Bundesrepublik entsprechen würde.

Sollte die Sowjetführung von den oben genannten Möglichkeiten keinen Gebrauch machen, so würde dies für die Sowjetbevölkerung neue Entbehrungen und den Verzicht auf eine baldige entscheidende Besserung ihrer Lebensbedingungen bedeuten. Die Opfer, die ihr in diesem Fall zugemutet würden, dürften nach der Lage der Dinge kaum ausreichen, um eine annähernde Erfüllung des neuen Plans sicherzustellen.

E. Die ideologische Seite des 21. Parteikongresses der KPdSU

I. Die Behandlung ideologischer Fragen auf dem 21. Parteikongreß

Die ideologischen Fragen haben auf dem 21. Parteikongreß eine überaus große Rolle gespielt. Dies war zu erwarten gewesen, nachdem sich im Spätsommer 1958 zum „Revisionismus“ Tito-Jugoslawien und zu dem in letzter Zeit besonders heftig bekämpften „Dogmatismus“ und „Sektierertum“ der Anti-Partei-Gruppe die in den „Volkskommunen“ zum Ausdruck kommende chinesische Abweichung vom sowjetischen Modell hinzugesellt hatte.

Es bedeutete daher keine Überraschung, daß einer der Hauptteile des Chruschtschow-Berichts ausschließlich ideologischen Fragen gewidmet war, wobei folgende Themen behandelt wurden:

1. Die niedere und höhere Phase des Kommunismus
2. Wirtschafts- und Staatstheoretische Probleme beim Aufbau des Kommunismus
3. Die Frage des besonderen Weges der einzelnen sozialistischen Länder

Schon aus der Reihenfolge dieser Themen ist deutlich zu ersehen, daß der Reformkommunismus titoistischer Prägung, der von den meisten Diskussionsrednern auf dem Parteikongreß scharf angegriffen wurde, nicht der alleinige Grund gewesen ist, der Chruschtschow veranlaßte, in seinem Bericht über den neuen Wirtschaftsplan ideologischen Fragen

so auffallend viel Raum zu widmen. Das Kapitel IV („Die neue Etappe des kommunistischen Aufbaus und Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie“) ist keineswegs die einzige Stelle des Berichts, in dem Chruschtschow ideologische Fragen berührte. Er ist auf sie auch im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Sieben-Jahresplan und insbesondere bei der Behandlung der Erziehungsreform eingegangen. Im außenpolitischen Teil ist die von ihm auf dem 20. Parteikongreß aufgestellte These von der Vermeidbarkeit von Kriegen weiter ausgebaut und modifiziert worden.

Chruschtschows ideologischer Beitrag, auf den im folgenden näher eingegangen werden soll, zeichnet sich weder durch Originalität, noch durch ein beachtliches geistiges Niveau aus, obgleich er von seinen Parteigängern als eine große Bereicherung der „Schatzkammer des Marxismus-Leninismus“ überschwänglich gepriesen worden ist. Die von ihm geäußerten Gedanken, die im wesentlichen auf der Stalinschen Interpretation Lenins aufbauen, sollen nach Mitteilung von Ignatow und Kuusinen in das neue Parteiprogramm aufgenommen werden, dessen Abfassung bereits vom 18. Parteikongreß im März 1939 beschlossen, dann aber immer weiter von Kongreß zu Kongreß verschoben worden war. Als „großer Theoretiker“ des Marxismus-Leninismus, der sich mittelbar erlauben durfte, den „sehr großen Theoretiker“ Mao Tse-tung über bestimmte Fragen der Ideologie zu belehren, erhält der Pragmatiker Chruschtschow die noch fehlende Weihe, der der charismatische Führer in einem Raum, in dem revolutionäre Theorie und

94) Quelle: Taschenbuch für die Wirtschaft 1959, Tabelle 99. Der Berechnung des prozentualen Anteils der Sowjetunion liegen die Angaben in dem vom Außenhandelsministerium der UdSSR herausgegebenen statistischen Sammelwerk „Wneschnaja Torgowlja SSSR sa 1956 god“ (Der Außenhandel der UdSSR für 1956), Moskau 1958 und der Anlagen zur Zeitschrift „Wneschnaja Torgowlja“ für den Außenhandel der Jahre 1956 und 1957, Moskau 1957 und 1958, zugrunde.

Praxis eine unauflösliche Einheit bilden, bedarf. Die „Iswestija“ ist in einem Kommentar sogar so weit gegangen, Chruschtschow als „Klassiker des Marxismus-Leninismus“ zu bezeichnen. Ein Rang, der bekanntlich Stalin auf dem 20. Parteikongreß aberkannt worden war. Der Name Stalins wurde von Chruschtschow nur eingangs einmal erwähnt,

im übrigen aber von allen Diskussionsrednern vorsorglich verschwiegen. Diese Taktik ermöglichte es Chruschtschow, die Frage der Entstalinisierung, die den Kern des 20. Parteitages gebildet hatte, zu umgehen, und zugleich auf dem ideologischen Gebiet als „getreuer Schüler und Fortsetzer des großen Lenin“ in Erscheinung zu treten.

II. Die beiden Phasen des Kommunismus und der gegenwärtige Stand der „Verschiedene Wege“- Theorie

Im Mittelpunkt der ideologischen Ausführungen Chruschtschows steht eine Darstellung der Unterschiede zwischen der niederen und höheren Phase des Kommunismus, die sowohl für die nähere Bestimmung des gegenwärtigen ideologischen Standortes der Sowjetunion als auch für die Auseinandersetzung mit der chinesischen Abweichung von Bedeutung ist.

Bisher wurden in der marxistisch-leninistischen Ideologie in der Entwicklung vom Kapitalismus zum Kommunismus eine sozialistische Vorphase und eine kommunistische Endphase unterschieden. Beide Phasen wurden durch bestimmte Merkmale deutlich von einander abgegrenzt. Bestimmend für die erste, niedere Phase war das Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“, für die zweite, höhere Phase dagegen das Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Diese beiden Formeln, von denen auch Chruschtschow ausgeht, bildeten die übliche ideologische Umschreibung für die Unterscheidung zwischen dem „Sozialismus“ und „Kommunismus“.

Im Anklang an Lenin und Stalin konnten bisher die einzelnen Merkmale der beiden Phasen in folgende fünf Gruppen zusammengefaßt werden:

I. Phase	II. Phase
Sozialistisches Durchgangsstadium (Vollsozialisierung)	Kommunistisches Endstadium (Vollkommunisierung)
1. Verteilung von Konsumgütern auf Grund begrenzter Produktion nach Leistung durch Waren- und Geldzirkulation	1. Verteilung von Konsumgütern auf Grund Produktionsüberflusses nach Bedürfnissen ohne Waren- und Geldzirkulation
2. Arbeitspflicht	2. Arbeit als Hauptbedürfnis auf Grund innerer Umformung des Menschen
3. Gegensätze zwischen geistiger und körperlicher Arbeit	3. Aufhebung der Gegensätze zwischen geistiger und körperlicher Arbeit durch Polytechnisierung
4. Gegensätze zwischen Stadt und Land auf Grund Unterschiede zwischen Staats- und Genossenschaftseigentum	4. Aufhebung der Gegensätze zwischen Stadt und Land auf Grund einheitlichen Volkseigentums
5. Klassenunterschiede (Arbeiter, Bauern, Intelligenz)	5. Klassenlose Gesellschaft

Innerhalb der sozialistischen Vorphase wurden von sowjetischer Seite folgende Etappen unterschieden:

1. Die Errichtung des Fundaments bzw. der Grundlagen des Sozialismus. Diese Etappe, die 1928 mit dem ersten Fünfjahresplan begann, wurde 1932 gemäß dem Beschluß der 17. Parteikonferenz abgeschlossen.

2. Die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der obenerwähnten materiell-technischen Basis. Die Behauptungen Molotows (1935) und Stalins (1936) vom vollständigen Sieg des Sozialismus wurden auf dem 18. Parteikongreß 1939 dahingehend modifiziert, daß der Sozialismus in der Sowjetunion „im wesentlichen“ aufgebaut ist.

3. Die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus und der allmähliche Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus.

Diese Übergangsphase wurde durch den 18. Parteikongreß im März 1939 eingeleitet. In dem vom 19. Parteikongreß im Oktober 1952

angenommenen Parteistatut wurde festgestellt, daß die Partei „den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft gesichert hat“ und daß „die Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zur Stunde darin bestehen, durch den allmählichen Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus die kommunistische Gesellschaft aufzubauen.“

Gemäß Chruschtschow würde die Sowjetunion erst jetzt nach dem endgültigen und nicht nur vollständigen Sieg des Sozialismus in die Phase des entfalteten Aufbaus des Kommunismus eintreten. Wenn man sich die Merkmalsunterschiede zwischen dem „Sozialismus“ und „Kommunismus“ sowie die obenerwähnte Unterteilung der sozialistischen Vorphase vor Augen hält, wird man sich bewußt, wie sehr die Chinesen mit der ursprünglichen Fassung ihrer Volkskommunenkonzeption⁹⁵⁾ von dem Moskauer Vorbild abgewichen sind. Diese Abweichung, die durch die chinesische Feststellung, daß sich Rot-China noch im sozialistischen Durchgangsstadium befinden würde, nicht ausgeräumt wird, ist vor allem in folgenden Punkten zu erblicken:

1. Die Chinesen haben sich über die Unterteilung der sozialistischen Vorphase, die bei der Auseinandersetzung Chruschtschows mit Molotow 1955 eine so wesentliche Rolle gespielt hat, einfach hinweggesetzt.

Ogleich sie gemäß ihren offiziellen Erklärungen die ersten beiden Etappen beim entfalteten Aufbau des Sozialismus noch nicht zurückgelegt hatten, forderten sie bereits jetzt, eine aktive Benutzung der Volkskommunen, um „einen konkreten Weg für den Übergang zum Kommunismus zu erproben“.

Eine solche Erprobung konkreter Übergangswege zum Kommunismus wäre nach der sowjetischen Auslegung der marxistisch-leninistischen Ideologie frühestens beim Eintritt in die dritte Etappe des sozialistischen Aufbaus theoretisch überhaupt vorstellbar, praktisch jedoch erst dann möglich, nachdem dieser Aufbau vollendet und gesichert worden war.

Ohne in die dritte Etappe des sozialistischen Aufbaus eingetreten zu sein, deklarierten die Chinesen die Volkskommunen als „beste Organisationsform“ sowohl für die Verwirklichung des Sozialismus, als auch für den allmählichen Übergang zum Kommunismus. Im August-Beschluß des chinesischen Zentralkomitees wurden die Volkskommunen ausdrücklich als Mittel bezeichnet, um „den Aufbau des Sozialismus vorfristig zu vollenden und den allmählichen Übergang zum Kommunismus durchzuführen“.

2. Die Beschleunigung des Tempos des sozialistischen Aufbaus mit Hilfe der Volkskommunen war mit der im August-Beschluß enthaltenen Behauptung verbunden: „Die Verwirklichung des Kommunismus in China scheint keine Frage der fernen Zukunft mehr zu sein“. Im Beschluß wurde erklärt, daß praktisch im Kollektiveigentum der Volkskommunen bereits einige Elemente des Volkseigentums enthalten seien, und daß der endgültige Übergang vom Kollektiveigentum zum Volkseigentum ein Prozeß sei, „der in einigen Fällen weniger Zeit (etwa drei bis vier Jahre) in anderen Fällen mehr Zeit (vielleicht fünf oder sechs Jahre oder noch mehr) in Anspruch nehmen kann“.

Dabei hatte die Sowjetunion zehn Jahre gebraucht, um den Sozialismus „im wesentlichen“ aufzubauen. Seit zwanzig Jahren befand sie sich in der anschließenden Übergangsphase vom Sozialismus zum Kommunismus, ohne in die Phase des entfalteten Aufbaus des Kommunismus eingetreten zu sein. Jetzt kamen die Chinesen, die selber nur sechs „sozialistische“ Aufbaujahre aufzuweisen hatten, und behaupteten, in den Volkskom-

95) Vgl. Resolution on the Establishment of People's Communes in the rural areas — Central Committee of the Chinese Communist Party, August 29, 1958, Peking Review vom 16. September 1958; deutsche Übersetzung, Ost-Probleme, 10. Jg., 1958, S. 695—698. Wortlaut des Musterstatuts, New China News Agency, Peking, 5. September 1958, deutsche Übersetzung, Ost-Probleme, a. a. O., S. 698—703.

munen ein Wundermittel gefunden zu haben, um nicht nur den sozialistischen Aufbau in kürzester Frist zu vollenden, sondern in etwa sechs Jahren auch den kommunistischen Aufbau auf dem Lande im wesentlichen verwirklichen zu können.

3. Die Volkskommunen die von chinesischer Seite als „gesellschaftliche Grundeinheiten der künftigen kommunistischen Gesellschaft“ präsentiert wurden, wiesen einige typische Merkmale der kommunistischen Endphase auf. Die Volkskommunen sollten nicht nur dazu dienen, vier von den fünf Voraussetzungen (Nr. 2 bis 5) mittels der Volkskommunen in verhältnismäßig kurzer Zeit zu realisieren, sondern zugleich auch mit der Verwirklichung der Hauptvoraussetzung (Nr. 1) beginnen zu können.

Die sowjetische Parteipropaganda verhielt sich gegenüber dem chinesischen Experiment und dem mit ihm verbundenen Anspruch, es gäbe einen kürzeren Weg zum Kommunismus als den russischen, von vornherein äußerst zurückhaltend. Es wurde jedoch bald bekannt, daß Chruschtschow diesem von Mao Tse-tung bewußt gesetzten Akt „permanenter Revolution“, mit dem die Chinesen die Sowjets in ideologischer Hinsicht zu überflügeln drohten, ablehnend gegenüberstand. Dies ging aus seiner Unterredung mit dem amerikanischen Senator Humphrey und entsprechenden Äußerungen Mikojans während seiner Amerika-Reise deutlich hervor⁹⁶). Chruschtschow vermied es jedoch, sich über die Volkskommunen, die er gegenüber Humphrey als „altmodisch und rückschrittlich“ bezeichnete, öffentlich zu äußern. Dafür waren die sowjetischen Ideologen fieberhaft bemüht, eine Formel zu finden, um die ideologische Kluft, die sich zwischen Moskau und Peking aufgetan hatte, zu überbrücken. Besonderes Aufsehen erregte ein Aufsatz von Stepanjan im Oktoberheft der „Woprossy Filosofii (Fragen der Philosophie“⁹⁷), in dem er die ungleichmäßige Entwicklung des Sozialismus zugab und innerhalb des sozialistischen Weltsystems auf einmal eine besondere europäische und asiatische Gruppe unterschied, die jeweils getrennt, zum Kommunismus gelangen würden. Stepanjan behauptete dabei, daß die europäische Gruppe auf Grund ihres technischen Vorsprungs vor der asiatischen geschlossen als erste das kommunistische Endziel erreichen würde. Stepanjan schrieb⁹⁸):

„Wenn wir über die Zukunft der weiten Entfaltung der kommunistischen Formation sprechen, so müssen wir eine neue Gesetzmäßigkeit der Entwicklung berücksichtigen: die allmähliche Überwindung der historisch entstandenen Ungleichmäßigkeit der Entwicklung innerhalb des Weltsystems des Sozialismus. Die ungleichmäßige Entwicklung der Länder und Völker, die historisch auf der Basis des Privatbesitzes entstanden ist und in der Periode des Imperialismus ihre weitestgehende Verschärfung erfahren hat, beginnt auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums, im Verlauf der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems sowie im Prozeß der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit aller Länder des Sozialismus allmählich zu verschwinden. Diese unter den Bedingungen der beginnenden wissenschaftlich-technischen Revolution auftretende neue Gesetzmäßigkeit gibt einer ganzen Gruppe von Ländern die Möglichkeit, offensichtlich, nach Wirtschaftszonen, fast zur gleichen Zeit in die Epoche des Kommunismus einzutreten. Es ist anzunehmen, daß die europäischen Länder des Sozialismus, die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe vereint sind, eine besondere Wirtschaftszone bilden und als erste in den Kommunismus eintreten werden. Die asiatischen Länder des Sozialismus, die in ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung vieles gemeinsam haben, werden eine zweite regionale Zone bilden und ebenfalls gemeinsam in den Kommunismus eintreten“.

Diese „Verschiedene Zonen“-These Stepanjans brauchte von Chruschtschow nicht aufgenommen zu werden, da die Chinesen inzwischen selbst infolge ihrer inneren Schwierigkeiten gezwungen waren, ihre Volkskommunen-Konzeption zu modifizieren und sie stärker als bisher der von den Sowjets vertretenen ideologischen Linie anzupassen. Dieses geschah in dem Beschluß des Zentralkomitees der chinesischen KP vom 10. Dezember 1958⁹⁹). Der Kernsatz dieses Beschlusses lautete: „Beim

Übergang von Sozialismus zum Kommunismus . . . dürfen wir nicht dem utopischen Traum verfallen, daß es möglich sei, das Stadium des Sozialismus zu überspringen und direkt in den Kommunismus einzutreten“. Jeder übereilte Versuch, das Prinzip „Jedem nach seiner Leistung“ durch das Prinzip „Jeder nach seinen Bedürfnissen“ zu ersetzen, d. h. jeder unsere Kräfte übersteigende Versuch, unter nicht herangereiften Voraussetzungen zum Kommunismus zu gelangen, ist zweifellos eine Utopie, der kein Erfolg beschieden sein kann“. In ganz anderer Weise wie im August-Beschluß wird in der sog. Wuhan-Resolution immer wieder auf den allmählichen Charakter des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus verwiesen.

Sie wendet sich in scharfer Form gegen die zahlreichen übereifrigen Parteimitglieder, die im August-Beschluß eine Anweisung zum beginnenden Aufbau des Kommunismus erblickt hatten, und erklärt:

„Sie glauben, daß der Aufbau einer hochentwickelten modernen Industrie usw., die vollständige Verwirklichung des allgemeinen sozialistischen Volkseigentums oder gar der Aufbau des Kommunismus sehr einfach sind. Sie sind der Meinung, daß das Eigentum in den ländlichen Volkskommunen schon jetzt allgemeines Volkseigentum sei und daß sie sehr bald oder gar schon jetzt das sozialistische Prinzip „Jedem nach seiner Leistung“ aufgeben und das kommunistische Prinzip „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ anwenden zu können. Sie können die Tatsache nicht begreifen, daß das sozialistische System noch sehr lange Zeit andauern wird. Diese Ansicht ist natürlich die Folge von Mißverständnissen, und jedes Mißverständnis muß geklärt werden“.

An anderer Stelle heißt es:

„Dieser Übergang wird in Etappen und Gruppen vor sich gehen und auf nationaler Ebene erst nach einer beträchtlichen Zeit erfolgen. Diejenigen, die dies nicht verstehen und überhastet versuchen, das Kollektiveigentum auf dem Lande vor der Zeit abzuschaffen und überstürzt den Übergang zum allgemeinen Volkseigentum zu vollziehen, verwechseln die Errichtung von Volkskommunen mit der Verwirklichung des allgemeinen Volkseigentums. Sie handeln falsch und können daher keinen Erfolg haben. Mehr noch der Übergang vom sozialistischen Kollektiveigentum zum sozialistischen allgemeinen Volkseigentum ist mit dem Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus nicht gleichzusetzen. Noch weit weniger ist der Übergang von den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu den Volkskommunen mit dem Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus gleichzusetzen. Der Übergang von Sozialismus zum Kommunismus wird weit mehr Zeit erfordern als der Übergang vom sozialistischen Kollektiveigentum zum sozialistischen allgemeinen Volkseigentum“.

Zusammenfassend heißt es:

„Jeder Marxist muß wissen, daß der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus ein langer und komplizierter Entwicklungsprozeß ist und das während dieses ganzen Prozesses die Gesellschaft immer noch einen sozialistischen Charakter trägt“.

Zu der Dauer der Übergangsphase wird bemerkt:

„Dieser ganze Prozeß wird sich noch auf etwa 15 bis 20 Jahre, ja vielleicht noch mehr Jahre erstrecken“.

Wenn der Dezember-Beschluß den Sowjets auch in der Frage des Aufbautempos und der längeren Zeitdauer des etappenmäßigen Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus entgegenkam, so waren die Chinesen andererseits nicht bereit, den Kommunismus gänzlich in die ferne Zukunft zu verweisen und auf die Entwicklung der „Keime des Kommunismus“ im Rahmen der Volkskommunen zu verzichten. Das Beharren auf dem ursprünglichen Standpunkt, den man nur in bestimmten Grenzen zu revidieren bereit war, geht aus dem folgenden Passus hervor:

„Es stimmt, daß das System der freien Versorgung, das von den Volkskommunen angenommen wurde, einen Keim des kommunistischen Prinzips der Verteilung nach den Bedürfnissen in sich birgt. Das Prinzip der Volkskommunen, sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft zu entwickeln, eröffnet den Weg, um die Unterschiede zwischen Stadt und Land und zwischen Arbeitern und Bauern zu überwinden. Wenn die ländlichen Volkskommunen vom sozialistischen Kollektiveigentum zum allgemeinen sozialistischen Volkseigentum übergehen, werden diese Keime des Kommunismus weiter wachsen. All dies muß anerkannt werden. Darüber hinaus werden mit der dank der stetigen Entwicklung von

96) Vgl. Ost-Probleme, 11. Jg., 1959, S. 83.

97) Stepanjan, J. A.: Oktjabskaja rewoljuzija i stanowlenije kommunističeskoj formazii (Die Oktoberrevolution und die Errichtung der kommunistischen Formation), Woprossy Filosofii, 1958, Nr. 10, S. 19–36.

98) Stepanjan, a. a. O., S. 34.

99) Resolution on some questions concerning the People's Communes, Peking Review vom 23. Dezember 1958; deutsche Übersetzung, Ost-Probleme, 11. Jg., 1959, S. 71–81.

Industrie und Landwirtschaft im ganzen Lande ständig steigenden Gesellschaftsproduktion, mit dem allmählich immer größer werdenden Anteil der nach dem Verteilungssystem der Volkskommunen kostenlos zu verteilenden Produkte, mit der schrittweisen Anhebung der freien Belieferungsnormen, mit dem ständig steigenden politischen Bewußtsein des Volkes, mit dem steigenden Fortschritt im allgemeinen Volksbildungswesen, mit der allmählichen Verringerung des Unterschiedes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, mit dem schrittweisen Abbau der inneren Funktionen der Staatsmacht usw. Schritt für Schritt auch die Voraussetzungen für den Übergang zum Kommunismus heranreifen. Es ist natürlich nicht richtig, den Verlauf dieser Entwicklung zu ignorieren oder gar zu hemmen und den Kommunismus in die ferne Zukunft zu verweisen“.

Der Dezember-Beschluß forderte, sich bei der Bildung von Volkskommunen in den Städten nicht zu übereilen, doch sollten einzelne Versuche fortgesetzt werden.

Der begrenzte Rückzug der Chinesen, der nicht nur in der Wuhan-Resolution, sondern auch in der Aussprache Tschou En-lais und in der Grußadresse Mao Tse-tungs zum Ausdruck kam, erleichtert die Aufgabe Chruschtschows, einen Kompromiß zwischen den divergierenden ideologischen Auffassungen der beiden kommunistischen Großmächte zu finden. Dieser Kompromiß kam einerseits in einer gewissen Neubelebung der „Verschiedene Wege“-Theorie, die von Kiritschenko auf dem Prager Parteikongreß der tschechoslowakischen KP im Juni 1958 bei der Auseinandersetzung mit dem Titoismus über Bord geworfen worden war, und in der Feststellung zum Ausdruck, daß die niedere und höhere Phase des Kommunismus nicht scharf von einander getrennt werden könnten. Der „Sozialismus“ (als Vorphase) würde in den „Kommunismus“ (als Endphase) hinüberwachsen. Dagegen sei ein Hinüberwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus, wie es vom Reformkommunismus behauptet würde, unmöglich.

Bei der Darstellung der Merkmale der beiden Phasen hat sich Chruschtschow im wesentlichen an das bisherige Schema gehalten. Im Rahmen dieses Schemas ging es ihm vor allem um den Nachweis, daß nur von einem bestimmten materiellen und geistigen Niveau aus der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus vollzogen werden könne.

Die verstärkte Kritik an der ursprünglichen chinesischen Konzeption ist vor allem in jenen Teilen der Chruschtschow-Rede unverkennbar, in denen der sowjetische Partei- und Regierungschef in Kritik an denjenigen Kommunisten übte, die einen „gleichmacherischen“ Kommunismus in einem „überstürzten“ Tempo verwirklichen möchten. Auch die Anspielungen auf die überholten Experimente aus der Periode des „Kriegskommunismus“ und die abfällige Bemerkung über die „gleichmacherische Verteilung nach den Mündern“ waren offensichtlich Peking und nicht irgendwelchen sowjetischen Parteigenossen zugeordnet¹⁰⁰).

III. Der Ausbau der sowjetischen Wirtschaftslehre

Innerhalb der kommunistischen Endphase werden von Chruschtschow ebenso wie bei der sozialistischen Vorphase einzelne Etappen unterschieden. Die Hauptaufgabe der ersten Etappe, die bis 1970 zurückgelegt werden soll, ist die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus und der entscheidende Tempogewinn im wirtschaftlichen Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten. Erst nachdem die Grundlagen des Kommunismus gelegt sind, kann nach Chruschtschow mit dem umfassenden Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung begonnen werden.

Die wirtschaftstheoretischen Ausführungen Chruschtschows, die im wesentlichen auf Stalins „Ökonomischen Problemen des Sozialismus“ (1952)¹⁰² beruhen, gehen von den bereits erwähnten fünf Merkmalen des kommunistischen Endstadiums aus und lassen vor allem auf arbeits- und agrarpolitischem Gebiet deutlich die Richtung erkennen, die vom so-

Nach Chruschtschow darf das sozialistische Durchgangsstadium nicht übersprungen werden. Vom Kapitalismus könne man nicht gleich in den Kommunismus gelangen. Wörtlich heißt es: „Man darf nichts überstürzen und übereilt das einführen, was noch nicht herangereift ist. Das würde zu Entstellungen unserer Sache führen und sie kompromittieren“. An anderer Stelle findet sich der Satz: „Die Gleichmacherei (urawlinowka) würde nicht den Übergang zum Kommunismus, sondern seine Diskreditierung bedeuten. Triumphierend bezeichnet Chruschtschow die Sowjetunion als das erste kommunistisch regierte Land, das solche Höhen in seiner Entwicklung erklommen habe, die den Eintritt in die Periode des entfalteten Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft ermöglichen würden.

Die These von der ungleichmäßigen Entwicklung des „sozialistischen Weltsystems“, zu der sich Stepanjan bekannte, wird von Chruschtschow als „revisionistisch“ verworfen. Für ihn ist das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung bestimmend, das es angeblich allen übrigen Ostblockländern „mehr oder weniger gleichzeitig“ ermöglichen würde, ebenfalls von der niederen in die höhere Phase des Kommunismus eintreten¹⁰¹).

Chruschtschow erkennt an, daß sich aus der „großen Vielfalt der historischen Bedingungen“ und den nationalen Besonderheiten eine Verschiedenartigkeit der Methoden und Formen beim kommunistischen Aufbau ergibt. Er betont jedoch, „daß das Wichtigste, Bestimmende in der Entwicklung aller Länder auf dem Wege zum Kommunismus die für sie allgemein gültigen Gesetzmäßigkeiten und nicht ihre besonderen Erscheinungsformen sind.“ In diesem Sinne könne man zum Sozialismus nicht auf einem Wege gelangen, der abseits von dem vom Marxismus-Leninismus, d. h. von Moskau gewiesenen gemeinsamen Weg liegt.

Diese Bemerkungen bedeuten eine noch über Susslow hinausgehende einschränkende Auslegung der auf dem 20. Parteikongreß verkündeten Lehre von den „verschiedenen Wegen zum Sozialismus“.

Diese enge Auslegung der „Verschiedene Wege“-Theorie läßt es zwar zu, Volkskommunen oder Arbeiterräte, die Chruschtschow als jugoslawische Besonderheit ausdrücklich anerkannte, als innere Angelegenheiten anzusehen, fordert aber das Bekenntnis zum „Prinzip der internationalen proletarischen Solidarität“ und damit die vorbehaltlose Anerkennung der ideologischen Führung der Sowjetunion. Die Formel „das sozialistische Lager unter Führung der Sowjetunion“, die beim Treffen Chruschtschow-Mao Tse-tung Anfang August 1958 unter den Tisch gefallen war, wurde von Tschou En-lai in seiner Ansprache wieder hervorgeholt. So fiel es dem sowjetischen Partei- und Regierungschef nicht schwer, den Chinesen im Gegensatz zu den Jugoslawen ein „klassenmäßiges Herangehen an alle Probleme“ zu bescheinigen und jegliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Peking und Moskau zu leugnen.

wjetischen Partei- und Regierungschef in nächster Zeit verfolgt werden wird.

Folgende Fragen wurden von Chruschtschow behandelt:

1. Das Problem der Bedürfnisbefriedigung und Güterverteilung

Stalin ist in seiner obenerwähnten Schrift davon ausgegangen, daß beim Übergang zum Kommunismus die Waren- und Geldzirkulation wegfallen würde. Über die technische Regelung der Verteilung hat er sich nicht weiter ausgelassen. Chruschtschow geht in sehr vorsichtiger Form auf die Frage der Bedürfnisbefriedigung und Güterverteilung ein. Er betont, daß die unbedingte Voraussetzung für die Versorgung der Bevölkerung nach den Bedürfnissen die Erzielung eines Überflusses an materiellen und geistigen Gütern sei, die für den Lebensunterhalt erfordert würden. Der Zwang zur Regulierung der Verteilung könne daher nur allmählich entfallen. Es könnten auch nicht alle Bedürfnisse in be-

100) Einige kleinere Experimente nach chinesischem Vorbild in den von der Sowjetunion besonders abhängigen Volksrepubliken Albanien und Bulgarien dürften Chruschtschow kaum wesentlich beunruhigt haben.

102) Wortlaut: Meissner, B.: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion vor und nach dem Tode Stalins (Dokumente und Berichte des Europa-Archivs Bd. 12), Frankfurt/Main 1954, S. 76–90.

101) Diese Feststellung Chruschtschows ist von Molotow in einer Ansprache anläßlich des 13. Jahrestages des sowjetisch-mongolischen Abkommens über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit in Ulan Bator ausdrücklich gebilligt worden. Vgl. die mongolische Rundfunkmeldung vom 27. Februar 1959.

liebiger Höhe frei befriedigt werden. Nur für den „gesunden Bedarf“ eines kulturell entwickelten Menschen“ bestehe diese Möglichkeit.

Chruschtschow glaubt die ersten Anfänge einer solchen Entwicklung darin zu erblicken, daß bereits auf sozialpolitischem und kulturellen Gebiet in steigendem Maße staatliche Leistungen allen Kreisen der Bevölkerung ohne Rücksicht auf ihre Arbeitsleistung frei zur Verfügung gestellt würden. Als Beispiele wurden von ihm der kostenlose Schulunterricht, die unentgeltliche ärztliche Betreuung, der Aufenthalt in Sanatorien, die Unterhaltung von Kulturhäusern und Bibliotheken sowie die Zahlung von Pensionen und Renten an Alte und Arbeitsunfähige genannt.

Die kommunistische Entwicklungstendenz soll in der ersten Etappe durch Heraufsetzung der Pensionen und Abschaffung der Einkommensteuer gefördert werden. Die unsozialen indirekten Steuern, die in Form der „Umsatzsteuer“ und der Gewinnabführung der Betriebe auf allen Verbrauchsgütern in einer Höhe bis zum Neunfachen des Erzeugerpreises lasten, sollen dagegen nicht angetastet werden.

2. Die Angleichung von geistiger und körperlicher Arbeit bei veränderter Grundeinstellung zur Arbeit

Chruschtschow ist bestrebt, dieses Ziel mit Hilfe zweier Methoden zu erreichen:

a) Durch eine Erleichterung der Arbeitsbedingungen mittels einer weitgehenden Mechanisierung und Automatisierung, die eine Verkürzung der Arbeitszeit ermöglicht.

b) Durch die Verbindung der theoretischen Ausbildung mit der praktischen Arbeit mittels der Polytechnisierung, wie sie in der Erziehungs- und Bildungsreform zum Ausdruck gekommen ist.

Die auf diesem Wege angestrebte allmähliche Verwandlung der Arbeit aus einer Last in ein Hauptbedürfnis des Lebens soll nach Chruschtschow nicht mit einer Lockerung der Arbeitsdisziplin verbunden sein. Er fordert vielmehr eine Verschärfung der Disziplin, da die hochmechanisierte Industrie eine besonders strenge Unterordnung des Arbeitnehmers unter den Produktionsrhythmus erfordert.

3. Die Überwindung des Stadt-Land-Gegensatzes durch Umwandlung der Kolchosen in Agrostädte

Die klassenlose Gesellschaft, die Chruschtschow als Endziel vorschwebt, setzt nicht nur die Angleichung der geistigen und körperlichen Arbeit, sondern auch der Lebens- und Arbeitsbedingungen zwischen Stadt und Land voraus.

Die Überwindung des Stadt-Land-Gegensatzes soll auf zwei Wegen erreicht werden:

a) Die genossenschaftliche Betriebs- und Eigentumsform der Kolchose soll durch Anpassung an die Sowchose allmählich der im industriellen Sektor allein maßgebenden staatlichen Betriebs- und Eigentumsform Platz machen.

Im Zuge dieses Angleichungsprozesses soll das Kolchoseigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums gehoben werden.

Die ländliche Lebensform soll durch Umgestaltung der Kolchose in Agrarkommunen städtischen Typs allmählich in eine städtische umgewandelt werden.

Zur Verwirklichung dieser Zielsetzung schweben Chruschtschow folgende Maßnahmen vor:

1. Durch eine verstärkte Mechanisierung und Modernisierung soll eine erhebliche Produktionssteigerung erreicht werden. Diese soll für die Kolchosbauern in Verbindung mit dem Übergang zu einer festen geldlichen Entlohnung den Anreiz bilden, auf den verbliebenen Privatbesitz an Hofland und Vieh „freiwillig“ zugunsten der Kollektivwirtschaft zu verzichten.

2. Durch eine Erhöhung der „unteilbaren Fonds“ durch Einbehaltung eines größeren Anteils an den Kolchoseinnahmen soll die Möglichkeit geschaffen werden, diese in stärkerem Maße als bisher für öffentliche Aufgaben heranzuziehen. Damit würde die Umwandlung des Kolchoseigentums in das allgemeine Volkseigentum beschleunigt.

3. Durch die Bereitstellung erhöhter Investitionsmittel in Gestalt der „unteilbaren Fonds“ soll nicht nur die Schaffung von gemeinsamen Einrichtungen der jeweiligen Kollektivwirtschaft, sondern auch mehrerer Kolchose ermöglicht werden. Diese sollen in arbeitsteilige Beziehungen treten und sich auch mit industrieller Tätigkeit befassen. Gedacht ist u. a. an die Errichtung von Kraftwerken, Bewässerungskanälen, Betrieben der Nahrungsmittel- und Baustoffindustrie und Straßenbauten.

Der Gedanke der Bildung von Kolchos-Föderationen ist von Chruschtschow nicht aufgenommen worden. Dafür ist er für die Vereinigung kollektivwirtschaftlicher Produktionsmittel mit staatlichen eingetreten, die es erlauben würde, die landwirtschaftliche Arbeit nach und nach in eine Abart der industriellen zu verwandeln.

Die Krönung aller obenerwähnten Maßnahmen soll die Schaffung von stadtähnlichen Siedlungen, von Kolchosstädten bilden, in denen die ländliche Bevölkerung zusammengefaßt werden soll. Es ist das alte Projekt der „Agrostädte“, das von Chruschtschow, nachdem er 1951 am Widerstand der Politbüromehrheit gescheitert war, wieder aufgenommen wird. Die chinesischen Volkskommunen mögen den sowjetischen Partei- und Regierungschef in diesem Vorhaben bestärkt haben.

Wörtlich heißt es im Chruschtschow-Bericht:

„Auch in der Zukunft stellt sich die Partei das Ziel, das Kolchosdorf in schmucke Ortschaften städtischen Typs unter Ausnutzung aller Errungenschaften der modernen kommunalen, kulturellen und anderen Dienstleistungen zu verwandeln.“

Podgornyj machte im Anschluß an die Rede Chruschtschows die Mitteilung, daß in der Ukraine bereits in diesem Jahr mit der Schaffung von Kolchos-Städten begonnen werden wird. Sie sollen „als Vorbild für eine künftige Durchführung dieser Arbeit in breiteren Maßstäben dienen.“

4. Das Problem der klassenlosen Gesellschaft

Gegenüber den weitgespannten Plänen Chruschtschows war in dem Diskussionsbeitrag Susslows, der neben den Äußerungen Chruschtschows in ideologischer Hinsicht am interessantesten war, ein skeptischer Unterton unverkennbar. Er verwies im Einklang mit Stalins „Ökonomischen Problemen des Sozialismus“ nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Entwicklungsstand der Produktionskräfte und betonte, daß der Prozeß der sozialen Veränderungen langwierig sein würde. Mit der Aufhebung der Klassengrenzen zwischen den Arbeitern und Bauern könne so bald nicht gerechnet werden. Indem Susslow die Intelligenz als „Klasse“ ausklammerte, hielt er an der Fiktion fest, daß bis zur Aufhebung der „wesentlichen“ Klassenunterschiede der „Arbeiterklasse“ die führende Rolle im Staat zufallen würde.

IV. Die Modifizierung der sowjetischen Staats- und Kriegslehre

In der Frage der künftigen politisch-staatlichen Organisation in der Periode des „umfassenden“ Aufbaus des Kommunismus folgt Chruschtschow im wesentlichen Stalin und lehnt die reformkommunistische Deutung der Leninschen Lehre vom „absterbenden Staat“ ab.

Nach Chruschtschow könne das Absterben des Staates „nicht mit dem Fallen der Blätter im Herbst“ verglichen werden. Dialektisch gesehen würde es sich um die Umwandlung der sozialistischen Staatlichkeit in eine kommunistische gesellschaftliche Selbstverwaltung handeln, wobei die führende Rolle der Partei nicht nur erhalten, sondern verstärkt werden müßte. Zunächst sei nur die Übertragung einzelner Funktionen des

Staates an gesellschaftliche Organisationen denkbar. Als Beispiel weiß Chruschtschow in diesem Zusammenhang allerdings nur die Verwaltung von Kurorten und den Sport zu nennen. Er verweist im übrigen auf die Möglichkeit, die Polizei in der weiteren Entwicklung mehr und mehr durch eine Volksmiliz und die Justiz durch „Kameradschaftsgerichte“¹⁰³⁾ zu ergänzen.

103) Die Bezeichnung „Kameradschaftsgericht“ oder „gesellschaftliches Schiedsgericht“ ist irreführend, da es sich nicht um ein Gericht im herkömmlichen Sinn, sondern um die öffentliche Anprangerung eines unliebsamen Betriebsangehörigen auf einer Betriebsversammlung handelt, die einer gesetzlichen Verfahrensregelung entbehrt.

Die Möglichkeit einer „allseitigen Entwicklung der Demokratie“, die durch diese Beispiele angedeutet wurde, begründete Chruschtschow damit, daß infolge der veränderten weltpolitischen Lage die „kapitalistische Einkreisung“ weggefallen sei.

Die Gefahren einer Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion sei nunmehr ausgeschlossen. Dies würde bedeuten, daß der Sozialismus in einem Lande „nicht nur vollständig, sondern auch endgültig gesiegt hat“.

Die These von der „kapitalistischen Einkreisung“ wurde von Chruschtschow bereits am 19. März 1958 in einem Interview mit der französischen Zeitung „Le Figaro“ preisgegeben. Damals sagte er:¹⁰⁴⁾

„Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, daß gegenwärtig der Begriff der „kapitalistischen Einkreisung“ unseres Landes selbst einer ernsten Präzisierung bedarf. Mit der Bildung des Weltsystems des Sozialismus hat sich die Lage in der Welt grundlegend geändert. Und sie änderte sich — wie Ihnen bekannt ist — nicht zugunsten des Kapitalismus. Im Augenblick weiß man nicht, wer wen einkreist: ob die kapitalistischen Länder die sozialistischen Staaten einkreisen oder umgekehrt. Man kann die sozialistischen Länder unmöglich als irgendeine Insel im wogenden kapitalistischen Ozean betrachten. In den sozialistischen Ländern lebt eine Milliarde Menschen von zweieinhalb Milliarden der gesamten Erdbevölkerung. Und wieviel Menschen in den anderen Ländern stehen auf sozialistischen Positionen! Es kann also von einer kapitalistischen Einkreisung in dem früher üblichen Sinn gegenwärtig keine Rede mehr sein.“

Trotz des Wegfalls der „kapitalistischen Einkreisung“ fordert Chruschtschow mit den gleichen Argumenten wie Stalin die weitere Stärkung der Sowjetwehrmacht und des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes, so lange die Militärblöcke der Westmächte erhalten bleiben. Die Verteidigungs-

funktionen des Sowjetstaates würden erst dann absterben, wenn die Gefahr eines Überfalls der westlichen Allianz auf die Sowjetunion oder ihre Verbündeten restlos beseitigt sein wird.

Diesen Überfall hält Chruschtschow auf Grund des sich zugunsten des Ostblocks verändernden Kräfteverhältnisses in der Welt für wenig wahrscheinlich und daher einen dritten Weltkrieg für vermeidbar.

Die Verwirklichung der laufenden Wirtschaftspläne der Sowjetunion und der übrigen Ostblockländer würde es mit dem damit erreichten Übergewicht des „sozialistischen Lagers“ ermöglichen, den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Probleme bereits vor dem erstrebten Siege des Kommunismus im Weltumfange auszuschalten.

Chruschtschows Betrachtungen über den Krieg sind weniger allgemein gehalten als in seinem Rechenschaftsbericht vor dem 20. Parteikongreß. Sie beziehen sich eindeutig nur auf die Möglichkeit eines Weltkrieges. Diesen hält er im Einklang mit der auf dem 20. Parteikongreß aufgestellten These heute „mit noch größerem Recht“ für vermeidbar, wenn auch nicht für gänzlich unmöglich. Auf die Problematik „begrenzter Kriege“ ist Chruschtschow ebensowenig eingegangen, wie auf die weiter gültige sowjetische Lehre vom „gerechten und ungerechten Krieg“, die praktisch jede Unterscheidung zwischen einer Angriffs- und Verteidigungshandlung illusorisch macht.

Die Befürchtungen, die sich aus diesem doppelten ideologischen Boden der sowjetischen Kriegslehre ergeben, können mit dem erneuten Bekenntnis Chruschtschows zur „Koexistenz“ nur bedingt ausgeräumt werden. Reeller dürfte seine Bemerkung sein, daß die Verwirklichung des Siebenjahres-Plans die Konzentration aller Kräfte der Sowjetunion auf den wirtschaftlichen Aufbau und damit eine Orientierung auf den Frieden und nicht den Krieg erfordert.

F. Übergangsperiode im Zeichen Chruschtschows

Der Verlauf der Entwicklung zwischen dem 20. und 21. Parteikongreß und eine kritische Analyse der Ergebnisse des Parteitages der „Erbauer des Kommunismus“ läßt den Schluß zu, daß für die Sowjetunion die Übergangsperiode, in der sie sich seit dem Tode Stalins befindet, noch lange nicht abgeschlossen ist.

Diese Übergangsperiode ist, wie wir bereits sahen, nicht nur durch Wachstumsschwierigkeiten, sondern auch durch eine Strukturkrise gekennzeichnet, die vor allem auf zwei Ursachen zurückgeht:

a) Die Diskrepanz zwischen dem von Stalin ererbten totalitären Herrschaftssystem und den Realitäten des heutigen Rußland. Diese kommen in den Erfordernissen einer moderneren Wirtschaftsgestaltung und den Emanzipationsbestrebungen einzelner Schichten und Gruppen der Sowjetgesellschaft sowie der von Moskau abhängigen Völker zum Ausdruck.

b) Die Diskrepanz zwischen der von Stalin ererbten Weltmachtstellung und der für die Bewahrung und den Ausbau dieser Stellung keineswegs ausreichenden wirtschaftlichen und geistig-moralischen Potenz. Nur auf dem militärischen Gebiet stellt die Sowjetunion eine den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Ländern in ihrer Gesamtheit ebenbürtigen Weltmacht dar.

Die Unruhe, welche Polen, Ungarn und in geringerem Maße auch die übrigen ostmitteleuropäischen Volksdemokratien seit dem 20. Parteikongreß erfaßt hat, macht sich in einem begrenzten Umfange und in geringerer Intensität auch in der Sowjetunion bemerkbar. Sie hat vor allem die sowjetischen Intellektuellen, darunter insbesondere Teile der akademischen Jugend, aber auch Angehörige anderer Schichten der Sowjetbevölkerung erfaßt^{104a)}. Zweifel an der Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Ideologie und kritische Fragen machen sich, wenn auch in sehr vorsichtiger Form, bemerkbar. Diese geistige Unrast verbindet sich mit dem allgemeinen Streben der Sowjetbevölkerung nach persönlicher Sicherheit, einem höheren Lebensstandard und besseren Wohnverhältnissen. Die Sowjetführung ist infolge der inneren Spannungen und

Wachstumsschwierigkeiten in stärkerem Maße als bisher gezwungen, auf die ersten Ansätze einer „öffentlichen Meinung“ Rücksicht zu nehmen. Sie ist mit allen Mitteln bemüht, den Entstalinisierungsprozeß, der durch den 20. Parteikongreß mächtigen Auftrieb gewonnen hatte, im ökonomischen Bereich in bestimmten Grenzen zu halten und außerhalb desselben zu bremsen. Sie ist ferner bestrebt, die Unruhe innerhalb der Sowjetintelligenz und der Studentenschaft, die in zahlreichen literarischen Werken (Pasternak, Dudinzew, Almanach „Literaturnaja Moskwa“ usw.) und in bestimmten Verhaltensweisen („Verschwörung des Schweigens“¹⁰⁵⁾, „Stiljagi“¹⁰⁶⁾, „Nebonetscho“¹⁰⁷⁾) zum Ausdruck gekommen ist, durch verschiedenartige Maßnahmen zu bannen. Diese sind vorwiegend erziehungs- und kulturpolitischer Art (Bildungsreform, begrenzte Neubelebung der „Shdanowschtschina“). Sie weisen teilweise aber auch einen kriminalpolitischen Charakter auf (Hooliganismus- und Parasitengesetze)¹⁰⁸⁾.

Die Hoffnung Chruschtschows durch die Zerstörung des Stalin-Mythos den Aufbau einer neuen gleichwertigen Autorität zu ermöglichen, und zugleich den Geist des Sowjetsystems zu erneuern, ohne seine totalitäre Substanz wesentlich zu vermindern, hat sich bis jetzt nicht erfüllt. Auch ist es ihm nicht geglückt, den revolutionären Elan wiederzubeleben, den er benötigt, um diesen Erneuerungsprozeß voranzutreiben. Chruschtschow ist es zwar gelungen, zum führenden Mann in der Kreml-Hierarchie aufzusteigen. Der Ausgang des Machtkampfes hat ihn aber andererseits in bestimmter Hinsicht exponiert und isoliert. Den mit dieser Entwicklung verbundenen Gefahren bemühte er sich in letzter Zeit durch einen Ausbau seines unmittelbaren Führungsstabes und durch die Auswechslung zahlreicher lokaler Führungskader zu begegnen. Der Führungswechsel im Moskauer Partei- und Sowjetapparat, in den zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Turkmenistan und Usbeki-

105) Vgl. Burmeister, A.: Komplott des Schweigens der Sowjetliteraten, Ost-Probleme, 9. Jg., 1957, S. 758—762.

106) Spitzname für die sowjetischen Teddy-Boys; bezeichnet nicht nur Halbstarke.

107) Nebonetscho — Abkürzung für ne boga ne tshorta (weder Gottes, noch des Teufels). Spitzname für jugendliche Nihilisten.

108) Vgl. Boitor, A.: Das neue sowjetische Gesetz gegen Parasiten, Osteuropa, 8. Jg., 1958, S. 10—16.

104) Ost-Probleme, 10. Jg., 1958, S. 359.

104a) Vgl. die eingehende Darstellung dieser Entwicklung in: Mehnert, K.: Der Sowjetmensch, Stuttgart 1958.

stan sowie in der von Moskau weitgehend abhängigen Äußeren Mongolei, ist für diese Tendenz kennzeichnend, wenn auch diesen Vorgängen durchaus unterschiedliche Motive zugrunde gelegen haben mögen.

Das Verhalten des 21. Parteikongresses in der Frage der Führerstellung Chruschtschows und der „Anti-Partei-Gruppe“ sowie das sich an den Parteitag unmittelbar anschließende Revirement hat gezeigt, daß das Kräfteverhältnis in der Führungsspitze nach wie vor labil ist und daß Überraschungen personeller Art heute wesentlich leichter möglich sind als dies in den letzten Jahren Stalins der Fall war. Chruschtschow ist in der Position eines „Chojain“ (Hausherrn) wie Stalin 1930, aber nicht eines selbtherrlichen Woshdj (Führers) wie Stalin 1939.

Auch wenn Chruschtschow die Absicht haben sollte, den von Stalin vorgezeichneten Weg zum unumschränkten Alleinherrscher weiter zu gehen, erscheint es fraglich, ob er Erfolg haben wird, da er sich mit Faktoren auseinandersetzen müßte, die dem wesentlich jüngeren und brutaleren Stalin bedeutend weniger zu schaffen machten:

a) Die Führungsgruppe um Stalin war wesentlich geschlossener, als es diejenige um Chruschtschow ist. Chruschtschow ist auf das Bündnis mit so eigenständigen Persönlichkeiten wie Susslow, Ignatow und Koslow angewiesen und kann auch nicht auf Mikojan als Repräsentanten des gemäßigten Flügels innerhalb des Parteipräsidiums verzichten, ohne das in der Führungsspitze herrschende Gleichgewicht zu gefährden.

b) Chruschtschow hat es zwar wie Stalin verstanden, eine Machtquelle nach der anderen seiner Kontrolle zu unterwerfen. Diese Kontrolle weist jedoch noch viele undichte Stellen auf, da die Machtsäulen, auf denen neben der Partei die Diktatur ruht, heute ein weit größeres Eigengewicht besitzen als Anfang der dreißiger Jahre. Dies gilt trotz der Eliminierung Shukows besonders für die Sowjetwehrmacht.

c) Stalin konnte im Machtkampf unterlegene Gegner physisch liquidieren und einen Massenterror entfesseln, weil er damit neuen sozialen Kräften den Weg bahnte. Heute ist die Wiederholung dieses revolutionären Vorganges schwer vorstellbar, weil die sowjetische Intelligenz, die aus der großen Säuberung als die führende soziale Schicht hervorgegangen ist, einer solchen Entwicklung Widerstand entgegenzusetzen würde.

Durch eine bessere Versorgung und eine begrenzte Lockerung des totalitären Regimes ist es Chruschtschow gelungen, eine gewisse Popularität in den breiten Bevölkerungsschichten zu gewinnen. Es war ihm aber nicht möglich, ein Vertrauensverhältnis zwischen der Sowjetführung und Sowjetgesellschaft, wie es sich nach dem 20. Parteikongreß anzubahnen schien, herzustellen. Große Teile der Intelligenz, der Bürokratie und wohl auch des höheren Offizierkorps stehen dem Partei- und Regierungschef, vor dessen Unberechenbarkeit sie ernste Befürchtungen hegen, mit innerer Reserve und teilweise sogar ablehnend gegenüber. Die Verwaltungsreformen Chruschtschows haben die Ministerialbürokratie sowie zahlreiche Betriebs- und MTS-Direktoren vor den Kopf gestoßen. Die Verschärfung der Parteikontrolle im wirtschaftlichen Bereich und die Erweiterung des Mitspracherechts der Gewerkschaften in den Betrieben dürften auch von denjenigen Wirtschaftsmanagern, welche die Dezentralisierung aus verschiedenen Motiven heraus begrüßt haben, gelehnt werden.

Auf der anderen Seite wird ein Teil der Arbeiterschaft, der in den Genuß der erhöhten Sozialleistungen in den letzten Jahren gekommen ist, den Chruschtschow-Kurs bejahen. Er wird vermutlich auch dem Gedanken der „Arbeitsschule“, der im Mittelpunkt der großen Bildungsreform Chruschtschows steht, positiv gegenüberstehen. Diese Reform wiederum wird die Zahl der Gegner Chruschtschows innerhalb der Intelligenz und insbesondere der jungen Generation, bei der sich neuerdings wie im 19. Jahrhundert ein nihilistischer Grundzug bemerkbar macht, weiter vermehren.

Bei dieser gesellschaftspolitischen Lage wird es wesentlich darauf ankommen, welchen Rückhalt Chruschtschow auf dem Lande finden wird. Von der Masse der Kolchosbauern dürfte die Umwandlung der MTS und die damit verbundene Übertragung des Maschinenparks an die Kolchose sowie die Abschaffung der Pflichtablieferungen vom privaten Hofland begrüßt worden sein. Andererseits stehen die Bauern den weitergehenden agrarpolitischen Plänen Chruschtschows, die auf die Schaffung von Agrarkommunen und damit auf die Aufhebung des letzten Privatbesitzes an Hofland und Kleinvieh abzielen, mit größtem Mißtrauen gegenüber. Dieses Mißtrauen wird durch die Kunde über die Einführung der Volkskommunen in China noch verstärkt.

Chruschtschow dürfte sich dieser Widerstände durchaus bewußt sein, die er, wenn er nicht zum zweischneidigen Schwert des Massenterrors greifen will, nur mit Hilfe einer weiteren Lockerung des totalitären Regimes und einer weiteren Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Volksmassen überwinden könnte. Die Durchführung einer solchen Politik setzt allerdings eine außenpolitische Entspannung voraus, die auch von sowjetischer Seite Zugeständnisse erfordert. Jede andere Politik würde in kurzer Zeit zu einem Konflikt mit der sich in einem Prozeß der Emanzipation befindlichen Sowjetgesellschaft und damit zu einer empfindlichen Erschütterung der mühsam aufgebauten Autorität Chruschtschows führen.

Es ist bereits heute deutlich erkennbar, daß das Wettüben und das Streben, die Vereinigten Staaten und die westeuropäischen Industriemächte in ihrer Gesamtheit einzuholen und zu überholen, in Verbindung mit dem außenpolitischen Engagement im ostmitteleuropäischen und afroasiatischen Bereich sowie der Notwendigkeit, im Innern den Lebensstandard zu heben, ungeheuerere Anforderungen an die begrenzte Wirtschaftskraft der Sowjetunion stellt. Diese Politik zwingt der Sowjetführung im Zeichen der Atomkraft und der Automation ein Modernisierungs- und Rationalisierungsprogramm auf, das der Dezentralisierung und Individualisierung Vorschub leistet und damit letzten Endes jene gesellschaftlichen Kräfte stärkt, die eine tiefgehende Reform des bisherigen Systems anstreben, das sich immer mehr als ein Hemmnis für eine zeitgemäße Fortentwicklung Rußlands erweist.

Anmerkung:

Boris Meissner, Dr. jur., Diplom-Volkswirt, geb. 10. 8. 1915. In den „Dokumenten und Berichten des Europa-Archivs“ erschienen vom Autor folgende Untersuchungen zum gleichen Thema: Bd. 9 „Rußland im Umbruch“, Bd. 12 „Die kommunistische Partei der Sowjetunion vor und nach dem Tode Stalins“, Bd. 13 „Das Ende des Stalin-Mythos“.

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23 zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.